

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Foto: CC BY-NC-ND 2.0, „Treffen der Generationen | Gorlitz“, von Philip Klug, flic.kr/p/9S124

VERKEHRSWENDE
UMSETZEN

die internationale

Ökologie

Sieben Stichpunkte für die Klimadebatte *Angela Klein* 3

Konsumboykott eine revolutionäre Strategie? *Jakob Schäfer* 8

Nulltarif im ÖPNV berührt Grundsatzfragen *Jakob Schäfer und Michael Weis* 18

Die gigantischen Buschbrände in Australien *Daniel Tanuro* 21

Klimagerechtigkeit im Kleinen und im Großen? *Catherine Samary* 27

inprekorr

Iran

Nur kurze Atempause für das iranische Regime *Jakob Schäfer* 36

Ziemlich beste Feinde *Babak Kia und Houshang Sepehr* 39

Mexiko

AMLO – der neue „Progressist“? *José Luis Hernández Ayala* 43

Imperialismus

Es rumort auf unserem Planeten *Julien Salingue* 45

Frankreich

„Die Hoffnung ist ein Motor“ *Mathilde Larrère* 51

Spanischer Staat

Schluss mit der „Empörung“? *Mats Lucia Bayer* 54

Arbeiter*innenbewegung

Zur Frage der Arbeiterselbstverteidigung *Leo Trotzki* 58

Letzte Seite

Klima – Kapitalismus – Widerstand: Ökosozialistische Konferenz der ISO 64

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz). die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion

Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Mattte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis
V.i.S.d.P. Michael Weis

Abonnements

- Einzelpreis: 5 Euro/6 CHF
- Jahresabo: 25 Euro
- Doppelabo (je 2 Hefte): 35 Euro
- Solidarabo: ab 40 Euro
- Sozialabo: 15 Euro
- Probeabo (3 Hefte): 10 Euro
- Auslandsabo: 40 Euro

Webseite

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb: internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
https://sozialismus.ch/

SIEBEN STICHPUNKTE FÜR DIE KLIMADEBATTE

Im folgenden Text fasst die Autorin in sieben Punkte zusammen, was im Kampf gegen den Klimawandel zurzeit in den Mittelpunkt gestellt werden sollte.

■ **Angela Klein**

Der Jahreswechsel 2019/2020 hat uns in Bezug auf die Klimapolitik ein Dreifaches beschert:

- ein Klimapäckchen der Bundesregierung, das auch nach seiner Nachbesserung nicht mehr bedeutet als ein Trostpflasterchen;
- zwei neue Präsidentinnen in supranationalen EU-Institutionen (Europäische Zentralbank und Kommission), die sich öffentlich dem Kampf gegen den Klimawandel verschreiben;
- und einen brennenden Kontinent Australien, der uns gerade die tödlichen Konsequenzen der welt-weiten Regierungspolitiken vor Augen führt.

Fakt ist, dass bürgerliche Klimapolitik heute in einem doppelten Gewand antritt:

- die unverbesserlichen Ideolog*innen des fossilen Zeitalters bzw. des technischen Machbarkeitswahns – sichtbar angesiedelt in den ultrarechten Regierungen rund um den Globus, aber auch in Teilen des Bürgertums und bei der extremen Rechten hierzulande;
- und die für die Notwendigkeit grundsätzlicher Än-

derungen scheinbar aufgeschlossenen Teile des Kapitals samt seiner politischen Vertreter*innen – also diejenigen, die erkannt haben, dass der Umstieg auf eine Wirtschaft, die den fossilen Antrieb durch den elektrischen ersetzt, nicht mehr zu verhindern und es deshalb geraten ist, sich bei diesem Transformationsprozess an die Spitze zu stellen. Diese Teile sind inzwischen am sichtbarsten bei Institutionen des ideellen Gesamtkapitals angesiedelt, vorzugsweise den Präsidentinnen der EZB und der EU-Kommission.

Die Klimagerechtigkeitsbewegung hat es mithin mit zwei Gegnern zu tun; die scheinbar aufgeschlossenen Teile des Kapitals, auf die die Grünen setzen, sind – entgegen einem verbreiteten Irrtum – keine Bündnispartner.

Zweitens

Warum sind auch Letztere Gegner der Klimagerechtigkeitsbewegung?

- a. Weil die E-Wirtschaft nicht anstelle, sondern zusätzlich zur fossilen Wirtschaft aufgebaut werden soll; sie wird von der Industrie als ein großes neues Feld

betrachtet, auf dem sie ihr bislang nur mühsam auf den Finanzmärkten untergebrachtes Kapital anlegen kann; gleichzeitig ist klar, dass es auf diesem Feld bedeutend weniger zu verdienen gibt. Im Bereich der Automobilindustrie etwa sind Milliardeninvestitionen in die Herstellung von Batterien und Elektromotoren nötig, die nur rentabel erscheinen, wenn es die großen, schweren Autos sind, die damit bestückt werden. Aufwändige Investitionen sind auch im Bereich der Infrastruktur (Netze, Ladesäulen etc.) erforderlich, die aber soll größtenteils der Staat tätigen. Die Energiewirtschaft gibt nur die Betätigungsfelder auf, die sie unbedingt muss (etwa die Kohlekraftwerke), und auch das nur

mit größtmöglicher Verzögerung. In Frage stehen bei uns auch nur Kohle und Atom, an die Ölindustrie geht (noch) niemand ran;

- b. Weil der Umstieg auf Energieträger wie Batterien und Brennstoffzellen vor allem in den Anfangsjahren mehr CO₂ produziert als die Verbrennung fossiler Brennstoffe; die Herstellung von Strom emittiert nur dann kein CO₂, wenn er komplett, also im gesamten Produktionskreislauf, aus erneuerbaren Energien gewonnen wird; Wasserstoff kommt schneller an diese Schwelle als Batterien, hat aber einen erheblich geringeren Wirkungskreis;

DER BEDARF AN ERNEUERBARER ENERGIE IN DEUTSCHLAND

Zu c. folgen nun Berechnungen für Deutschland.

Der Strommix in Deutschland in 2019 in Anteilen an der Nettostromerzeugung (in Klammern die Zahlen für 2010; die Daten beziehen sich allein auf die Nettostromerzeugung aus Kraftwerken zur öffentlichen Stromversorgung; die Erzeugung aus Kraftwerken von „Betrieben im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden“, d. h. die industrielle Erzeugung für den Eigenverbrauch, ist bei dieser Darstellung nicht berücksichtigt):

Braunkohle 19,7 (23); Steinkohle 9,4 (19); Kernenergie 13,8 (22); Erneuerbare Energien 46 (17); Erdgas 10,5 (13) Prozent¹.

Im Vergleich zu 2010 (d. h. innerhalb von 10 Jahren) hat die Steigerung der Erneuerbaren Energien (EE) also den Rückgang der fossilen Brennstoffe mehr als ersetzt – im Bereich der Stromerzeugung. Der Anteil der EE an der Nettostromerzeugung müsste sich aber immer noch mehr als verdoppeln, um hier alle fossilen Brennstoffe überflüssig zu machen. Das könnte bis 2030 gelingen (laut Klimaplan sollen da allerdings erst 65 % Strom aus EE gewonnen werden).

Dies gilt jedoch nur bei gleichbleibendem Strombedarf. Die Bruttostromerzeugung² ist in den letzten zehn Jahren jedoch von 633 TWh (Terawattstunden) in 2010 auf 649 TWh in 2018 gestiegen. Davon ist wiederum der Exportüberschuss abzuziehen, das waren in 2010: 17,7 TWh, in 2018: 50 TWh³ (d. h. der Export ist in dem Jahr schneller gestiegen als die Bruttostromerzeugung).

Der Umstieg auf E-Mobilität würde den Strombedarf nochmals steigern.

Das Kraftfahrtbundesamt stellte für den 1. Januar 2019 ein

Pkw-Bestand in Deutschland von 47,1 Millionen fest. Im Schnitt fahren sie rund 13.900 Kilometer pro Jahr – macht insgesamt 653,3 Milliarden Kilometer. Bei einem durchschnittlichen Stromverbrauch eines E-Autos⁴ von 20 kWh/100 km braucht, würde vollständige E-Mobilität von Pkw 171 TWh im Jahr brauchen (das sind 26 Prozent des gesamten Stromverbrauchs).

Der Strom aus Erneuerbaren Energien (derzeit 224,7 TWh) müsste um ca. 76 Prozent erhöht werden, um die E-Pkw zu versorgen.

In der Summe muss sich die Produktion von EE also mindestens verdreifachen, wenn die fossilen Brennstoffe allein für den Strombedarf gänzlich ersetzt, kein Strom mehr exportiert und die volle E-Mobilität für Pkw geschafft werden soll. Der Umbau des Güterverkehrs und der radikale Ausbau des Bahnverkehrs sind darin noch nicht eingerechnet.

Der Ausbau der EE wird jedoch begrenzt durch Flächenverbrauch und Artenschutz.

Und das Tableau ist damit nicht komplett. Denn betrachtet wurden bislang nur der Ersatz der fossilen Energien im Strommix sowie der zusätzliche Bedarf durch E-Mobilität. Ausgeklammert blieben bislang die Wärmeversorgung und die Produktion von Gütern. Im Einzelnen sei hier darauf nicht eingegangen, Fakt ist aber, dass das Umweltbundesamt für 2019 einen Anteil der EE am Endenergieverbrauch von 16,5 Prozent errechnet⁵. Die Energieproduktion aus EE müsste sich also nicht, wie beim Strom, nur verdreifachen, sondern versechsfachen, wenn der gesamte fossile Energieverbrauch durch EE ersetzt und zugleich der bisherige Lebensstil und die Produktionsweise beibehalten werden soll.

- c. Weil die Menge an E-Strom, die notwendig ist, um die bisherige Produktions- und Lebensweise gleichzeitig zu erhalten und auf Elektrizität umzustellen, schlicht nicht ausreicht – ohne den zusätzlichen Einsatz von Atomenergie wahrscheinlich nicht machbar wäre.

Es beißt also keine Maus den Faden ab: Klimaneutralität ist mit dem massiven Ausbau von Erneuerbaren Energien allein nicht zu kriegen, hinzukommen muss eine drastische Energieeinsparung, und das bedeutet:

- Abkehr von der industriellen Landwirtschaft – die industrielle Landwirtschaft in Deutschland trägt maßgeblich zur Emission klimaschädlicher Gase bei. Dafür verantwortlich sind vor allem Methan-Emissionen aus der Tierhaltung, das Ausbringen von Wirtschaftsdünger (Gülle, Festmist) sowie Lachgas-Emissionen aus landwirtschaftlich genutzten Böden als Folge der Stickstoffdüngung (mineralisch und organisch);
- Abkehr vom motorisierten Individualverkehr und nicht nur vom Verbrennungsmotor;
- Abkehr vom Verpackungsmüll als Sinnbild für eine Produktion um der Produktion willen.

Das beschneidet jedoch die Profitmöglichkeiten und wird als Klimafundamentalismus bekämpft.

Drittens

Das Bestreben vor allem der Automobilindustrie, E-Wirtschaft nur als zusätzliches Investitionsfeld zuzulassen, lässt sich am Klimapakete der Bundesregierung gut ablesen – auch in seiner am Ende modifizierten Form. Da wird:

- festgehalten am Kohleausstieg 2038; ein Kohleausstiegsgesetz gibt es immer noch nicht;
- ab 2026 dürfen keine neuen Ölheizungen mehr eingebaut werden, es wurden aber keine Emissionswerte festgelegt, d. h. die alten Brenner können weiterlaufen; – die Subventionen für die fossilen Kraftstoffe bleiben.

Darüber hinaus könnten auch noch die Beschränkungen beim Ausbau der Windenergie Erwähnung finden.

Die Tatsache, dass auch der kapitalistisch betriebene Umstieg auf E-Wirtschaft ein Feind der Klimagerechtigkeitsbewegung ist, ist bislang nur einem sehr kleinen Teil dieser Bewegung bewusst. Der Wechsel des Antriebs allein bringt eben nichts, „Stopp Klimawandel“ ist eine gesellschaftliche, keine technische Frage. Die meisten aber feiern „E“ als Alternative. Hier gibt es Aufklärungsbedarf, auch bei Fridays for Future (F4F).

HÖHE STAATLICHER SUBVENTIONEN

Die staatliche Förderung der Atomenergie in Deutschland verursachte laut einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) allein von 1970 bis 2014 Kosten in Höhe von rund 219 Mrd. Euro⁶ – jährlich also durchschnittlich 5 Mrd. Euro. Die auf die Steuerzahler*innen noch zukommenden Kosten für die Endlagerung sind dabei nicht berücksichtigt. Noch teurer waren in den letzten Jahrzehnten die Subventionen für die Kohle: Für Braun- und Steinkohle ermittelten die Forscher*innen staatliche Förderung von mehr als 421 Mrd. Euro = 9,5 Mrd. Euro jährlich. Auch die Kohle ist mit „Ewigkeitslasten“ behaftet, das heißt sie verursacht auch lange nach dem Ende der Produktion massive Kosten für die Steuerzahler*innen.

Zum Vergleich: Für die Erneuerbaren Energien wurden bis 2014 Fördergelder von 102 Mrd. Euro fällig, vor allem für die Stromeinspeisevergütungen. Diese Gelder werden von der Allgemeinheit in Form von Gebühren aufgebracht, der Staat trägt nur einen kleinen Teil davon.

Die Bundesregierung hat ihr Klimapäckchen nachbessern müssen. Aber: Der Berg kreißte und gebar – ein Mäuschen. Beschämend genug, dass dieses Mäuschen – eine Anhebung der CO₂-Steuer von 10 auf 25 Euro im ersten Schritt – ausreichte, um die Grünen, ein wichtiger Unterstützer der F4F-Bewegung, einknicken zu lassen. Was diese Einnordung für Auswirkungen auf die F4F-Bewegung haben wird, ist noch unklar.

Viertens

Mit jeder Anhebung der CO₂-Steuer wird das Klimapakete der Bundesregierung unsozialer, weil es die ärmeren Haushalte belastet, die reicheren hingegen weitgehend von Belastungen freihält.

Der CO₂-Preis ist strukturell sozial ungerecht, weil das Fünftel der einkommensreichsten Haushalte in

Deutschland 36 Prozent des gesamten konsumbezogenen CO₂ emittiert, fast fünfmal so viel wie das Fünftel der ärmsten Haushalte (7,5 Prozent). Schätzungen zufolge verbrauchen die 20 Prozent Wohlhabendsten der deutschen Bevölkerung 80 Prozent der Ressourcen.⁷

Gemessen an der Konsumhöhe ist der Anteil der Energie in allen Einkommensklassen in Deutschland erstaunlich konstant, d. h. die CO₂-Steuer erhöht die Kon-

sumausgaben in armen und reichen Haushalten überall um etwa den gleichen Prozentsatz. Weil aber die reichen Haushalte von ihrem Einkommen einen viel geringeren Anteil für Konsum ausgeben als die mittleren und ärmeren Haushalte (bei denen bisweilen die Konsumausgaben höher liegen als das Einkommen), ist die Belastung durch die CO₂-Steuer im Verhältnis zum Nettoeinkommen sehr unterschiedlich.

Konkrete Berechnungen auf der Basis des vereinbarten CO₂-Preises von 25 Euro fehlen noch. Klar ist aber: Je höher der CO₂-Preis, desto stärker wird sein unsozialer Charakter spürbar.

Aber auch die anderen Hauptkomponenten des Klimapakets stellen die Weichen nicht um, sondern bedeuten ein „Weiter so“:

■ **Pendlerpauschale:** Je mehr Steuern du zahlst, desto stärker deine Entlastung. Niedriglöhner*innen gehen dabei leer aus. Die Pendlerpauschale ist zwar unabhängig

vom Fahrzeug, gilt also auch für diejenigen, die mit Bus oder Bahn fahren. Aber sie fördert tendenziell weite Wege zur Arbeit, und sofern die ins Umland gehen, das mit öffentlichen Verkehrsmitteln schlecht erschlossen ist, fördert sie natürlich auch den Autoverkehr.

■ **Heizung:** Der Mieter hat auf die Investitionen des Vermieters keinen Einfluss. Zudem ist dies ein Tor für weitere Mietsteigerungen.

Diese Belastungen sind geeignet, ärmere Haushalte gegen ein ökologisches Umsteuern aufzubringen. Die Herstellung eines Bündnisses zwischen diesen ärmeren Schichten, Lohnabhängigen und Klimaaktivist*innen ist nach den Entscheidungen der Bundesregierung deshalb nochmals wichtiger geworden. Dafür gibt es bereits einige Anknüpfungspunkte wie die Tarifrunde im Nahverkehr oder den kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Es müssen aber noch viele weitere entwickelt werden – Verbindungen lassen sich z. B. zur Mieterbewegung oder zu Bewegungen gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums wie die Berliner S-Bahn herstellen.

Anzeige

 Ecosocialist
Conference for
Climate Justice

26-28
Juni 2020
Basel

Weniger
produzieren
Gerecht teilen
Gemeinsam
entscheiden

Wir finden, dass sich antikapitalistische Aktivist*innen, die in der Klimabewegung aktiv sind, inhaltlich und strategisch austauschen sollten, um eine internationale ökosozialistische Strömung innerhalb der Bewegung aufzubauen. Gemeinsam wollen wir uns vom 26. bis 28. Juni 2020 in Basel zu einer europaweiten Konferenz treffen, uns vernetzen und ein ökosozialistisches Manifest ausarbeiten!

https:// **eco-soc.net**
facebook EcosocialistConference

Fünftens

Wir müssen das richtige Verhältnis zwischen der Umweltfrage und der sozialen Frage finden. Es muss uns klar sein, dass der Kampf gegen den Klimawandel alle anderen Fragen überwölbt – und dass sie zugleich nicht lösbar ist, wenn sie nicht als eine gesellschaftliche Frage, sprich: antikapitalistisch aufgegriffen wird.

Das ist eine Gratwanderung, von diesem Grat kann man leicht auf die eine oder andere Seite runter rutschen. In den Organisationen der Arbeiterbewegung findet man gern die Haltung: Die Klimafrage ist wichtig, aber vorrangig müssen wir darauf achten, dass das nicht zu Lasten der breiten Bevölkerung geht. Das kann dazu führen, dass sozial sinnvolle und notwendige Initiativen wie etwa die für den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr hauptsächlich unter sozialen Gesichtspunkte geführt und nicht mit Konzepten der Stadterneuerung verbunden werden; oder ökologisch unsinnigen bis schädlichen Industrieansiedlungsprojekten (wie Tesla in Brandenburg) zugestimmt wird (werden muss?) mit dem Hinweis, dass anders die ortsansässige Bevölkerung keine Perspektive habe.

Umgekehrt gilt natürlich das gleiche: Paradebeispiel hierfür ist die Diskussion über die imperiale Lebensweise. Hier kommt es nicht darauf an, die Sorge um einen umweltverträglichen individuellen Lebensstil kleinzure-

den und als Nebenwiderspruch abzutun, sondern darauf hinzuweisen, dass dieses Anliegen erst dann richtig greift, wenn wir nicht nur dafür kämpfen, dass wir das Zeug nicht konsumieren, das man uns vorsetzt, sondern auch dafür sorgen, dass es nicht produziert wird.

Für den Umgang mit diesen Situationen, in denen der Widerspruch zwischen ökologischen und sozialen Erfordernissen im Unmittelbaren nicht auflösbar erscheint, gibt es keine Patentrezepte, die Antworten müssen immer konkret gegeben werden. Auflösbar sind die Widersprüche nur, wenn solche Kämpfe eine erweiterte Perspektive bekommen können; das ist nicht immer möglich, es ist aber das, worum wir uns hauptsächlich bemühen müssen.

Sechstens

In der Ansprache an die Fridays for Future (und nicht nur an die) müssen wir, nach dem Gesagten, immer wieder auf 6 Tasten hauen:

1. nicht nur die Antriebsart muss sich ändern, der Energieverbrauch selbst muss drastisch sinken;
2. die Regulierung der Emissionen über den Preis hat kaum einen Umwelteffekt;
3. sie ist sozial ungerecht und verprellt deshalb notwendige Bündnispartner;
4. an ihre Stelle müssen ordnungspolitische Maßnahmen treten (siehe FCKW-Verbot!);
5. wir müssen unseren Lebensstil ändern, ja, auch individuell. Einen Umschwung kann es aber erst geben, wenn dies kollektiv geschieht. Dafür müssen die Voraussetzungen vorhanden sein, d. h. wir müssen dafür sorgen, dass es ein anderes Angebot gibt. Anders gesagt: Die Produktionsweise muss sich ändern, wenn der Konsum nachhaltig geändert werden soll;
6. Den Lebensstil ändern heißt: Schluss mit der ressourcenvergeudenden Produktionsweise; heißt Produktion nach dem realen Bedarf und nicht nach künstlich geweckten Bedürfnissen; heißt weg von der Warenproduktion hin zu einer planvollen, demokratischen Bestimmung dessen, was und wie produziert wird.

Mit sechs Tasten lässt sich schon eine ganz ordentliche Melodie spielen.

Siebtens

In einer Hinsicht hat sich die Situation gegenüber früher grundlegend gewandelt: Bislang waren wir gewohnt, von Abwehrkämpfen auszugehen. Wenn sie erfolgreich

waren, konnte dies das gesellschaftliche Klima verändern, in besonderen Fällen entwickelten sich daraus auch weitergehende Perspektiven.

Dieses Schema reicht nicht mehr aus. Wenn wir verhindern wollen, dass ein Gegensatz zwischen

Ökologie und Sozialem aufgebaut wird, reichen Abwehrkämpfe nicht mehr; wir müssen konkrete Zukunftsvisionen anbieten – und zwar solche, die ansatzweise auch im Kapitalismus zu verwirklichen sind, tendenziell aber darüber hinausweisen. Die autofreie Stadt könnte eine solche sein, aber auch der vollständige Umstieg auf ökologische Landwirtschaft oder die Aufhebung der Billiglöhne und -preise im Transportsektor haben das Zeug dazu.

15. Januar 2020

Quellen

- 1 https://www.ise.fraunhofer.de/content/dam/ise/de/documents/news/2019/Stromerzeugung_2019_2.pdf
- 2 <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Energie/Erzeugung/Tabellen/bruttostromerzeugung.html> (vorläufige Werte)
- 3 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153533/umfrage/stromimportsaldo-von-deutschland-seit-1990/>
- 4 <https://www.adac.de/rund-ums-fahrzeug/tests/elektromobilitaet/stromverbrauch-elektroautos-adac-test/>
- 5 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#statusquo>
- 6 https://atomkraftwerkeplag.wikia.org/de/wiki/Subventionierung_von_Atomkraft
- 7 https://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/sites/artec/Publikationen/artec_Paper/179_paper.pdf



KONSUMBOYKOTT EINE REVOLUTIONÄRE STRATEGIE?

Die Frage, ob „grünes Wachstum“ möglich ist, wurde auf der theoretischen Ebene (etwa von John Bellamy Foster) wie auf der empirischen Ebene (etwa von Schröder/Storm) erörtert. Nun liegt ein Buch vor, das versucht, auf diese Frage eine strategische Antwort zu geben.

■ Jakob Schäfer

Zunächst gilt es, ein dickes Lob auszusprechen: Bruno Kern ist mit seiner Kritik der herrschenden Wirtschaftsordnung weit radikaler und konsequenter als die allermeisten Kapitalismuskritiker*innen und Verfechter*innen des „System Change“. In seiner Analyse und in einigen wesentlichen Schlussfolgerungen geht er auch weiter als die meisten Kritiker*innen marxistischer Provenienz. Seine Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist deswegen schlüssig, weil er eine Gesamtsicht pflegt und sich nicht etwa von Heilsbringern technischer Neuerungen blenden lässt. Seinem Buch „Das Märchen vom grünen Wachstum“⁴¹ ist eine große Verbreitung zu wünschen, trotz der gewichtigen Kritikpunkte, die wir an Bruno Kerns strategischem Lösungsansatz haben.

Ganzheitliche Bestandsaufnahme

So manches, was Bruno Kern in seinem neuen Buch aufführt ist in diesen oder jenen Punkten auch von anderen schon dargelegt worden, aber er führt die vielen Gründe zur Überwindung des Kapitalismus zusammen und zeichnet – zu Recht – ein düsteres Bild dessen, was auf die Menschheit zukommt, wenn nicht unverzüglich radikal umgesteuert wird. Hier kann längst nicht alles – nicht mal in Kürze – zusammengefasst werden, aber ein paar markante Punkte wollen wir wenigstens benennen, ohne natürlich die jeweilige Begründung mit anführen zu können:

Energiewende: Bruno Kern legt sehr gut dar – und zwar unter Verweis auf entsprechende Studien –, dass die anzu-

strebende Energiewende klare Grenzen hat. Zum einen, weil sie für den Aufbau der entsprechenden Anlagen fast durchweg auf die Nutzung fossiler Energien angewiesen ist. Sie ist also größtenteils überhaupt nicht „lebensfähig“. (Die Fachliteratur spricht hier von einer hohen *emergy*, also *embodied energy*). Zum anderen sind diese erneuerbaren Energien alles andere als unerschöpflich. Sie stoßen auf Grenzen der Verfügbarkeit, der Nutzbarkeit, des Transports oder einfach der Effizienz. Nur 2% der weltweit genutzten Energie stammt heute aus Windkraftanlagen. Eine beträchtliche Steigerung ist in den meisten Regionen nur bedingt möglich.

Unter den gar nicht so schlechten Windverhältnissen der Bundesrepublik sind laut Umweltbundesamt aus technischen Gründen auf 13 % der Landfläche Windkraftanlagen installierbar, nicht aber aus wirtschaftlichen Gründen. „Dies entspricht einem Potenzial von rund 1.190 GW installierbarer Leistung mit einem Ertrag von 2.900 TWh/a. [...] Das tatsächlich realisierbare Potenzial für die Windenergienutzung an Land ist deutlich geringer einzuschätzen.“²

Nicht viel besser ist es mit den Solaranlagen. Photovoltaik wirft in Norddeutschland kaum (bisweilen gar keine) Nettoenergie ab, wenn also die Gesamtenergie für den Bau der Anlage von der Gesamtabgabe an Energie über ihre mittlere Lebensdauer abgezogen wird. In Süddeutschland ist die Gesamtbilanz positiv, wird aber häufig überschätzt. In Deutschland gab es beispielsweise 2010 gerade mal 800 Sonnenstunden, im Spitzenjahr 2018 waren es 2020 Stunden. Neben diesen Schwankungen muss man in Rechnung stellen, dass wegen der hohen Energiekosten für die Produktion der Anlagen (u. a. wegen des hohen Energiebedarfs für die Produktion von Aluminium) die Energierücklaufzeit dann ca. 9 Jahre beträgt. Neuere Berechnungen gehen davon aus, dass im günstigen Fall die Solaranlagen das Siebenfache an Energie liefern im Vergleich zur benötigten Energie für ihre Herstellung. Dies würde die Energierücklaufzeit auf 4 bis 5 Jahren verkürzen. Dies ändert natürlich noch nichts an der Lebensdauer der Anlagen. Neuere Techniken verbessern die Energiebilanz der Erneuerbaren graduell, aber nicht grundlegend.

Auch wenn Bruno Kern etwas übertreibt, aber im Prinzip hat er Recht: Nicht umsonst ist das jahrelang so riesig umworbene Desertec-Projekt (Solaranlage in der Sahara) inzwischen gescheitert. Aufwand und Ertrag (*mindestens* nach kapitalistischen Kriterien) stehen hier in einem schlechten Verhältnis.³ Erstens wollen kapitalistische Konzerne recht bald Profite erzielen was aber bei diesem Jahr-

hundertprojekt (400 Mrd. €) sich frühestens in 50 Jahren auszahlen würde. Zweitens basierte die ganze Rechnung darauf, dass nur von dort erneuerbare Energie geliefert würde (was einen höheren Stromabnahmepreis ermöglicht hätte und somit die Investition rentabel gemacht hätte). Drittens sind die politischen Verhältnisse in der Region zu unsicher, um den Strom dann (neben Europa) auch wirklich in ganz Nordafrika verkaufen zu können. Und vergessen wir nicht: Die Sonnenkraft wird noch lange wirken, aber die Rohstoffe, die wir brauchen, um sie für uns nutzbar zu machen, sind begrenzt (siehe unten)!

Effizienzproblem: Diese Schwierigkeiten sind nicht einfach mangelndem Ingenieursgeist geschuldet, sondern verweisen auf ein strukturelles Problem. Bruno Kern schreibt zu Recht (und unter Verweis auf einschlägige Studien): „Je mehr Effizienzpotenzial bereits ausgeschöpft wurde, umso schwieriger wird es, weitere Potenziale zu erschließen.“ (S. 53) In diesem Zusammenhang demonstriert Bruno Kern auch die Phantastereien eines Ernst Ulrich von Weizsäcker, der von einer Vervierfachung der Effizienzsteigerungen fabuliert. Mit Recht führt Kern die Rechnung von Fred Luks an: Wenn bis 2050 (zum Schutz des Klimas) eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs um 90 Prozent erreicht werden soll, dann setzt dies (bei einem weiterhin angestrebten Wirtschaftswachstum von jährlich 3 Prozent!) eine Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz um das 43-fache voraus! Allein diese Absurdität kapitalistischen Denkens ist schon ein Hinweis darauf, dass ein radikales Umsteuern der Strukturen und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielbestimmungen erforderlich ist.

Rein theoretisch ist die Erschließung völlig neuer Energiequellen oder -techniken denkbar, aber gerade auf dieser abstrakten Grundlage beruht die Argumentation des „Immer-weiter-so“, also des ungebremsen Wachstums, das alle Verfechter*innen der kapitalistischen Produktionsweise pflegen. Eine nicht-kapitalistische Wirtschaftsweise kann – so hoffen wir – neue Potenziale der Energiegewinnung erschließen, aber es spricht beim heutigen Stand der Grundlagenforschung und der realen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte nicht sehr viel dafür, dass es große Potenziale sein werden. Jedenfalls können wir diese Potenziale nicht nutzen, wenn sie noch gar nicht bekannt oder gar erschlossen sind. Auf diese abstrakte (aber durch nichts belegte) Möglichkeit setzt ja bekanntlich die FDP bei ihrer Argumentation des ungebremsen „Weiter-so“.

Verlagerung der Produktion in den globalen Süden: In den meisten Energiewende- oder Verkehrswendekonzepten wird systematisch ausgeblendet, dass ein ständig wachsender Teil der entsprechenden Produktionsketten in den globalen Süden verlagert wird. Das betrifft nicht nur den Abbau der Rohstoffe, sondern auch die Fertigung vieler Vor- oder sogar Endprodukte. Die Auswirkungen des dort steigenden CO₂-Ausstoßes machen aber bekanntlich nicht an Ländergrenzen halt. Wenn also die komplette *energy* in Rechnung gestellt wird, lösen sich so manche Energiewende oder Verkehrswendemaßnahmen komplett in Luft auf.

Endlichkeit der Rohstoffe: Am dramatischsten ist wohl die enge Begrenzung der überhaupt noch zur Verfügung stehenden Rohstoffe, auch derjenigen, die für die Energiewende so wichtig sind! Dies betrifft Kupfer, Lithium, Neodym, Chrom, Titan, ... Und nicht zu vergessen: Die Produktion von Biotreibstoff steht in direkter Konkurrenz zur Produktion von Nahrungsmitteln und das in einer Zeit, in der mehr als 800 Mio. Menschen auf der Erde Hunger leiden. In aller Regel wird in den bürgerlichen Medien auch völlig verschwiegen, dass der Abbau dieser Rohstoffe größtenteils unter erbärmlichen Bedingungen erfolgt – sowohl bezogen auf die Menschen als auch auf die Natur. So sind die ökologischen Schäden bei der Lithium- oder der Coltan-Gewinnung dramatisch.⁴

Bruno Kerns Schlussfolgerung aus den vielfältigen Problemen und Zuspitzungen ist zuzustimmen: „Die ökologische Problemstellung ist heute die dringendste soziale Frage unserer Zeit“, und zwar nicht nur wegen der wachsenden Zahl von Klimaflüchtlingen. Auch die Zerstörung der Umwelt beim Erzabbau im globalen Süden, der Landraub durch große Konzerne zur Produktion von Biotreibstoffen, die abnehmenden Fischbestände, die fortschreitende Wüstenbildung und so weiter spitzen für Hunderte von Millionen Menschen die Lage dramatisch zu.

Weiterhin können wir sehr gut mit Bruno Kern konform gehen, wenn er das Ziel der anzustrebenden Gesellschaftsordnung beschreibt: Sie muss egalitär ausgerichtet und auf Solidarität gegründet sein. Dafür braucht es eine geplante Wirtschaft, die mit den knapper werdenden Ressourcen extrem sparsam umgeht.

Ebenfalls erfreulich ist, wie Bruno Kern sich gegen das *Bedingungslose Grundeinkommen* wendet. Dieses ist im Kern ein unsolidarisches Konzept, das mit einer egalitären Gesellschaftsordnung völlig unvereinbar ist; und es ist zweitens auch rein praktisch nicht umsetzbar, es sei denn,

man bliebe damit auf einem Niveau, das die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gerade nicht ermöglichen würde. Außerdem müsste man dann wohl auch die Landesgrenzen dicht machen. Schlussfolgernd aus seinen Darlegungen führt er aus: „Dabei wird völlig davon abstrahiert, dass sich die Autonomie des Einzelnen gerade durch die Solidarität der Gemeinschaft konstituiert, dass es ein gegenseitiges Bedingungsverhältnis von individueller Entfaltung und Solidargemeinschaft gibt.“ Und er zitiert die Keynesianer Flassbeck/Spiecker/Meinhardt/Vesper, mit denen er ansonsten nicht übereinstimmt: „Wenn sich alle Bürger eines Landes auf den Anspruch des bedingungslosen Grundeinkommens berufen und nur das tun, was ihnen gerade Spaß macht, [...] gibt es keine ausreichende materielle Grundlage, aus der heraus die gesetzlichen Ansprüche jedes Einzelnen gegen den Staat, gegen die ‚Allgemeinheit‘ bedient werden können. Die Freiheit des einen, nicht am Erwerbsleben teilzunehmen, auch wenn er dazu in der Lage wäre, führt zum Zwang für andere, eben diese Freiheit des einen durch ihre eigene Arbeit und ihre eigene Bereitschaft, deren Früchte zu teilen, zu ermöglichen. [...] Wollen alle diese Freiheit nutzen, bricht das System in sich zusammen. Es mangelt ihm an Logik.“⁵

Unumgänglich: Gebote und Verbote

Mit nicht weniger Begeisterung können wir Bruno Kern zustimmen, wenn er betont, dass aufgrund der großen Dringlichkeit der ökologischen Fragen (nicht nur, was den Klimawandel angeht) im Zentrum aller unmittelbaren Sofortmaßnahmen eine lange Liste von Geboten und Verboten stehen muss. Ohne wirksame ordnungspolitische Maßnahmen ist die große Katastrophe nicht aufzuhalten, sei es die Vermüllung der Meere, sei es der weitere Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre oder seien es etwa die zur Neige gehenden Rohstoffe. Bei den fortschrittlichen Klimaschützern (wie auch in anderen ökologisch engagierten Kreisen) ist dies heute weitgehend Gemeingut. Nicht wirklich breit geteilt wird leider die Auffassung, dass wir zwar für diese Maßnahmen kämpfen müssen, dass sie aber in ihrer Gesamtheit mit dem Kapitalismus nicht zu vereinbaren sind.

Bruno Kern führt 6 Felder an, an denen diese Verbote/Gebote umzusetzen wären, hier nur als Stichpunkte aufgezählt: Streichung aller ökologisch schädlichen direkten und indirekten Subventionen, konsequente Unterbindung des weiteren Ausbaus fossiler Infrastruktur, organisierte Verknapfung des Energieangebots, energieintensive überflüssige Produkte verbieten und energieintensive Verfah-

ren eindämmen (z. B. Verbot von Weißblech-Aluminium-Dosen als Getränkeverpackung), radikale Verkehrswende (Verbot von Kurzstreckenflügen unter 1000 km, Kontingentierung von Fernflügen usw.) sowie das Gebot „zurück zur bäuerlichen Landwirtschaft“ (darunter beispielsweise die Beendigung der Massentierhaltung).

Umbau oder Abbau der Industrie?

Mit Bruno Kerns Forderung nach einer Deindustrialisierung kommen wir zu einem ersten wesentlichen Dissens mit seinen Anschauungen, die ganz eng mit seinen strategischen Vorstellungen verbunden sind. Er postuliert recht unspezifisch einen Abbau der Industrie, weil es – soweit noch vollkommen richtig – um die Frage gehe, „wie wir auf einer wesentlich schmaleren Basis eine solidarische Gesellschaft aufbauen können.“ (S. 31) Der Fehler fängt da an, wo er von „der“ Industrie spricht und ihre Formbestimmtheit im Kapitalismus nicht ausreichend klarstellt. Eng damit verbunden ist der falsche Begriff von Produktivitätsfortschritt. Er siedelt diesen erst in den letzten drei Jahrhunderten an, Fortschritte in der Produktivität gibt es aber seit Jahrtausenden.

Auf diese Weise lässt sich nicht herausarbeiten, wer denn ein Interesse an einem weiteren Produktivitätsfortschritt nach bisherigem Muster hat. Überhaupt ist die Klassenfrage eher eine Leerstelle in seinen Darlegungen und bildet dort, wo er sie abhandelt, einen wirklichen Schwachpunkt in seinen strategischen Vorstellungen. Seine Gesamtanalyse und seine Idee der anzustrebenden Gesellschaftsordnung geraten besonders dort in eine Schiefelage, wo er sich vom Marxismus abgrenzt.

Falsche Rezeption „des“ Marxismus

Zunächst müssen wir feststellen, dass Bruno Kern sich nicht im geringsten die Mühe macht, zwischen den verschiedenen Strömungen zu unterscheiden, die in der einen oder anderen Form mit dem Marxismus zu tun haben oder – oft zu Unrecht – mit ihm in Verbindung gebracht werden. Auf diese Weise kann er ganz leicht die Verirrungen, Verfehlungen und auch Verbrechen dieser Strömungen (also auch die der sozialdemokratischen und der stalinistischen Konterrevolution) umstandslos „dem“ Marxismus anlasten. Er bezieht sich auf die Wirkungsgeschichte „des“ Marxismus, eben so, als gäbe es nur einen. Der revolutionäre Marxismus, auch wenn er ohne Zweifel nur eine Minderheit darstellt, ist für Bruno Kern inexistent.

Mehr noch: Er lastet die Unzulänglichkeit „des“ Marxismus in erheblichem Maß Marx selbst an. Zwar hat er

sehr wohl die Untersuchung Kohei Saitos⁶ gelesen und anerkennt gewisse ökologische Überlegungen bei Marx, aber er misst dennoch den einen oder anderen euphorischen oder missverständlichen Äußerungen bei Marx ein größeres Gewicht bei als den genau entgegengesetzten. Das ist leider Methode. Da halten wir es doch mit Daniel Bensaïd, der – auch ohne die Auswertung der zweiten MEGA, wie Kohei Saito sie vornehmen konnte – deutlich macht, dass Marx sehr wohl auch ökologische Fragen im Blick hatte. Sicher, Marx hat sie nicht systematisiert, aber für den revolutionären Marxismus geht es in allererster Linie um die Analyse der Menschheit und die Vorstellung vom Menschen bzw. der Gattung Mensch. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich die besondere Bedeutung der Marx'schen Kapitalanalyse überhaupt verstehen.

Kerns Kritik an Marx fängt damit an, dass er ihm Determinismus unterstellt. Kein anderer aber hat sich so ausführlich – in dialektischer Manier – mit der Frage des Determinismus auseinandergesetzt. Hier folgt Bruno Kern leider den Vorurteilen und Verleumdern bürgerlicher Marx-Kritiker. Wir können hier nicht alles wiedergeben, was Bensaïd dazu schreibt, aber es sei wenigstens kurz zitiert:

„Zehn Jahre nach Erscheinen des ersten Bandes [des Kapitals] ruft Engels' Kommentar zu den ‚Geschichtlichen Tendenzen der kapitalistischen Akkumulation‘ sehr verständliche Doppeldeutigkeiten im intellektuellen Kontext der Zeit hervor. Es ist auffällig, dass er [Marx] das Bedürfnis empfand, diesbezüglich einzugreifen und dass er es in diesem Sinne auch tat. Auch deshalb, weil der *Anti-Dühring* in enger Abstimmung mit Marx geschrieben wurde. Das kontroverse Kapitel aus dem *Kapital* ist seitdem nicht mehr von diesem Kommentar zu trennen, der es klarer werden lässt und korrigiert.“

Die determinierte Notwendigkeit ist nicht das Gegenteil des Zufalls, sondern die Folge der determinierten Möglichkeit. Die Negation der Negation sagt, was verschwinden soll. Sie diktiert nicht, was geschehen soll.“

Auch ist es verkehrt, Marx einen linearen Fortschrittsbegriff zu unterstellen. Nicht nur hat er – wie Kohei Saito gut nachweist und worauf auch Bensaïd großen Wert legt – die Liebig'schen Schlussfolgerungen aus der Vernutzung der Ackerböden aufgearbeitet (was letztlich auch zu den berühmt gewordenen Stellen im I. Band des Kapitals führte)⁷. Marx schloss sich weitgehend Darwins Evolutionstheorie an. Bensaïd schreibt dazu: „Darwin selbst weigert sich, sie [die Selektion] in Begriffen des Fortschritts auszudrücken und verbat (sic), die Worte überlegen und unter-

legen überhaupt auszusprechen. Nach langer Reflexion war er überzeugt, dass es keine angeborene Tendenz gibt, die zu einem Fortschritt in der Entwicklung führt. Die Evolution ist ein Baumdiagramm oder eine Verzweigung, keine Stufenleiter. Die früheren Formen sind nicht Skizzen entwickelterer Formen, und die Unzeitgemäßheit autorisiert das Überleben ‚archaischer‘ Vorfahren, während ihre Nachkommen bereits diversifiziert sind.“⁸

Ähnlich hat Ernest Mandel Marx rezipiert. Im Vorwort zur (in Großbritannien erschienenen) Penguin-Ausgabe des *Kapitals* schreibt er: „Es muss allerdings unterstrichen werden, daß die Frage, ob der Kapitalismus überleben kann oder zum Untergang verurteilt ist, nicht mit der Auffassung verwechselt werden darf, daß er unvermeidlich durch eine *höhere* Form der gesellschaftlichen Organisation ersetzt werden muß, also mit jener Unvermeidlichkeit des Sozialismus. Es ist durchaus möglich, den unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitals zu postulieren, ohne den unausbleiblichen Sieg des Sozialismus vorauszusetzen. In der Tat waren diese beiden Fragen in der früheren Geschichte des revolutionären Marxismus in radikaler Weise begrifflich voneinander getrennt, indem das Schicksal des Kapitalismus in der Form eines Dilemmas formuliert wurde: das System kann nicht überleben, aber es kann den Weg entweder zum Sozialismus oder zur Barbarei eröffnen.“⁹

Bensaïd: „Ob man Marx für den bürokratischen Produktivismus [im stalinistischen Machtbereich] und seine Katastrophen verantwortlich macht oder versucht, ihn als Grünen zu verkaufen: Es ist leicht, bei ihm [einzelne] Sätze zu finden, die das jeweilige Plädoyer begünstigen. Angefangen von den frühen Texten bis hin zu den *Randglossen zu Adolph Wagners ‚Lehrbuch der politischen Ökonomie‘*¹⁰ ist das Werk sicherlich nicht homogen. Aber angesichts der Gegenwart öffnen sich neue Pfade und Pisten, die lange durch schwergewichtige Monumentalbauten didaktischer Vulgarisierungen versperrt waren.

Es wäre anachronistisch, Marx von den prometheischen Illusionen seiner Zeit zu befreien. Es wäre genauso missbräuchlich, aus ihm einen unbekümmerten Herold der exzessiven Industrialisierung und des eindimensionalen Fortschritts zu machen. Man sollte die Fragen, die er gestellt hat, nicht mit den später von sozialdemokratischen oder stalinistischen Epigonen gegebenen Antworten verwechseln. In diesem wie in vielen anderen Punkten markiert die bürokratische Konterrevolution einen Bruch.“¹¹

Das Gattungswesen Mensch und die Bewahrung resp. Wiederherstellung des Humanismus stehen im Mittel-

punkt der Marx’schen Motivation. Bensaïd schreibt dazu unter anderem: „Marx begreift das Produktionsverhältnis als ein untrennbares Verhältnis von Mensch und Natur, das durch die Arbeit vermittelt wird. Die Irreduzibilität des Lebendigen verschwindet nicht in der Vergesellschaftung der Natur. ‚Der Mensch ist ein Gattungswesen, nicht nur indem er praktisch und theoretisch die Gattung, sowohl seine eigene als die der übrigen Dinge, zu seinem Gegenstand macht, sondern – und dies ist nur ein anderer Ausdruck für dieselbe Sache –, sondern auch indem er sich zu sich selbst als der gegenwärtigen, lebendigen Gattung verhält, indem er sich zu sich als einem *universellen*, darum freien Wesen verhält.“¹² Seit den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten aus dem Jahr 1844* wird die Natur als anorganischer Körper des Menschen bezeichnet. Als natürliches menschliches Wesen ist der Mensch ‚ein Teil der Natur‘¹³. Einerseits verfügt er als *natürliches lebendiges Wesen* über natürliche, vitale Kräfte. Andererseits ist er als natürliches Wesen aus Fleisch und Blut wie die Tiere und Pflanzen ein passives Wesen, abhängig und beschränkt. Die Formulierung im *Kapital*, der zufolge die Arbeit der Vater der materiellen Reichtümer und die Natur ihre Mutter ist, ist also nicht zufällig gewählt: sie schreibt sich in eine strikte Kontinuität ein. [...]

Die Restauration der Menschheit im Menschen fordert die Restauration seiner Natürlichkeit als Bedingung seiner Emanzipation. Deshalb bezeichnet der junge Marx, nachdem er die Identität des Humanismus und eines konsequenten Naturalismus behauptet hat, den Kommunismus ganz einfach als einen ‚erfüllten Naturalismus‘.¹⁵

Und später fährt Bensaïd fort: „Diese Logik erlischt im Gesamtwerk seit 1844 nicht mehr, auch nicht mit der Liquidierung des philosophischen Bewusstseins. Sie verfolgt weiter ihren Weg.“¹⁶ Und dann führt Bensaïd dies näher aus: „Diese Entwicklungen illustrieren die Wandlungen von Marx in Bezug auf sein Konzept der Natur. Seine frühe Ablehnung des romantischen Naturalismus und seiner zweifelhaften Mythologien reicht zahlreichen eiligen Exegeten, um ihm einen entfesselten Willen zur Aneignung und Beherrschung der Natur zuzuschreiben. Im Unterschied zu den Vulgärsozialisten und Produktivisten dachte er jedoch nie, dass die Natur gratis sei. ‚Die erste Voraussetzung aller Menschengeschichte ist natürlich die Existenz lebendiger menschlicher Individuen. Der erste zu konstatierende Tatbestand ist also die körperliche Organisation dieser Individuen und ihr dadurch gegebenes Verhältnis zur übrigen Natur. [...] Alle Geschichtsschreibung muß von diesen natürlichen Grundlagen und ihrer

Modifikation im Laufe der Geschichte durch die Aktion der Menschen ausgehen.¹⁷ ¹⁸

Schon im *Kapital* schrieb Marx: „Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit.“¹⁹ Noch früher, nämlich in der *Rede auf der Jahresfeier des „People’s Paper am 14. April 1856 in London“* führt Marx aus: „Dieser Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft auf der einen Seite und modernem Elend und Verfall auf der andern Seite, dieser Antagonismus zwischen Produktivkräften und gesellschaftlichen Beziehungen unserer Epoche ist eine handgreifliche, überwältigende und unbestreitbare Tatsache.“²⁰

Bekanntlich hatte Marx schon in den Pariser Manuskripten ausgeführt: „Dieser Communismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus, er ist die *wahrhafte* Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur und mit d[em] Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbetätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung.“²¹

Welche Werttheorie?

Einen deutlichen Dissens haben wir auch mit Bruno Kerns Werttheorie, mit der er die Natur in die Werttheorie einbaut. Diese Debatte ist in Deutschland einige Jahrzehnte alt und seinerzeit besonders zugespitzt zwischen Hans Immler und Wolfdietrich Schmied-Kowarzik geführt worden.²² Sie und andere streiten darüber, ob die Natur in der kapitalistischen Produktionsweise Wert erzeugt und ob das Marx’sche Hauptwerk die Grundlage für eine moderne Kritik der Naturzerstörung ist. Ich weiß nicht, ob Bruno Kern die Beiträge von Schmied-Kowarzik kennt, aber er schlägt sich klar auf die Seite Immlers, der die Natur (resp. die Naturvernutzung) als wertbildenden Faktor einer „vollständigen“ Werttheorie ansieht. Zugespitzt führt dies sogar zur Frage: Erzeugt in der kapitalistischen Produktionsweise die Natur Wert?

In der dritten, erweiterten Neuauflage ihres Buches (die Debatte begann 1983) führen Immler und Schmied-Kowarzik aus: „Die Diskussion Marx und die Naturfrage begrenzt diese sehr allgemeine und offene Problemstellung auf folgende Aspekte: 1. ob die Marx’sche Theorie und eine von ihr geleitete Praxis einen Weg zur

Lösung der ‚Naturfrage‘ in sich bergen oder aber, ob sie an der Erzeugung der ökologischen Konflikte ähnlich beteiligt sind wie die kapitalistische Praxis und Theorie; 2. ob die Marx’sche Theorie, insbesondere die Werttheorie, selbst ursächlich beteiligt war an der naturzerstörenden Ökonomie in den realsozialistischen Ländern; 3. ob die ökologischen Konflikte zu einer grundlegenden Neubewertung der Marx’schen Theorie zwingen.“ (S. 7 f)²³

An dieser Stelle können wir nicht auf alle Aspekte der Auseinandersetzung eingehen, wollen aber festhalten: Das Kapital beutet beide Quellen des Reichtums aus, die Arbeit (Marx nennt dies den „Vater“) und die Natur („die Mutter“). Die Natur bringt nützliche Dinge (nicht nur Lebensmittel) hervor, aber sie bildet keinen Wert. Es handelt sich um Gebrauchswerte, die erst im Zusammenhang mit menschlicher Arbeit in den Wertbildungsprozess der Waren (der Tauschwerte) einfließen.

Nur die *Tauschwerte* bestimmen den Lauf der kapitalistischen Wirtschaft (und ihrer Krisen), bestimmen also das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise. Waren sind Produkte menschlicher Arbeit (Tauschwerte). In dem gesellschaftlichen Verhältnis von Kauf und Verkauf der Waren (also in diesem historisch spezifischen Verhältnis) spielt die Natur gerade keine Rolle.

Was Immler und (in seinem Gefolge) Bruno Kern nicht verstehen, ist die Tatsache, dass auch die begrenzte Verfügbarkeit der Ressourcen noch längst keinen Wert darstellt oder gar bildet. Diese Begrenzungen der Verfügbarkeit fließen in die Grundrente ein. Und die Grundrente ist einer der wesentlichen Faktoren, die den Marktproduktionspreis positiv wie negativ bestimmen. Ich verweise auf die Kompensationsgründe, die in den Marktproduktionspreis einfließen (MEW 25: 219 f) und auf die Auswirkungen etwa solcher Elemente wie der Wasserkraft via Grundrente (MEW 25: 654).

Ich führe die Bedingungen der Grundrente und des Marktproduktionspreises hier an, weil Schmied-Kowarzik, dem ich ansonsten voll umfänglich zustimme, nicht näher darauf eingeht.

Von der Produktion oder von der Distribution ausgehen?

Bruno Kern wird möglicherweise zustimmen, wenn ich behaupte, dass es zwischen seiner Werttheorie und seiner Strategiebildung einen engen Zusammenhang gibt und dass er dabei nicht zufällig von der Distribution ausgeht. Im revolutionär-marxistischen Verständnis der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

ist aber die Beherrschung der Produktion die entscheidende Macht. Schließlich ist die Produktion (die Mehrwertschöpfung) der Mechanismus, der das gesamte gesellschaftliche Verhältnis bestimmt (einschließlich der Krisen).

Gehen wir von der Distribution aus, dann ist der Schritt nicht mehr weit zum „Vergessen“ des Klassenwiderspruchs, der sich aus der Mehrwertproduktion ergibt. Da, wo Bruno Kern die strategischen Fragen zur Überwindung des herrschenden Systems thematisiert, geht es bei ihm – neben den erforderlichen Geboten und Verboten – in allererster Linie um die Ablehnung und den Boykott dieser oder jener Produkte. Hier haben also die Konsumenten das entscheidende Wort bzw. die wirksamen Machthebel in der Hand. Eine zweite Ebene sieht er in den Steuerungsmöglichkeiten des Staates, ohne allerdings klarzumachen, welcher Staat (basierend auf welcher Klassenmacht) dazu bereit oder in der Lage sein sollte.

Wenn nun in der Strategiebestimmung die Bevölkerung vorrangig (bei Bruno Kern sogar ausschließlich) als – ich würde sagen als amorphe – Masse von Konsument*innen angesprochen ist, dann ist kein Raum mehr für eine adäquate Bestimmung von Klasseninteressen und erst recht nicht für das Verständnis klassenpolitischer Kräfteverhältnisse. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass Bruno Kern nicht nur die Formbestimmtheit kapitalistischer Industrie faktisch kleinredet, sondern kein Verständnis dafür entwickelt, wie Klassenwidersprüche auch innerhalb der kapitalistischen Metropolen zu nutzen sind und notwendige Ansatzpunkte eines Kampfes für ein anderes Wirtschaftssystem sein müssen.

Das hat weitreichende Konsequenzen. Um seinen strategischen Ansatz zu begründen, rechnet Bruno Kern nur die „Industriearbeiter“ zur „Arbeiterklasse“. Sie umfasst in Deutschland bekanntlich nur eine deutliche Minderheit der erwerbstätigen Bevölkerung.

So kann die Kern'sche Arbeiterklasse natürlich keine sozial definierte und gleichzeitig gesamtgesellschaftlich ausreichend wirksame Gegenmacht sein. Darüber hinaus hat er ein weiteres Argument, die Arbeiterklasse abzuschreiben. Sie sei korrumpiert und lebe auf Kosten des globalen Südens. Auch die Reduzierung der Definition der Arbeiterklasse auf das Merkmal der Verelendung ist untauglich, um eine wirkmächtige Strategie für eine Umwälzung der bestehenden Verhältnisse zu bestimmen. Auch das jeweils aktuelle Bewusstsein ist ganz

selbstredend kein Kriterium für die Definition einer Klasse, was Bruno Kern aber sehr wohl an mehreren Stellen durchschimmern lässt.

Seit den *Pariser Manuskripten* sind für Marx die entscheidenden Kriterien ganz andere: Entfremdung, Ausbeutung, Entmenschlichung usw. aufgrund der gesellschaftlichen Strukturen, die sich nun mal aus der politischen Ökonomie ergeben. Somit ergibt sich für ihn die *wissenschaftliche Aufgabe*, vorrangig eine Kritik der politischen Ökonomie zu entwickeln.

Marx selbst hat keine sogenannte Klassentheorie entworfen, sie ergibt sich (von den wenigen ausdrücklichen Stellen wie am Ende von Band III des *Kapitals* abgesehen) aus dem Zusammenhang seiner Schriften. Im Kern seiner wissenschaftlichen Analyse des Kapitalismus steht das Erkennen der zentralen Rolle der Ware und der Mehrwertproduktion. Dies sind die Dreh- und Angelpunkte. Wer also den Kapitalismus überwinden will, muss hier ansetzen, es sei denn Bruno käme zu dem Schluss, dass es in den Metropolen keine Mehrwertproduktion und keine Ausbeutung mehr gibt. Wer die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb der Metropolen nur aus dem Mehrwertübertrag aus dem globalen Süden erklären will, kommt allerdings schwer in Konflikt mit den überprüfbaren Wertschöpfungen auch innerhalb und zwischen den Metropolen. Dies zu leugnen würde allerdings alles auf den Kopf stellen und es blieben nur moralische Wertvorstellungen übrig, die allerdings keinen Ansatz für kapitalismusüberwindende Strategien ermöglichen.

Die Arbeiter*innenklasse nicht reduktionistisch betrachtet

Gehen wir also nicht nur von der Industrie aus, sondern von allen Teilen der erwerbstätigen Bevölkerung, die für die Mehrwertproduktion und -realisierung wichtig sind, dann kommen wir zu einem ganz anderen Ergebnis. An anderer Stelle²³ habe ich näher dargelegt: Zählen wir die Menschen im Handel, den Dienstleistungen (erst recht den industrienahen Dienstleistungen), den abhängig Beschäftigten im Bildungssektor oder im Gesundheitssektor usw. dazu, dann kommen wir bei einer ernsthaften Analyse auf annähernd 90 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung, die wir als Gesamtheit der Arbeiter*innenklasse bezeichnen können und sollten.

Zu den Bewusstseinsunterschieden schreibt Ernest Mandel: „Trotz aller inneren Segmentierungen der Arbeiterklasse – all der ständig wiederkehrenden Erschei-

nungen der Spaltung nach Beruf, Nationalität, Rasse, Geschlecht, Generationen usw. – gibt es keine inneren strukturellen Hindernisse für eine umfassende Klassensolidarität der Arbeiter im Kapitalismus. Es gibt nur verschiedene Stufen des Bewußtseins, die die Entfaltung der umfassenden Klassensolidarität mehr oder weniger schwierig, mehr oder weniger ungleichmäßig in Zeit und Raum werden lassen.“²⁴

Letztendlich geht Bruno Kern eher impressionistisch an die Frage des möglichen Akteurs tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen heran. Er leitet seine Revolutionstheorie (wenn wir seinen Vorschlag zum Konsumboykott mal so nennen dürfen) aus einer ahistorischen Betrachtung aktueller Erscheinungen ab, ohne – wie Marx das macht – die Struktur der kapitalistischen Produktionsweise und die sich daraus ergebende Klassenspaltung als Ausgangspunkt zu nehmen. Nur dann aber können wir feststellen, wer denn überhaupt die *potentielle* Macht hat, die herrschende Wirtschaftsordnung aus den Angeln zu heben.

Konsumboykott?

Das entscheidende Kapitel für seine strategischen Überlegungen betitelt Bruno Kern (in bewusster Abwandlung eines allseits bekannten Spruchs aus der Arbeiter*innenbewegung) mit: „Alle Räder stehen still, wenn den Ramsch keiner mehr will.“ Hier plädiert er dafür, die Kapitalisten mit bewussten Kaufentscheidungen (gegen den Ramsch) zur Umkehr gewisser Investitionsentscheidungen zu zwingen. Hier stellen sich aber solch fundamentale Fragen, dass Bruno Kern, mit seinen Kenntnissen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, eigentlich selbst ins Schleudern kommen müsste. Wie soll mit der Nichtverkäuflichkeit bestimmter Waren das Kapital gezwungen werden, stattdessen genau die Dinge zu produzieren, die wir für richtig und nützlich erachten – und zwar insgesamt in abnehmender Gesamtmenge? Was ist mit den Gütern, auf die die Menschen nicht verzichten können oder wollen, die aber weiterhin vom Kapital nur in schlechter Form angeboten werden (nämlich gemäß geplanter Obsoleszenz)? Bekanntlich – und das hebt ja auch Bruno Kern mehrfach hervor – schließen sich kapitalistisches Wirtschaften (also die Warenproduktion) und das Wirtschaften gemäß einem gesellschaftlich bestimmten Plan strukturell aus.

Es soll nicht in Abrede gestellt werden, dass hier und da gezielte Kaufboykott-Bewegungen sehr wohl Einfluss auf die Fortdauer einer ganz bestimmten Investi-

onsentscheidung haben können. Dort, wo dies politische Kampagnen begleitet und Auswirkungen auf die Bewusstseinsbildung hat, wäre es töricht, dies nicht zu unterstützen. So konnte beispielsweise Shell zur Entsorgung einer havarierten Ölplattform gezwungen werden.

Nur mit aktiver Beteiligung derjenigen, die die potentielle Macht haben

Klar ist: Die Zeit drängt, schließlich wird in weniger als 9 Jahren das gesamte noch zulässige CO₂-Budget verbraucht sein. Wir müssen also den Wandel so schnell wie möglich angehen. Aber genau dafür braucht es die Mitwirkung der Mehrheit der Bevölkerung. Es wird darauf ankommen, diejenigen strategischen Achsen und konkreten Losungen und Sofortforderungen zu vermitteln (bzw. in den Bewegungen gemeinsam zu erarbeiten!), die es ermöglichen, breit zu mobilisieren.

Mittelfristig braucht es nicht nur adäquate Kampfformen, sondern auch ein System von Übergangsforderungen, die geeignet sind, die politischen Kräfteverhältnisse bedeutend zu verschieben. Nur dann kann sich auch die Machtfrage stellen, *die* zentrale Voraussetzung, um anschließend die Wirtschaft völlig umkrepeln zu können. Und genau dies, nämlich die Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht, geht nicht ohne die aktive Mitwirkung der – möglichst gut organisierten! – Arbeiter*innenklasse.

Nun schlägt Bruno Kern vor: Menschen sollen auf Konsum verzichten (was grundsätzlich gar nicht verkehrt ist, solange hier die materiellen Mittel gemeint sind, erst recht, solange sie kapitalistisch formbestimmt sind) und sie sollen den „Ramsch“ nicht mehr kaufen.

Er bezeichnet sodann die bislang häufig angewandten Aktionsformen („Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, das Organisieren von Veranstaltungen wie Kongressen, Konferenzen, Hearings, Tribunalen und so weiter“²⁵) als überholt. Und auch den Aktionsformen „kalkulierter Regelverletzung, des zivilen Ungehorsams bis hin zu militanten Aktionsformen, die, unter erheblicher persönlicher Risikobereitschaft der Beteiligten, darauf abzielen, den Preis für die Durchsetzung eines Projektes möglichst zu erhöhen“²⁶, bescheinigt er wenig Wirksamkeit.

Stattdessen plädiert er für den Boykott: „Unter ‚Konsumverweigerung‘ verstehen wir eine von wesentlichen politischen Akteuren getragene, langfristig angelegte Kampagne, die anhand von ausgewählten Schwerpunkten den notwendigen Ausstieg aus unserer Konsumgesellschaft verdeutlicht. Es wäre also mehr als ein Appell an Einzel-

ne und mehr als eine Boykottbewegung, die lediglich ein bestimmtes, eingrenzbare Problem im Fokus hat.“²⁷ Und weiter: „Konsumkritik birgt vor allem in Gestalt einer politischen Konsumverweigerungsbewegung die Chance, die von uns als notwendig erachteten Veränderungen entscheidend mit voranzubringen.“²⁸

So ist es kein Zufall, dass Bruno Kern gerade diejenigen Kampfformen nicht aufführt, die schon aus strukturellen Gründen die größte Durchschlagskraft haben. Mit keinem Wort tauchen bei ihm die Kampfmittel auf, die sich im Verlauf der bald zweihundertjährigen Geschichte antikapitalistischer Kämpfe als die wirkungsvollsten erwiesen haben, nämlich Streiks (vor allem Generalstreiks) und Betriebsbesetzungen. Mit Konsumboykott lassen sich eben gerade nicht alle Räder stillstellen, mit Streiks aber sehr wohl, wie wir zurzeit gerade mal wieder in Frankreich feststellen.

Nun steht ja Bruno Kern auf dem Standpunkt, dass die Kämpfe der „traditionellen Arbeiterbewegung“ auf die falschen Ziele ausgerichtet sind, nämlich für Lohnerhöhungen, gegen Rentenkürzungen usw. Wir sollen weniger konsumieren und da ist – auch wenn das bei ihm nur indirekt zum Ausdruck kommt – ein geringeres Einkommen in seinen Augen ganz positiv, denn dann wird weniger konsumiert und demzufolge dann auch weniger produziert, was weniger Energie verschwendet und weniger Ressourcen verbraucht.

Seine Rechnung geht allerdings aus zwei Gründen nicht auf: *Erstens* werden in diesem Fall nicht weniger Ressourcen verbraucht, sondern nur anders (zugunsten der Bourgeoisie und ihres Staates!) verteilt, nämlich für mehr Luxusjachten, mehr Rüstung, mehr Prestigeprojekte usw. Und *zweitens* ist mit einem solchen Programm auf keinen Fall die Mehrheit derjenigen zu gewinnen, die als einzige die potentielle Macht haben, den Kapitalismus aus den Angeln zu heben.

Um die Mehrheit der lohnabhängigen Erwerbstätigen (der Arbeiter*innenklasse im umfassenden Sinn) für ein antikapitalistisches und ökologisches (und übrigens auch feministisches und internationalistisches) Programm zu gewinnen, braucht es nicht nur eine bessere, nämlich von vornherein klassenbasierte Zielbestimmung, sondern auch und gerade ein ganzheitlich ausgerichtetes Übergangsprogramm, das in der Lage ist, an den Bedürfnissen der Klasse (und damit auch der Mehrheit der Bevölkerung, mindestens in den Metropolen) anzuknüpfen und sie mit Losungen zu mobilisieren, die bei ihrer Durchsetzung die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

infrage stellen. Und es sollte auch nicht verschwiegen werden – wozu Bruno Kern übrigens bezeichnenderweise kein einziges Wort verliert – dass sich für einen wirklich Systembruch an einem bestimmten Punkt die Machtfrage stellen wird. Diese wird nicht einfach mal in einem bürokratischen Akt von einer Klasse auf die andere übergehen. Hier wird es auf die Reife des subjektiven Faktors ankommen, an gegebener Stelle die Initiative zu ergreifen und – im Interesse aller – die Macht zu erobern.²⁹

Letztlich also wird all dies in einer revolutionären Strategie eingebettet sein müssen, wozu der Konsumboykott im besten Fall ein Hilfsmoment sein kann.

Was ist nun ein Übergangsprogramm?

Trotzki fasst die Methode so zusammen: „Man muss den Massen im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zwischen ihren augenblicklichen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu finden. Diese Brücke muss aus einem System von *Übergangsforderungen* bestehen, die von den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse ausgehen und stets zu ein und demselben Schluß führen: zur Machteroberung des Proletariats.“³⁰

Wie könnte ein ökosozialistisches Übergangsprogramm aussehen? Hier einige Stichpunkte, orientiert am Programm der belgischen *Gauche anticapitaliste*³¹:

- a.) Überflüssige und gefährliche Produktionszweige müssen eingestellt werden und geplante Obsoleszenz von Gütern muss unterbunden werden.
- b.) Unnötige Warentransporte müssen unterbunden werden; stattdessen muss so viel wie möglich regional produziert und müssen kurze Kreisläufe durchgesetzt werden.
- c.) Um die Mobilität der Personen zu gewährleisten muss massiv in die Öffentlichen Verkehrsmittel investiert werden. Der private Autoverkehr muss unattraktiv gemacht werden. Arbeitsplätze müssen wohnortnah geschaffen (bzw. dorthin transferiert) werden. Flugreisen müssen rationiert werden.
- d.) Regionale öffentliche Bauunternehmen müssen gegründet werden, die mit der energetischen Sanierung der Gebäude beauftragt werden.
- e.) Die fossilen Brennstoffe müssen in der Erde bleiben. Die Vergesellschaftung großer Unternehmen sollte bei den Energie- und Finanzkonzernen anfangen.
- f.) Die Agrarindustrie und die kapitalistische Ausbeutung der Wälder müssen beendet werden.

g.) Das Prinzip der Klimagerechtigkeit zwischen Nord und Süd muss beachtet werden.

Schon kleinere bedeutsame Schritte in der hier genannten Richtung sind nur mit breitesten Mobilisierungen durchzusetzen. Dabei müssen die Kampfziele klar benannt sein: Die anzustrebende Konversion der Produktion muss mit einer Arbeitsplatzgarantie der Lohnabhängigen verbunden werden, verknüpft mit Neueinstellungen in Bereichen mit hohem Personalmangel und einer umfassenden allgemeinen Arbeitszeitverkürzung.

Klar sollte auch sein: Für die Entwicklung eines solchen Programms bedarf es noch vieler politisch-programmatischer Ausarbeitungen. Dies wird *nicht am Schreibtisch* erfolgen (jedenfalls nur zum geringen Teil). Dazu braucht es eine breite Bewegung bzw. eine Vielzahl kämpfender Bewegungen, die sich gegenseitig befruchten, die aber an entscheidenden Weggabelungen kooperieren und an einem Strang ziehen, nämlich dem, der den Kapitalismus stürzen kann.

24./28. 12. 2019

Fußnoten

1 Zürich (Rotpunktverlag), 2019, 236 Seiten, 13 Euro

2 https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/potenzial_der_windenergie.pdf

3 Allein Siemens versenkte mehr als 400 Millionen Dollar in der Technologie und stieg letztlich aus. Zur mangelnden Rentabilität mindestens heute und nach kapitalistischen Kriterien siehe: <https://www.diepresse.com/3883327/warum-das-desertec-projekt-scheitern-musste>.

4 Siehe bspw. den Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags <https://www.bundestag.de/resource/blob/627440/21dc4b97c8404198595dec98a4506a79/WD-8-135-18-pdf-data.pdf>; zum Coltan-Abbau: <https://www.verbraucherzentrale.nrw/wissen/umwelt-haushalt/nachhaltigkeit/rohstoffabbau-schadet-umwelt-und-menschen-11537>

5 Flassbeck et al: Irrweg Grundeinkommen. Die große Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden. Frankfurt am Main (Westend Verlag), 2012, S. 38

6 Kohei Saito: „Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus“. Frankfurt/New York (Campus Verlag), 2016

7 Daniel Bensaïd: „Der unzeitgemäße Marx. Glanz und Elend eines kritischen Abenteurers im 19. und 20. Jahrhundert.“, Köln/Karlsruhe (Neuer ISP Verlag), Oktober 2019, S. 63; das Original *Marx l'intempestif: Grands et misères d'une aventure critique (XIXe -XXe siècles)* erschien 1996 in Paris.

8 Am häufigsten zitiert wird MEW 23: 529 f; vgl. auch die „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei“ (Kritik des Gothaer Programms): „Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebenso sehr die Quelle

der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.“ MEW 19: 15

9 Bensaïd, a. a. O. S. 64 f

10 Deutsch in „Kontroversen um ‚Das Kapital‘“, Berlin (Dietz), 1991, S. 283. Ernest Mandel fügt in einer Anmerkung als Beleg hinzu: „Siehe Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund? In: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin (Dietz Verlag) 1983, S. 441.“

11 in MEW 19: 355–383

12 Bensaïd a. a. O., S. 319

13 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. Kommentar von Michael Quante, Frankfurt (Suhrkamp) 2009, S. 89

14 MEW 40: 516

15 Bensaïd, a. a. O. S. 320f

16 Bensaïd, a. a. O. S. 321

17 Karl Marx und Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, in MEW 3: 20f

18 Bensaïd, a. a. O. S. 327 f

19 MEW 23: 529

20 MEW 12: 3 f

21 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. Kommentar von Michael Quante, Frankfurt (Suhrkamp) 2009, S. 116

22 Hans Immler, Wolfdietrich Schmied-Kowarzik (Hg.): Marx und die Naturfrage. Ein Wissenschaftsstreit um die Kritik der politischen Ökonomie, Kassel (Kassel University Press) 20103

23 Jakob Schäfer, Ein Beitrag zur Klassenzugehörigkeit, in *Die Internationale*, 6/2019

24 E. M.: Kontroversen um das Kapital, a. a. O. S. 278 f. Vgl. dazu auch Ernest Mandels wichtigste Schrift zu diesem Thema: „Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins“ in „Lenin. Revolution und Politik. Mit Beiträgen von Paul Mattick, Bernd Rabehl, Juri Tynjanov und Ernest Mandel“, Frankfurt (Suhrkamp), 1970.

25 Bruno Kern, a. a. O. S. 215

26 ebenda

27 Bruno Kern, a. a. O. S. 215

28 Bruno Kern, a. a. O. S. 217

29 „Die ganze Kunst des Politikers besteht eben darin, gerade jenes kleine Kettenglied herauszufinden und ganz fest zu packen, das ihm am wenigsten aus der Hand geschlagen werden kann, das im gegebenen Augenblick am wichtigsten ist, das dem Besitzer dieses Kettengliedes den Besitz der ganzen Kette am besten garantiert.“ (Lenin Werke Bd.5, S. 521 f.)

30 Leo Trotzki, Das Übergangsprogramm [1938], Essen (Arbeiterpresse Verlag), 1997

31 Im Detail nachzulesen in *Die Internationale* 4/2019 oder unter: <https://intersoz.org/oekosozialistische-revolution-oder-klimakatastrophe/>

NULLTARIF IM ÖPNV BERÜHRT GRUNDSATZFRAGEN

Nicht nur Initiativen für eine Verkehrswende fordern heute einen Nulltarif im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Zu oft allerdings wird zur Finanzierung des Nulltarifs nur an kleine Stellschrauben gedacht. In aller Regel gerät dabei das Grundsätzliche aus dem Blick.

■ Jakob Schäfer und Michael Weis

Eine umfassende Verkehrswende ist aus drei grundsätzlichen Erwägungen dringend geboten:

Erstens gebieten es ökologische Gründe: Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, in dem die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 weiter steigen – und dies trotz erheblicher technologischer Fortschritte (etwa in der Motortechnik). Sie machen heute ein gutes Fünftel der Gesamtemissionen klimaschädlicher Gase aus. Wenn der gesamte Lastverkehr und der Luftverkehr mitgerechnet werden, sind es fast ein Viertel der Gesamtemissionen. Der Grund für diese verheerende Entwicklung ist die Beibehaltung (zum Teil sogar die Ausdehnung) des motorisierten Individualverkehrs, selbst ohne die Folgen des SUV-Wahns.

Zweitens ist ein massiver Umstieg auf die Nutzung des ÖPNV auch eine soziale Herausforderung, denn der Autoverkehr ist teuer, sowohl für die privaten Nutzer*innen als auch für die Gemeinschaft.¹ Ohne ausreichenden ÖPNV (oft in Verbindung mit langen Wegen zur Arbeit oder zu wichtigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge) sind vor allem einkommensschwache Schichten stark eingeschränkt oder gar ausgegrenzt.

Drittens ist eine durchgreifende Verkehrswende unerlässlich, wenn wir ein Recht auf Stadt durchsetzen wollen. Hier geht es nicht nur um die Umgestaltung der Städte in

lebenswerte Räume (was bei Fortführung der Autogesellschaft unmöglich zu realisieren ist), sondern letztlich auch darum, der weiteren Zersiedlung der Landschaft Einhalt zu gebieten.²

Vier Bedingungen einer effektiven Verkehrswende

Bei allen etablierten Parteien, einschließlich der Grünen, werden völlig unzureichende – bis gar keine – Maßnahmen für eine Verkehrswende diskutiert. Und real umgesetzt wird noch weniger. Eine wirkliche Verkehrswende kann nur gelingen, wenn auf vier Ebenen radikal umgesteuert wird:

- Die Struktur des Verkehrssektors ist völlig umzudrehen. Der ÖPNV *muss massiv ausgebaut* werden und zwar im Wesentlichen mit der Wiedereinführung und dem Ausbau der Straßenbahnen und der Oberleitungsbusse (Trolley-Busse, Obusse). Mittelfristig müssen privat genutzte PKW aus den Städten verbannt werden und parallel muss der Fernlastverkehr weitgehend unterbunden und ein Maximum des Güterverkehrs auf die Schiene verlegt werden. Der Flugverkehr ist radikal einzuschränken, auch und gerade mit ordnungspolitischen Maßnahmen.
- Um den grundsätzlichen Vorteil des schienengebundenen Verkehrs (sechsmal geringerer Rollwiderstand) und der Trolley-Busse optimal zu nutzen muss parallel dazu der Ausbau der Stromgewinnung aus *erneuerbaren Energien* massiv vorangetrieben werden.
- Der zwischenstädtische Personenverkehr muss erheblich verbilligt und der ÖPNV muss für die Nutzer*innen grundsätzlich kostenfrei sein. „*ÖPNV für lau!*“ muss die Devise lauten.
- Mit durchgreifenden Maßnahmen für eine ökologische Infrastruktur muss ein Maximum an *Verkehrsvermeidung* durchgesetzt werden. Nur so kann den ständig

längeren Wegen entgegengewirkt werden, also der „Entvölkerung“ der Innenstädte durch Wohnraumverknappung und Mietwucher mit der Folge wachsender Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsplätzen. Hinzu kommt der Abbau von Einrichtungen der Daseinsvorsorge (wohnnaher Krankenhäuser, Kinderhorte, ambulanzärztliche Versorgung, Schwimmbäder etc.) in den Städten und deren Umland. Besonders außerhalb der Städte werden dadurch die Wege immer länger und zwingen viele Menschen zur Nutzung des PKW und fördern die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs.

Eine Prinzipienfrage

Immer wieder wird die Frage nach der Finanzierbarkeit eines ÖPNV zum Nulltarif gestellt, wobei auch von den Befürwortern zuweilen nur an den kleinen Stellschrauben gedreht wird. Diese sind zumeist auch sehr sinnvoll, aber von vornherein sollte ein Punkt völlig klar sein: Eine Verkehrswende ist nur dann umsetzbar, wenn sie nicht auf Kosten der Masse der Bevölkerung angegangen wird. Zum einen, weil nur dann die Menschen mitziehen werden, vor allem aber, weil aus prinzipiellen Gründen das Geld dort geholt werden muss, wo es in Hülle und Fülle vorhanden ist, beim Kapital und bei den Reichen.

Wenn es um diese Grundsatzfrage geht, wird oft auf das Beispiel Frankreich verwiesen, wo der ÖPNV nach der Einführung der Verkehrsabgabe der Unternehmen (im ersten Ansatz schon in den 1990er Jahren, substantieller dann ab 2010) wenigstens zum Teil von den Unternehmen mitfinanziert wird. Diese Verkehrsabgabe („*versement transport*“) ist der Grundstock dafür, dass in einigen Städten (Aubagne, Dunkerque, Strasbourg) die Nutzung des innerstädtischen ÖPNV verbilligt oder auch teilweise kostenlos ist.

Die Unzulänglichkeiten dieses Systems sind allerdings erheblich.

Erstens richtet sich die Abgabe der Unternehmen (sie gilt für Unternehmen ab 9 Beschäftigten) nach der Lohnsumme (zwischen 0,55 und 2,6 %). Wenn also ein Unternehmen Beschäftigte entlässt (oder deren Löhne senkt), sinkt die Nahverkehrsabgabe, selbst dann, wenn im gleichen Zeitraum die Gewinne des Unternehmens steigen. Von vornherein wäre also der Umsatz die bessere Bemessungsgrundlage.

Zweitens sind die auf diese Weise erzielten Einnahmen (mit den heutigen Sätzen) bei weitem nicht ausreichend, um den ÖPNV massiv auszubauen. In vielen Städten

Frankreichs wurde die Verkehrsabgabe nur genutzt, um das Defizit im Stadtsäckel zu reduzieren. Weiterhin gibt es in vielen Gemeinden (nicht nur auf dem Land) und auch bei der Bahn kundenfeindliche Kostensenkungsmaßnahmen: Abschaffung von Haltestellen, Stilllegung der „teuersten Linien“ (im Busbetrieb wie bei der Bahn!) und auf vielen Strecken sind auch die Fahrpreise gestiegen.

Kleinere Verbesserungen sollen nicht verschwiegen werden: So hat die Stadt Strasbourg die Park&Ride-Plätze ausgebaut. Wer sich dort eine Karte für den ÖPNV (4,10 €) kauft, kann den ganzen Tag damit fahren und bis zu 7 Personen mitnehmen. Die Stadt finanziert dies und den nicht unbeträchtlichen Ausbau des Tram-Systems (6 Straßenbahnlinien, nachdem sie 1960 abgeschafft worden waren) mit einer Verkehrsabgabe von 2 Prozent der Lohnsumme der Betriebe in der Stadt. Auch Wien ist weiter als fast alle Städte der BRD: Ein Tagesticket kostet dort 1 €.

Klar ist aber: Für eine wirkliche Verkehrswende reicht das vorne und hinten nicht. Es braucht deutlich höhere Abgaben als die bisherigen 2 % der Lohnsumme und es darf nicht nur von den in der Stadt und dem unmittelbaren Umland angesiedelten Betrieben erhoben werden, sondern von allen Betrieben, und zwar gemessen am Umsatz, nicht an der Lohnsumme. Außerdem geht es nicht nur um eine andere Besteuerung des Kapitals, sondern auch um die der Reichen, also ab einem bestimmten Jahreseinkommen und ab einem bestimmten Vermögen. Warum etwa sollen Coupon-Schneider bei der Finanzierung der Verkehrswende nicht herangezogen werden?

Weitgehende Selbstfinanzierung

Unabhängig von diesen prinzipiellen Fragen wollen wir es aber nicht unterlassen, auf die weitgehende Selbstfinanzierung des Nulltarifs hinzuweisen. Sie reicht zwar nicht für den Ausbau des ÖPNV, leistet aber einen erheblichen Anteil dazu, den Nulltarif sofort umzusetzen.

Der ÖPNV kostet pro Jahr in Deutschland etwa 25 Milliarden Euro. Davon werden zurzeit etwa 50 Prozent über die Fahrgelderlöse getragen. Bleiben also noch 12,5 Milliarden Euro.³

Dieser Betrag lässt sich durch einfache Maßnahmen gegenfinanzieren, sofern eine ökologische Verkehrswende angestrebt wird. Hier einige Beispiele.

- Beendigung des Dieselsteuerprivilegs: zusätzliche Einnahmen von rund 7,35 Milliarden Euro pro Jahr;
- Beendigung der Steuerbegünstigung für Dienstwagen: zusätzliche Einnahmen von mindestens 3,1 Milliarden Euro pro Jahr;

- Beendigung der Kerosinsteuerbefreiung für den Luftverkehr: zusätzliche Einnahmen von rund 7,08 Milliarden Euro pro Jahr;
- Beendigung der Mehrwertsteuerbefreiung für den grenzüberschreitenden Luftverkehr: zusätzliche Einnahmen von 4,76 Milliarden Euro pro Jahr;
- Stopp des fortgesetzten Ausbaus des Autobahn- und Fernstraßennetzes und Beschränkung auf das Instandhalten: eingesparte Investitionsmittel von mindestens 7,2 Milliarden Euro pro Jahr;
- Stopp von Ausbau und Subventionierung der Flughäfen mit öffentlichen Mitteln: eingesparte Investitionsmittel in Milliardenhöhe.

Es lassen sich alleine durch ein Ende des bisherigen Modells der Förderung der fossilen Verkehrswirtschaft rund 30 Milliarden Euro pro Jahr in den Öffentlichen Verkehr verlagern. Wobei hier noch nicht einmal die externen Kosten des Autoverkehrs berücksichtigt sind wie etwa für Unfälle und die Auswirkungen auf den Klimawandel usw. (s. die genannte Studie der TU Dresden). Ebenso wenig berücksichtigt sind die Ersparnisse durch den Entfall des Fahrscheinverkaufs, der Fahrscheinkontrollen und der Strafverfolgung von „Schwarzfahrer*innen“.

Weitere Finanzierungswege (dies gilt für den gesamten Bahnverkehr) könnten durch eine zielgerichtete und sinnvollere Verwendung der Eigenmittel der Bahn eröffnet werden. Statt in den Ausbau des ÖP(N)V zu investieren, werden damit widersinnige Megaprojekte wie Stuttgart 21, die Verlegung des zentralen Bahnhofs HH-Altona und der Abriss des funktionstüchtigen HBF-Gebäudes in München und der (unterirdische) Bau der zweiten Stammstrecke finanziert. Vor allem in Stuttgart werden damit Bahnhofskapazitäten reduziert und Eisenbahn abgebaut. Allein diese drei Projekte kosten 20–25 Mrd. Euro, also das Fünffache des jährlichen Investitionsvolumens der DB.

Hinzu kommen die verschleuderten Immobilienwerte in Milliardenhöhe und das Verramschen der Eisenbahnerwohnungen zum Wohle der Immobilienkonzerne. In diese Politik (des Ab- statt Aufbaus der Kapazitäten) passt der jüngste Vorschlag von Bahnvorstand Lutz, zur Schönung der Bilanzen Güterwaggons und Loks im Wert von einer Mrd. € zu verhökern, um sie anschließend „zurückzumieten“.

Gar nicht zu reden davon, dass sich die öffentliche Hand vorsätzlich und mutwillig alljährlich von ihr zu erhebender Einnahmen in Milliardenhöhe begibt, indem sie unter maßgeblicher Mitwirkung und Deckung durch

sozialdemokratische Philister Steuerbetrug durch Cum-Ex-Geschäfte ermöglicht bzw. halbherzig oder nur unter Druck ahndet, wirksamere Maßnahmen gegen Geldwäsche und Steuerflucht auf europäischer Ebene verzögert oder per Veto gänzlich verhindert, Steueroasen begünstigt bzw. durch das Dumping von Gewerbesteuererträgen interne Steueroasen schafft etc. pp.⁴

All diese Berechnungen sind bekannt, aber die im Dienst des Kapitals agierenden Regierungen werden auch weiterhin alles tun, um die Autogesellschaft fortzuführen, die vor allem dem ganzen fossilen Sektor (vor allem der Autoindustrie) satte Gewinne sichert. Eine Wende kann nur mit breitester Mobilisierung von unten (und mit Unruhe in den Betrieben) durchgesetzt werden. Letztlich stellt sich im Zusammenhang mit der notwendigen Konversion (etwa der Autoproduktion) auch die Eigentumsfrage.

Fußnoten

1 Laut einer Studie der TU Dresden betragen die externen Kosten (die also nicht vom Halter bezahlt werden) für jedes Auto 2100 €, jährlich! Die Studie findet sich unter: https://www.greens-efa.eu/legacy/fileadmin/dam/Documents/Studies/Costs_of_cars/The_true_costs_of_cars_DE.pdf

2 Mehr zum Thema Recht auf Stadt: <https://intersoz.org/welche-urbanitaet-wollen-wir-fuer-welches-recht-auf-stadt-sollten-wir-kaempfen/>

3 Wir stützen uns hier auf Carsten Sommer im Interview mit ZDF-heute vom 14.2.2018. Sommer ist Leiter des Fachgebietes Verkehrsplanung und Verkehrssystem an der Universität Kassel. Seine Arbeitsfelder sind unter anderem der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sowie die Zusammenhänge von demografischem Wandel und Verkehr. Er ist zudem Mitglied in der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen.

4 *Die Zeit* schreibt zu den Cum-Ex-Geschäften: „In den Jahren zwischen 2005 und 2011 ist durch solche Geschäfte nach Schätzungen des Mannheimer Steuerprofessors Christoph Spengel ein Gesamtschaden für den deutschen Fiskus von mindestens 7,2 Milliarden Euro entstanden.“ Sozialdemokratische Granden wie Scholz und Tschentscher wirkten im Fall der Warburg Bank mit, die Ansprüche des Staates auf Rückerstattung verjähren zu lassen. <https://www.zeit.de/2020/08/m-m-warburg-privatbank-cum-ex-anspruch-staat>



DIE GIGANTISCHEN BUSCHBRÄNDE IN AUSTRALIEN

Die klimatischen Veränderungen als Ursache für die katastrophalen Ausmaße der jährlichen Brände werden durch ihr Ergebnis selbst wieder verstärkt. Diese Rückkoppelung aber ist zumindest im diesjährigen Ausmaß einer verantwortungslosen, ignoranten Untätigkeit der Herrschenden zuzuschreiben.

■ Daniel Tanuro

Der Ausdruck „tipping point“ (Umschlagpunkt oder Umkipppunkt) bezeichnet den Punkt, wo ein System von einem Zustand des Gleichgewichts in einen anderen „kippt“, den Moment also, ab dem es nicht mehr möglich ist, zu verhindern, dass aufgehäufte quantitative Änderungen in eine neue Qualität umschlagen. Der Begriff wird in ganz unterschiedlichen Bereichen verwendet, von Bevölkerungsstudien über die Sozialwissenschaften bis zum Klimawandel.

Das Gespenst des »Treibhaus-Planet«

Die Entwicklung der Eiskappe Grönlands liefert ein wichtiges Beispiel für einen „tipping point“ im Bereich des Klimas. Wenn die gesamte Eisdecke auf der Insel schmilzt, wird der Meeresspiegel um ungefähr sieben Meter steigen, das weiß man. Spezialist*innen haben festgestellt, dass sich die Eisschmelze in beunruhigender Weise beschleunigt¹, aber die Eiskappe scheint noch nicht in einen Prozess irreversibler Auflösung eingetreten zu sein. Laut IPCC² liegt ihr „tipping point“ bei einer Erwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad Celsius. Beim aktuellen Rhythmus der Emissionen

werden wir um 2040 in diese gefährliche Zone eintreten ...

Jüngst haben Wissenschaftler*innen darauf hingewiesen, dass „tipping points“ durch positive Rückkopplungen miteinander verkettet sein können (die Auswirkungen der Erwärmung verstärken ihrerseits die Erwärmung).³ Ihren Untersuchungen zufolge würde das Verschwinden der Eiskappe Grönlands solche Mengen Süßwasser ins Meer freisetzen, dass die ozeanischen Ströme im Atlantik gestört würden. Da manche dieser Ströme das Klima im Amazonasbecken bestimmen, würde der Wald in dieser Region rasch einer Savanne weichen. Diese Veränderung wäre ein zweiter „tipping point“.

Eine Savanne absorbiert natürlich viel weniger CO₂ als ein Wald. Infolgedessen würde die Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre stark zunehmen. Daraus ergibt sich eine weitere Zunahme der Erwärmung, so dass ein dritter „tipping point“ erreicht werden könnte. Laut den Forscher*innen könnte dies zur Auflösung von zwei gigantischen Eisbergmassiven in der Antarktis führen, Thwaites an der West- und Totten an der Ostküste. Man

weiß, dass sie stark destabilisiert sind (nach Meinung einiger Forscher*innen hat Thwaites bereits den „point of no return“ erreicht⁴). Man weiß auch, dass ihr Verschwinden den Meeresspiegel um etwa sieben Meter anheben würde – ebenso viel wie das Verschwinden der grönländischen Eiskappe.

Sieben Meter plus sieben Meter, da sind wir schon nach drei „tipping points“ bei einem Anstieg des Meeresspiegels um vierzehn Meter.

Und das ist nicht alles: Schmelze von Permafrostböden, qualitative Intensivierung des El-Niño-Phänomens, Auflösung weiterer Teile der antarktischen Eiskappe usw. – mehrere „tipping points“ könnten aufeinanderfolgen. Was würde dann geschehen? Dann könnte diesen Forscher*innen zufolge dieses kleine Dominospiel die Erde recht schnell zu einem „Treibhaus-Planeten“ mit einer durchschnittlichen Oberflächentemperatur machen, die um 4 bis 5 Grad Celsius höher ist als derzeit. Unser Planet hat solche Verhältnisse seit dem Pliozän, also seit 1,4 Millionen Jahren (lange vor Auftauchen des Homo sapiens) nicht mehr gekannt. Damals war der Meeresspiegel um 20 bis 30 Meter höher als heute.

Der Ausdruck „hothouse planet“ (Treibhaus-Planet) klingt ein wenig nach Sciencefiction, aber die wissenschaftliche Gemeinschaft nimmt dieses Szenario sehr ernst, da die „positive feedbacks“ (positiven Rückkopplungen) die „tipping points“ miteinander verketteten. Der Prozess würde ziemlich schnell zu einer außerordentlich anderen Welt führen als die, die wir kennen und die unsere Vorfahren gekannt haben. Eine Welt, die im Hinblick auf ihren biologischen Reichtum ganz gewiss sehr viel ärmer wäre. Homo sapiens wird darin vielleicht überleben, aber zweierlei ist sicher: 1. Es wird kein Platz mehr sein für 7 bis 8 Milliarden Menschen; 2. die Ärmsten werden die Rechnung bezahlen, während sie am wenigsten für die Umweltzerstörung verantwortlich sind.

Ein Kippunkt live

Was hat all das mit den Megafeuern zu tun, die Australien verschlingen? Das ist ganz einfach: Einerseits besteht kein Zweifel, dass diese Katastrophe ein Resultat des Klimawandels ist – schon 1986 haben australische Spezialist*innen vor der Gefahr gewarnt, doch vergebens. Was heute geschieht, entspricht leider ihren Voraussagen.⁵ Andererseits ist es wahrscheinlich, dass diese schrecklichen Brände selbst einen „tipping point“ darstellen – als ein Moment der Beschleunigung der globalen Umweltkrise wirken.

Auf der Ebene der Biodiversität ist die Frage bereits entschieden: Über eine Milliarde Tiere sind in den Flammen umgekommen; die Davongekommenen werden nur sehr schwer in den drastisch veränderten Lebensräumen überleben, die Brände haben schon jetzt viele Pflanzen- und Tierarten ausgelöscht, und manche einzigartigen Ökosysteme (wie die Reste des Primärwalds, der vor 2,5 Milliarden Jahren Gondwana bedeckte⁶) sind unwiederbringlich verloren. Das entspricht genau der Definition eines „tipping point“.

Auf der Ebene des Klimas ist die Frage komplexer, denn manche Phänomene spielen in eine entgegengesetzte Richtung, wie wir sehen werden.

Zunächst gilt es jedoch, nicht aus dem Auge zu verlieren, dass das Verbrennen fossiler Brennstoffe der Hauptgrund für die Klimakatastrophe ist und bleibt. Die durch die Brände verursachten Emissionen von Kohlenstoffdioxid werden für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. November 2019 auf 6,73 Gigatonnen (Gt) geschätzt. Zum Vergleich: Die CO₂-Emissionen durch Verbrennung fossiler Brennstoffe betragen im Jahr 2018 weltweit 37,1 Gt (2010: 33,1 Gt).

Die von den Feuern verursachten Emissionen sind nicht zu vernachlässigen. Sie übertreffen z. B. die Emissionen, die in den USA durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe entstehen – etwas über 5 Gigatonnen CO₂ pro Jahr.⁷ Da das Klimasystem sich dem grönländischen „tipping point“ nähert, ist es nicht unerheblich, dass die australischen gigantischen Feuer den Spielraum reduzieren, der uns von dem oben beschriebenen Dominoeffekt trennt.

Die Brände setzen große Mengen an CO₂, Ruß und Aerosolen frei. In großer Höhe in die Atmosphäre abgegeben, haben diese verschiedenen Bestandteile nicht alle die gleichen Auswirkungen auf das Klima: Das CO₂ und der Ruß tragen zur Erwärmung bei, während die Aerosole eine kühlende Wirkung haben, denn sie reflektieren die Sonnenstrahlung (dasselbe geschieht bei Vulkanausbrüchen). Nur wird die Konzentration der Aerosole nach einigen Monaten zurückgehen, während sich das CO₂ über ein Jahrhundert lang in der Luft akkumulieren wird. Auf längere Sicht wird die Erwärmung also überwiegen.

Der Rauch hat ebenfalls eine erwärmende Wirkung. Ruß und Aerosole fallen auf die Erde, manchmal in sehr großer Entfernung von Australien. Jüngst hat man bräunliche Rußablagerungen auf neuseeländischen Gletschern gefunden – und es soll sogar welche in der Antarktis geben. Schnee und Eis, die derart verschmutzt sind, haben

ein geringeres Albedo⁸, so dass sich ihr Abschmelzen beschleunigt.

Eine größere Unbekannte ist die Auswirkung der Katastrophe auf das mittelfristige Überleben der Wälder. In Australien gibt es jedes Jahr Waldbrände. Bislang haben die Wälder dem standgehalten und sich regeneriert. Eukalyptusbäume sind besonders widerstandsfähig gegenüber Feuer. Aber einerseits sind die aktuellen Brände beispiellos, andererseits besteht die Gefahr, dass die Erhitzung und Austrocknung die Regeneration erschwert und sogar unmöglich macht. Ein reifer Wald kann dem Stress durch Trockenheit lange widerstehen, aber das Wachstum und Überleben junger Pflanzen auf nacktem Boden in einer Umgebung, die durch das Verschwinden der Wälder trockener geworden ist und in der Brände deshalb wahrscheinlicher werden, wird dadurch sehr schwierig. Australien befindet sich in einem mehrjährigen Trockenheitszyklus.⁹ Daher fürchten Spezialist*innen, dass ein großer Teil des Waldes sich nicht erholen wird und von Sträuchern und Büschen ersetzt werden wird, die deutlich weniger CO₂ aufnehmen.¹⁰

Die Optimist*innen werden sagen, dass Australien vor allem sandige, kalk-, sandstein- und tonhaltige Böden aufweist, die eher hell sind und einen größeren Teil der Sonnenstrahlung reflektieren, wenn dort Gestrüpp wächst, als wenn sie von Wäldern bedeckt sind. Ein Laubwald bildet tatsächlich eine dunkle Masse, die nur 15 bis 20 Prozent der Sonnenstrahlung reflektiert – ungefähr zweimal weniger als ein heller Boden. Aber es ist zweifelhaft, dass dieser Abkühlungseffekt aufgrund eines größeren Albedos die erwärmende Wirkung des CO₂, das durch die Zerstörung von Millionen Hektar Wald in die Atmosphäre ausgestoßen wird, kompensieren wird.

Arme Wälder!

Um viele Wälder auf der Welt steht es nicht gut. Brände nehmen der Tendenz nach zu, ganz gleich, ob sie spontan ausbrechen oder absichtlich gelegt werden, und die Erwärmung macht es immer schrecklicher und schwieriger, sie zu kontrollieren. Das war vor kurzem in Kalifornien, Bolivien, Ecuador, Indonesien, Kongo, Mexiko und im Mittelmeerraum zu sehen (siehe auch den schrecklichen Brand vom Juli 2018 in Griechenland, der über 80 Menschenleben forderte¹¹). Zu den Bränden kommt im globalen Süden die Entwaldung hinzu, die durch den extraktivistischen Rausch der Kapitalisten in der Holz-, Zellstoff-, Vieh-, Soja- und Palmölindustrie sowie durch Bergbau, Gewinnung von Erdöl und Wasserkraftnutzung verursacht wird.

In den entwickelten Ländern der gemäßigten Zonen nimmt die Waldfläche seit mehreren Jahrzehnten zu. Seit einigen Jahren ist der Gesundheitszustand der Bäume jedoch tendenziell rückläufig, vor allem aufgrund stärkerer Hitzewellen. Darüber hinaus haben sich die Brände sogar in sehr nördlichen Regionen wie Schweden, Kanada und Sibirien vervielfacht. Einigen Wissenschaftler*innen zufolge war die in diesen Regionen sehr ungewöhnliche Verschmutzung durch die Brände ein bedeutender Faktor für das rekordverdächtige Abschmelzen der grönländischen Eiskappe im Jahr 2012.¹²

Wenn die CO₂-Emissionen weiter steigen, werden die Waldbrände mit Sicherheit zunehmen. In welchem Ausmaß? Kalifornische Wissenschaftler*innen glauben, dass die Beziehung zwischen Temperaturanstieg und Bränden nicht linear, sondern exponentiell ist.¹³ Wie wir wissen, führen uns die Klimapläne der nationalen Regierungen (die „nationally determined contributions“) zu einer Erwärmung von mehr als 3 °C bis zum Ende des Jahrhunderts. Laut IPCC wird bei einer solchen Erwärmung die Häufigkeit von Bränden auf über 60 % der Weltoberfläche zunehmen. Kürzlich kamen brasilianische und amerikanische Wissenschaftler*innen zu dem Schluss, dass das Amazonasgebiet bei unveränderter Politik innerhalb von dreißig Jahren das gleiche Schicksal erleiden wird wie Australien gegenwärtig.¹⁴

Leider ist zu befürchten, dass diese Warnungen nicht mehr Gehör finden werden als die Warnungen, die australischen Wissenschaftler*innen vor dreißig Jahren ausgesprochen haben, als sie vor der Wahrscheinlichkeit warnten, dass die globale Erwärmung immer schlimmere Brände verursachen würde.

Die Ursache für diese Taubheit fällt in der Tat nicht vom Himmel: Sie ist das Produkt der Tatsache, dass die Regierungen im Dienste der kapitalistischen Interessen und damit der Kapitalakkumulation stehen, die sich aus dem Wettbewerb um den Markt zwischen privaten Eigentümer*innen der Produktionsmittel unweigerlich ergibt. Genau diese Dynamik der endlosen Akkumulation ist aber die Ursache für das Kippen des Klimas.

Australien – Champion der Klimawandelleugnung

Unter den kapitalistischen Regierungen spielt die australische eine besonders zynische, ja kriminelle Rolle. Das Land ist einer der größten Emittenten von CO₂ pro Einwohner*in und pro Jahr (über 15 t, mehr als die USA, nur die Golfmonarchien sind noch übler). Doch seit Beginn der Klimaverhandlungen 1992 halten die

Politiker*innen der amtierenden Regierungen den Fuß auf der Bremse, wenn es um die Umsetzung von Maßnahmen geht.

Bereits bei den Verhandlungen über das Kyoto-Protokoll 1996/97 beschloss Australien, keinerlei Verminderung von Emissionen zuzustimmen, die irgendeine negative Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit des Landes hätte. Das Land war also sehr freudig für den Kauf von „emission credits“. Auf nationaler Ebene begnügte man sich im Wesentlichen mit der Anpflanzung von Bäumen und dem Bremsen der Entwaldung (erwähnt sei noch die Prämie für die Schlachtung von Dromedaren, die ursprünglich im 19. Jahrhundert eingeführt worden waren, unter dem Vorwand, dass diese Tiere sehr viel Methan produzieren).

Dieser Kurs ist bis jetzt beibehalten worden. Im Rahmen des Pariser Abkommens hat Australien sich verpflichtet, seine Emissionen von jetzt bis 2030 um 26 bis 28 % zu reduzieren. Wenn das Ziel maximal 1,5° C ohne „zeitweises Überschreiten“ eingehalten werden soll, ist eine weltweite Verminderungen der Nettoemissionen um durchschnittlich 58 % nötig. In Anbetracht seiner historischen Verantwortung müsste sich der Beitrag Australiens auf etwa 70 % belaufen ...

Die australische Regierung begnügt sich nicht damit, voll auf die Bremse zu treten, wenn von Verminderung der Emissionen die Rede ist; außerdem trickst sie, indem sie mit ihrem Lieblingsschnickschnack herumfuchelt: der Absorption von CO₂ durch die Natur und den Ankauf von „carbon credits“.

Zum einen ist die Art und Weise, wie die Emissionen berechnet werden, abgeändert worden, sodass nun die Schätzung der Mengen von CO₂, die von den Wäldern absorbiert werden, höher ausfällt. Diese Modifikation hat die doppelte Auswirkung, dass der Umfang der Emissionen zur Zeit der vorhergehenden Regierung von Labor hochgerechnet wird und dann ganz leicht heruntergeht, seitdem die konservative Regierung an den Hebeln sitzt. Aber Achtung: Die Emissionen, die auf die Brände zurückgehen, sind nicht eingerechnet.¹⁵

Zum anderen haben sich die Repräsentant*innen von Australien auf der COP25 [im Dezember 2019 in Madrid] mit Brasilien, China und Indien dafür eingesetzt, dass nicht verkaufte Kohlenstoffkredite, die im Rahmen des Kyoto-Protokolls generiert wurden, im Rahmen der „new market mechanisms“, die in Artikel 6 des Pariser Abkommens vorgesehen sind, getauscht werden können. Es ist jedoch aufgezeigt worden, dass gerade einmal zwei

Prozent dieser Kredite wirklich effektiven Verminderungen entsprechen.¹⁶

Australien – Lieferant von fossilen Energien für die kapitalistische Werkbank der Welt

Eine Erklärung für die klimapolitische Positionierung von Australien ist in der besonderen Stellung zu suchen, für die sich die herrschende Klasse in der internationalen Arbeitsteilung entschieden hat. Australien, ein imperialistisches und reiches westliches Land, das von Weißen regiert wird, ist keine Industrienation, sondern ein Land, das Rohstoffe exportiert: landwirtschaftliche Produkte, Steinkohle, Erdgas, Eisenerz und andere Mineralien; die geographische Lage ermöglicht es, dass diese im Handel mit China verwertet werden. Diese Rolle als privilegierter Lieferant der „Werkbank der Welt“ hat es möglich gemacht, dass Australien eines der wenigen Länder war, die von der Krise von 2008 weitgehend verschont waren.

Abgesehen von einigen Nuancen stehen die beiden größten Parteien – die „Liberal Party of Australia“ (die häufig mit „The Nationals“ als Juniorpartner regiert hat) und die „Labor Party of Australia“ – grundsätzlich im Dienste des Systems und der Politik, die es braucht. Die Belieferung Chinas mit Rohstoffen besonders setzt angesichts der harten Konkurrenz mit den Schwellenländern des Südens eine hohe Wettbewerbsfähigkeit voraus. Deswegen gilt es, ganz besonders neoliberal zu sein.

Die Folgen sind auf allen Gebieten sichtbar. Energie: 80 % des Stroms werden mit Steinkohle produziert (wobei Sonne reichlich vorhanden ist!). Sozial: Zwischen 2003 und 2015 ist der Reichtum der reichsten 20 % der Haushalte um durchschnittlich 53 % angestiegen und der der 20 % am wenigsten wohlhabenden Haushalte um 9 % abgefallen. Umwelt: Die Naturressourcen werden dem Privatsektor angeboten (insbesondere Wasser, das als „mining resource“ gilt und an der Börse gehandelt wird).¹⁷ Demokratie: Die australischen Behörden betreiben eine besonders widerwärtige Politik der Abweisung von Migrant*innen¹⁸, und ganz vorn steht die Repression gegen Gewerkschaften, Journalist*innen und der „ökosozialen“ Bewegungen, die gegen die Umweltzerstörung protestieren.¹⁹ Wissenschaftspolitik: Die Regierung hat dem Klimawandelleugner Bjørn Lomborg 4 Millionen Australische Dollar (A\$) gegeben und soll ihm noch mehr angeboten haben, damit er sich an die Universität Perth begibt. Von diesem Vorhaben musste sie zurücktreten, nachdem es unter Naturwissenschaftler*innen einen Aufschrei gegeben hatte.²⁰

Der Einfluss des extraktivistischen Großkapitals auf das politische Leben in Australien hat sich im letzten Wahlkampf deutlich gezeigt. Der Kohlemagnat Clive Palmer, ein notorischer Klimawandelleugner, der vor allem dadurch bekannt ist, dass er einen Kohlehafen ausbauen lassen will, was zu schweren Schäden an dem Great Barrier Reef (der größten Ansammlung von Korallenriffen auf der Erde) führen würde, hat enorme Beträge (53,6 Millionen A\$ für Werbung, mehr als Liberale und Labor zusammen) in eine Pseudo-Partei investiert. Deren einziges Ziel war es, Labor Stimmen wegzunehmen und damit Scott Morrison den Sieg zu sichern, der den Projekten von Clive Palmer völlig treu ergeben ist.²¹

Kommt ein politischer und sozialer Kippunkt?

Das „Management“ der gigantischen Brände passt zu dieser Politik, die sich an das Großkapital verkauft hat, wie die Faust aufs Auge. Die Liste der Missetaten der Regierung bei dieser Krise ist zu lang, als dass sie in diesem Artikel aufgeführt werden könnte. Morrison hat es sich auf Hawaii gut gehen lassen, während sein Land in Flammen stand. Die Einheiten für die Brandbekämpfung sind ausschließlich aus Freiwilligen zusammengesetzt und schlecht ausgerüstet. Die Staatsmacht hat sich vor ihrer Pflicht gedrückt und ist dadurch direkt dafür verantwortlich, dass mindestens 23 Menschen umgekommen sind, dass über 2000 Haushalte ihre Wohnung verloren haben, dass mehr als 250 000 Einwohner*innen vertrieben worden sind, dass fünf Millionen Menschen toxischen Rauch eingeatmet haben und dass Tausende Menschen in Angst und Schrecken an Strände fliehen mussten, weil sie von über 70 Meter hohen Flammenwänden umzingelt waren.

Wie ein neuseeländischer Journalist geschrieben hat²², kommt eine derartige Bilanz nicht von nichts: Darin drückt sich eine tiefe Verachtung des „Pöbels“ aus. Die französische Königin Marie Antoinette hat 1789 gesagt, die hungernden mögen doch Brioche (Hefegebäck) essen, wenn es kein Brot gibt; Morrison denkt anscheinend, dass die Übertragung von Cricket-Matches im Fernsehen und das Neujahrs-Feuerwerk in Sidney (das inmitten der Katastrophe beibehalten wurde) die Masse der Menschen dazu bringen werden, wie Schlafwandler in die Klimakatastrophe zu marschieren – ohne dass sie aus dem Desaster politische Lehren ziehen, und ohne dessen gewahr zu werden, dass diese Politik ganz direkt in ein Szenario hineinführt, bei dem die Reichen sich aus der Affäre ziehen werden, während alle andere mit aufgesperrten Mündern vor die Hunde gehen.

Der Begriff „tipping point“ wird auch in den Sozialwissenschaften verwendet, wie am Anfang dieses Artikels angemerkt. Es ist zu hoffen, dass das Ausmaß der Katastrophe zu einer Wendemarke für den Beginn eines Umkippens der öffentlichen Meinung in Australien wird. Es ist zu hoffen, dass die gesellschaftliche Mehrheit darum kämpfen wird, dass die Führungskräfte der Wirtschaft und ihre politischen Lakaien die Rechnung bezahlen, die salzig ausfallen dürfte.²³ Es ist zu hoffen, dass eine Allianz von Kräften entsteht, die imstande ist, den Bruch mit Produktivismus, Extraktivismus, Neoliberalismus, Rassismus (gegen die Migrant*innen und die Aborigines) und mit der Ideologie der Beherrschung der Natur und der Frauen auf die Tagesordnung zu bringen. Eine andere Welt, eine nicht-kapitalistische Welt ist nicht nur möglich: Sie ist immer dringender notwendig. Kämpfen wir ohne Grenzen dafür, dass sie kommt.

13. Januar 2020

■ Aus dem Französischen übersetzt von Angela und Wilfried, Bearbeitung der Nachweise von Wi.

Endnoten

- 1 Innerhalb von zehn Jahren hat sie sich vervierfacht; siehe Michael Bevis et al., Accelerating changes in ice mass within Greenland, and the ice sheet's sensitivity to atmospheric forcing“, in: PNAS, 5. Februar 2019, <https://www.pnas.org/content/116/6/1934>.
- 2 IPCC: Intergovernmental Panel on Climate Change (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen), im Deutschen oft „Weltklimarat“, wurde im November 1988 von dem Umweltprogramm der Vereinten (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) als zwischenstaatliche Institution ins Leben gerufen (Anm. d. Übers.).
- 3 Dieses Szenario wird beschrieben von Will Steffen et al., „Trajectories of the Earth System in the Anthropocene“, in: PNAS, 14. August 2018, <https://www.pnas.org/content/115/33/8252>.
- 4 Andrew C. Revkin, „Consider Clashing Scientific and Societal Meanings of ‚Collapse‘ When Reading Antarctic Ice News“, in: *New York Times*, 13. Mai 2014, <https://dotearth.blogs.nytimes.com/2014/05/12/keep-in-mind-scientific-and-societal-meanings-of-collapse-when-reading-antarctic-ice-news/?searchResultPosition=6&mtre=¬www.nytimes.com&gwh=8A055D3D55C86C091C0EAA42B80414D5&gwt=pay&assetType=REGIWALL>; Ian Joughin et al., „Marine Ice Sheet Collapse Potentially Under Way for the Thwaites Glacier Basin, West Antarctica, in: *Science*, Vol. 344, Issue 6185, 16. Mai 2014, <https://science.sciencemag.org/content/344/6185/¬735.¬full>.
- 5 *The Guardian*, 16. November 2019, <https://www.theguardian.com/australia-news/2019/nov/17/what-could-i-have-done-the-scientist-who-predicted-the-bushfire-emergency-four-decades-ago>.

6 *Le Monde*, 3. Dezember 2019, https://www.lemonde.fr/planete/article/2019/12/03/en-australie-des-forets-classees-au-patrimoine-mondial-de-l-unesco-detruites-dans-des-incendies_6021540_3244.html.

7 Gondwana ist der Name des Großkontinents, der während des größten Teils der bekannten Erdgeschichte auf der südlichen Hemisphäre existierte. Umfasst die damals in einer Landmasse vereinigten Kontinente Südamerika, Afrika, Antarktika, Australien, Arabien, Madagaskar, Neuguinea, Zealandia und Indien.

8 Emissionen, die auf Brände zurückgehen, lagen 2003 nach Angaben des europäischen Programms Copernicus aus dem gleichen Jahr bei über 8 Gt. Danach war eine Tendenz zu einem gewissen Rückgang zu beobachten (Australien wird das über den Haufen werfen!), sie darf aber nicht falsch interpretiert werden: Sie geht darauf zurück, dass Wälder an die Stelle von Feldern oder Weiden treten.

9 Albedo ist ein Maß für das Rückstrahlvermögen von reflektierenden Oberflächen. Sie liegt bei einer schwarzen Oberfläche bei Null und bei einer sehr weißen Oberfläche bei Eins.

10 Das Klima von Australien und des Horns von Afrika werden von einem Zyklus beeinflusst, der sich über mehrere Jahre erstreckt (dem „Indischer-Ozean-Dipol“); dabei ist es der Tendenz nach im Westen wärmer und feuchter und im Osten weniger warm und trockener. Dieses Phänomen scheint wegen des Klimawandels stärker ausgeprägt zu werden.

11 Siehe die Äußerungen, die Bob Berwyn für [die US-amerikanische Internet-Publikation] „inside climate news“ zusammengetragen hat („In Australia’s Burning Forests, Signs We’ve Passed a Global Tipping Point“, *inside climate news*, 8.1.2020, <https://insideclimatenews.org/news/08012020/australia-wildfires-forest-tipping-points-climate-change-impact-wildlife-survival>).

12 Vgl. „Waldbrände in Attika 2018“, https://de.wikipedia.org/wiki/Waldbr%C3%A4nde_in_Attika_2018 (Anm. d. Übers.).

13 Bob Berwyn, „How Wildfires Can Affect Climate Change (and Vice Versa)“, *inside climate news*, 23. August 2018, <https://insideclimatenews.org/news/23082018/extreme-wildfires-climate-change-global-warming-air-pollution-fire-management-black-carbon-co2>.

14 A. P. Williams & al., „Observed Impacts of Anthropogenic Climate Change on Wildfire in California“, in: *Earth’s Future*, Bd. 7, Issue 8, August 2019, S. 892–910, <https://doi.org/10.1029/2019EF001210>.

15 „Em 30 anos a Amazônia será tão inflamável quanto a Austrália“, congresso em foco, 10. Januar 2020, <https://congressoemfoco.uol.com.br/meio-ambiente/em-30-anos-a-amazonia-sera-tao-inflamavel-quanto-a-australia/>.

16 *The Guardian*, 22. Dezember 2017.

17 Martin Cames et al., „How additional is the Clean Development Mechanism? Analysis of the application of current tools and proposed alternatives“, Öko-Institut e.V., Berlin, März 2016, S. 152, <https://www.oeko.de/publikationen/p-details/how-additional-is-the-clean-development-mechanism>.

18 Von allen Ländern ist Australien in Bezug auf die Privatisierung und „Finanzialisierung“ des Wassers am weitesten gegangen (der Preis wird täglich auf den Märkten festge-

setzt). Hunderte von Landwirten mussten ihren Betrieb aufgeben: kein Geld, kein Wasser für die Anbauflächen ...; das Agrobusiness reißt Böden und Wasser an sich und kann Monokulturen von Mandeln bewässern lassen und mit den Preisen spekulieren. Innerhalb von 10 Jahren ist der Handel mit Wasser zum neuen Eldorado geworden. Er hat einen Umsatz in Höhe von 2 Milliarden Euro pro Jahr. Manche Haushalte müssen bis zu 25 % ihres Einkommens aufbringen, um Wasser zu kaufen. Siehe die Arte-Reportage „Main basse sur l’eau: la bataille de l’or bleu“, <https://www.youtube.com/watch?v=LsanRHMTS2g>.

19 Der gegenwärtige Prime Minister Scott Morrison hat sich vorher als Minister für Immigration hervorgetan. In diesem Amt hat er das systematische Einsperren der Migrant*innen in Offshore-Camps noch weiter perfektioniert, in denen sie nur unter schrecklichen Bedingungen überleben. Es sei erwähnt, dass dieses System für den Faschisten Théo Francken, den ehemaligen belgischen Staatssekretär für Immigration, ein Vorbild ist.

20 Nach einem Gesetzentwurf aus Tasmanien, der in ganz Australien übernommen werden dürfte, drohen Umweltaktivist*innen Strafen, die bis zu 21 Jahren Gefängnis reichen können. Siehe Richard Flanagan, „Australia Is Committing Climate Suicide“, in: *New York Times*, 3. Januar 2020, <https://www.nytimes.com/2020/01/03/opinion/australia-fires-climate-change.html>.

21 Leigh Dayton, „Australian university pulls plug on climate sceptic’s center“, in: *Science*, 12. Mai 2015, <https://www.sciencemag.org/news/2015/05/australian-university-pulls-plug-climate-skeptic-s-center>.

22 Paula Mattheson, „How Clive Palmer changed election spending – for good“, in: *The New Daily*, 25. Oktober 2019, <https://thenewdaily.com.au/news/national/2019/10/25/clive-palmer-election-spend/>.

23 [Clive Palmer trat 2013 für die „Palmer United Party“ an und gewann einen der 150 Wahlkreise in Australien. Nach der Auflösung dieser Partei gründete er im Juni 2018 die „United Australia Party“, die bei der Parlamentswahl vom Mai 2019 ca. 480 000 Stimmen (3,43 %), jedoch weder im „House of Representatives“ (Unterhaus) noch im Senat (Oberhaus) einen Sitz gewann. Siehe https://en.wikipedia.org/wiki/Clive_Palmer.]

24 James Plested, „Intense Bushfire: Australia’s dark age of climate catastrophe“, in: *Red Flag*, 6. Januar 2020, <https://red-flag.org.au/node/6989>.

25 Mitte Dezember sahen die Versicherungsgesellschaften sich bereits mit einer Schuldenlast in Höhe von 240 Millionen australischen Dollar konfrontiert (BBC News, 20. Dezember 2019).

KLIMAGERECHTIGKEIT IM KLEINEN UND IM GROSSEN

Ausgehend von dem in Chile unter dem Militärdiktator Pinochet begonnenen neoliberalen Umbau der Gesellschaft und seinen ökologischen Auswirkungen befasst sich die Autorin mit den tiefer liegenden Aspekten der kapitalistischen Umweltzerstörung und des Klimawandels und verweist auf eine Alternative in Form einer selbstverwalteten ökosozialistischen Planwirtschaft.

■ Catherine Samary

Zunächst möchte ich mich der Erklärung¹ anschließen, die von Via Campesina anlässlich des Weltklimagipfels COP25 abgegeben wurde: „Gemeinsam mit dem chilenischen Volk erheben wir unsere Stimme und werden kraft unserer demokratischen Rechte und Werte weiterhin für soziale und ökologische Gerechtigkeit kämpfen!“ Wie bei Via Campesina kritisieren wir ausdrücklich, „dass die multinationalen Konzerne und ihre Sachwalter in den Regierungen die Hand auf das Klimarahmenabkommen der UN legen konnten“. Dies ist eine der Ursachen für die „zahlreichen Widersprüche des Pariser Abkommens (COP21), gerade was dessen Unverbindlichkeit und

Unfähigkeit, mit der Marktlogik zu brechen, angeht“. Genau diese „Marktmechanismen ermöglichen es bestimmten Ländern und den dortigen Multis, die Umwelt weiterhin zu Lasten des Klimas und unserer Rechte zu vergiften“. Darin liegt auch der Grund für das erwartbare Scheitern des COP25.

Hier liegt auch die Verantwortung dieser kriminellen Politik, die die angeblich „freien“ Handelsverträge (zwischen Ungleichen) hinnimmt, die seit Jahren abgeschlossen werden und sich weder um die sozialen Rechte noch um die Umwelt scheren, während die dort legitimierten Schiedsgerichte das von den multinationalen Konzernen

beanspruchte „Wettbewerbsrecht“ schützen. Seit Jahrzehnten wird ein solches „Recht“ von den Institutionen der Globalisierung und den dahinter stehenden politischen Kräften breit durchgesetzt und mit einer pseudowissenschaftlichen (und daher sakrosankten) Begründung im Namen eines angeblichen „Allgemeininteresses“ versehen, das durch den „freien und unverfälschten“ Wettbewerb „zur Entfaltung“ käme: In einer Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse wird der Schutz der sozialen Rechte und der Umwelt, die eigentlich universelle Ziele sein sollten, als „egoistisches Partikularinteresse“ behandelt, während die Prinzipien des Marktwettbewerbs angeblich dem „Allgemeininteresse“ dienen! Und dieser Logik, wie sie auch in den EU-Verträgen zum Ausdruck kommt, soll sich auch die Europäische Kommission unterwerfen. Genau diese Logik müssen wir demnach radikal zerpfücken und ihr die Legitimationsgrundlage entziehen: gegen die „Klima-Leugner“ in der „Wissenschaft“ und den herrschenden Kräften und für unsere demokratischen Rechte und Werte“.

Im Wesentlichen stimme ich mit den Analysen von Daniel Tanuro überein, nämlich, dass es einen „grünen Kapitalismus“ unmöglich geben kann und dass das Anthropozän keine zwangsläufige Folge der „menschlichen Natur“ ist.² Ich werde darauf im Zusammenhang mit der so genannten neoliberalen Wende zurückkommen, die bereits Allendes Volksfront in Chile gewaltsam beseitigte und deren Epizentrum im Herzen einer damals krisengeschüttelten imperialistischen Weltordnung, also in den USA lag. Und wenn wir die Wurzeln dieser neoliberalen Wende aufspüren wollen, müssen wir uns dem zuwenden, was diese Ordnung in den 1960er und 1970er Jahren bedrohte. Zunächst möchte ich den Begriff des Anthropozän grob umreißen, um dann auf dessen tiefere Ursachen zu sprechen zu kommen und mich zugleich gegen jedweden Fatalismus verwahren, der der „menschlichen Natur“ oder dem „Produktivismus“ zugeschrieben wird.

„Kostenkrise“ des Kapitalismus

Mit den neoliberalen Politikansätzen, die seit den 1980er Jahren in den Industrieländern praktiziert werden, sollte auf die in den 1970er Jahren aufgetretene „Kostenkrise“ reagiert werden. Diese war keineswegs technisch oder abstrakt, „ökonomisch“ bedingt, sondern rührte aus den sozialen und weltweiten geopolitischen Kräfteverhältnissen, die sich in zweierlei für die Profite wesentlicher Hinsicht verändert hatten. Zum Einen betraf dies die Lohnkosten und zum Anderen die weltweiten Kolo-

nialstrukturen, die der Produktion und Verteilung der Energieträger zugrunde liegen. Beide wurden durch die weltweit zunehmenden Proteste gegen die herrschenden Verhältnisse geprägt.

Insofern war das „Herrschaftssystem“ an sich gefährdet. Der aus dem Umbruch der 1980er Jahre hervorgegangene „neue“ Kapitalismus sollte vorgeblich dem Bedürfnis, besonders unter der Jugend, nach mehr Autonomie gegenüber staatlicher und bürokratischer Bevormundung nachkommen, indem die Arbeit nicht mehr unter der Last des „Sozialstaats“ oder gar eines „sozialistischen Staats“ und seiner Schutzvorkehrungen zu leiden haben sollte: Letztere sollten natürlich nicht verbessert, sondern abgebaut werden.

Damit sollten alle Kollektivrechte, die dazu dienen, sich gegen die „reine“ Profitlogik der Märkte zu wehren, infrage gestellt werden, ob im Arbeitsrecht oder in den öffentlichen Diensten. Die technologische Revolution, die Finanzialisierung der Wirtschaft und die Organisation des globalen Wettbewerbs der Arbeitskräfte sollen somit diesem Anliegen unterworfen werden.

Parallel dazu wurden neue Kriege im Namen der „Zivilisation“ begonnen, um darüber hinwegzutäuschen, dass es eigentlich um die neokoloniale Wiedererlangung der Kontrolle über die Energieressourcen ging. Diese waren – nach gängiger Lesart – nicht nur (und auch nicht in erster Linie) „knapp“ und „somit“ teuer geworden, sondern in erster Linie hatte sich ihr Preis für die Industrieländer erhöht, weil sich die Förderländer gegen die „maßgeblichen“ US-amerikanischen Multis zusammengeschlossen hatten. Diese hatten Jahrzehnte lang die Preise zu ihren Gunsten beim Wiederverkauf „geregelt“, um ihre Profite zu maximieren.

Die sogenannte Ölkrise in den 1970er Jahren war insofern vorrangig eine Krise der imperialistischen Vorherrschaft Europas und der USA, zumal parallel dazu die Revolutionen in den Kolonialländern und der Befreiungskrieg Vietnams auf dem Vormarsch waren, unterstützt von den Protestbewegungen der Jugend in allen kapitalistischen Metropolen. Damit stiegen in der Tat die Gesamtkosten für die Produzenten und die Verbraucher, da diese zuvor weltweit von dem billigen Erdöl profitiert hatten. Leider kamen diese nunmehr in die Rentenökonomien vermehrt abfließenden „Petrodollars“ nicht der Bevölkerung der Erzeugerländer zugute, wie sich später gezeigt hat. Und in den Metropolen verließ die „Stagflation“, d. h. wirtschaftliche Stagnation kombiniert mit einer Inflation aus den verschiedensten Gründen, der

neoliberalen Ideologie Auftrieb gegenüber den bis dato dominierenden keynesianistisch angehauchten Modellen in der Wirtschaftspolitik. Der historische Wendepunkt der 1980er Jahre wurde zum Auftakt einer sozial- und demokratiefeindlichen Politik, die durch das Fehlen einer glaubhaften sozialistischen Alternative weiter an Fahrt gewann.³

Der kompromisslos vollzogene soziale Kahlschlag in den führenden kapitalistischen Ländern, deren Stellung als globale Ordnungsmacht bei zugleich sinkender Profitrate erheblich ins Wanken geraten war, führte zu einer Restauration der sozialen Verhältnisse, wie sie im 19. Jahrhundert herrschten: Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts hat somit die Großkonzerne und Staaten von den sogenannten „Soziallasten“ und der „Wohlfahrtsmentalität“ „befreit“, also den sozialen Rechten, die in den Kämpfen des 20. Jahrhundert mühsam errungen worden waren.

Nachdem sie die internationalen (Tausch-)Beziehungen nunmehr allein kontrollieren können, haben die Herrschenden ihre „philanthropische“ Mission fortgesetzt, angeblich zum Wohle der „Nahrungssicherheit“ der Menschheit, in Wahrheit jedoch, um Absatzmärkte zu erobern, die sich bis dato den internationalen „Marktmechanismen“ entzogen hatten. Besonders betrifft dies die Landwirtschaft und die Erschließung neuer Energiequellen sowie Finanzanlagen, wobei soziale und Umweltaspekte außen vor bleiben. Die zwangsläufige Folge war, dass die einheimische Nahrungsmittelproduktion, viele

Wälder und sämtliche Grundlagen für eine „Ernährungssouveränität“ der Völker zerstört wurden. Einher ging dies mit der Privatisierung der Wasserversorgung und der fruchtbarsten Ländereien sowie der Missachtung der indigenen Völker und ihrem traditionellen Einverhältnis mit der Natur, mit dem Ziel, sich der Ressourcen und Kenntnisse zu bemächtigen, die einst Gemeingut waren.

Aber dieses „System“ plündert und verschmutzt die „natürlichen Gemeingüter“, weil es von den Kategorien der „Marktwerte“, also der Börsenwerte, getrieben wird, denen soziale Rechte und die Umwelt gleichgültig sind. Genau darin liegen die Wurzeln dieser zerstörerischen Politik, und da sie nicht naturgegeben sind, können sie auch bekämpft werden.

Chronik der Umweltzerstörung

Wir müssen uns hier gar nicht an den Haarspaltereien beteiligen, sondern begnügen uns mit einem unumstrittenen und wesentlichen Faktum, das sowohl eine physische als auch sozioökonomische Dimension der geopolitischen Zeiträume innerhalb des globalen Wandels reflektiert.

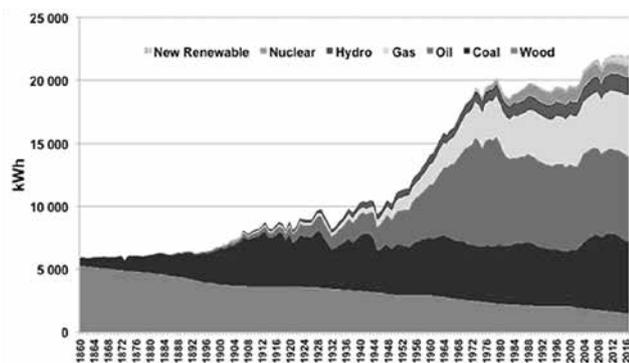
Die Grafik⁴ „Energieträger von 1860 bis heute“ zeigt, wie der personenbezogene Energieverbrauch (im weiteren und materiellen Sinn des unproduktiven und produktiven Verbrauchs), d. h. der Hauptanteil der endlichen natürlichen Ressourcen zwischen 1860 und 2016 angestiegen ist. Er umfasst mehrere Zeiträume der Globalisierung, die man als „kapitalistisch“ bezeichnen muss, um sie von der vorangehenden kolonialen und präindustriellen Globalisierung ab dem 16. Jahrhundert zu unterscheiden, die mit den „merkantilistischen“ Bündnissen zwischen großen Kaufleuten und Monarchien, welche über eine starke Armee und Marine verfügten, einherging. Diese Kolonialmächte, die über eine noch weitgehend vorkapitalistische Gesellschaft regierten, waren unterschiedlich von den antifeudalistischen bürgerlichen Revolutionen und dem Zwang zur ursprünglichen Akkumulation von Handelskapital geprägt.⁵

Diese Zeiträume waren weder „besser“ noch weniger gewalttätig als die nachfolgenden, was die koloniale Plünderung und die sozialen Verhältnisse in den betroffenen Ländern angeht. Es geht lediglich um die Feststellung, dass sie nicht dieselben beispiellosen Auswirkungen auf die natürlichen Ressourcen haben konnten wie die kapitalistische Industrialisierung.

Der Anstieg und die Modalitäten beim Energieverbrauch im Anthropozän können in der Tat mit drei dem Kapitalismus eigenen Dimensionen der Industrialisierung

ENERGIETRÄGER VON 1860 BIS HEUTE

Am rechten Rand der Grafik (über dem Jahr 2016) beginnend lassen sich die Anteile der Energieträger am „Energimix“ von oben nach unten in die Vergangenheit verfolgen: Erneuerbar, Kernkraft, Wasserkraft, Gas, Öl, Kohle, Holz.



des 19. Jahrhunderts und den später daraus entstandenen Folgen verknüpft werden: der „Produktivismus“, der Zwang zur imperialistischen Expansion und die Verallgemeinerung der Warenbeziehungen. Daran muss kurz erinnert werden, um zu unterstreichen, dass Antikapitalismus allein nicht ausreicht, um eine kohärente sozialistische/kommunistische Alternative plausibel zu machen. Insofern bedarf es einer konkreten Analyse des Sachverhalts.

Was ist eigentlich „Produktivismus“?

Der Kapitalismus wird durch eine spezifische Dynamik, die mit seinen sozialen Eigentums- und Klassenverhältnissen verknüpft ist, dazu getrieben, die Produktivkräfte zu entwickeln – also zu technologischen Innovationen und zur Technisierung. Darin liegt die tiefere Ursache für die beispiellose Zunahme des Verbrauchs der verschiedenen Energiequellen. Für dieses System geht es darum, unter dem Druck der Kapitalkonkurrenz die Produktivität der Arbeitskraft zu erhöhen und die Arbeitskräfte durch Maschinen zu ersetzen, wenn durch Arbeitskämpfe Lohnerhöhungen durchgesetzt werden. Dabei wird die Arbeitslosigkeit (oder die Prekarisierung) zu einer Waffe, um die Lohnforderungen einzudämmen. Darin liegt die erste „kapitalistische“ Dimension des „Produktivismus“, wie er in unzureichender Weise genannt wird.

In der „Arbeiterbewegung“ und besonders der marxistischen herrschten lange Zeit eine zu unkritische Herangehensweise an dieses „Wachstum der Produktivkräfte“ (in seinen sozialen, technischen und Umweltaspekten) und die fehlgeleitete Annahme, dass in einer „kommunistischen Ära“ „der Überfluss“ herrschen müsse als Voraussetzung, um die Warenbeziehungen überwinden zu können. Dies galt demnach auch in den Ländern, die sich auf den Sozialismus beriefen. Dies muss ausgesprochen und berücksichtigt werden, wenn man auf der Suche nach antikapitalistischen Alternativen ist, die zugleich eine Bilanz der Mängel und des Scheiterns der Revolutionen des 20. Jahrhunderts ziehen.

Einerseits hängt die kostenlose (statt kommerzielle) Bereitstellung der Daseinsvorsorge – Erziehungs-, Gesundheits-, Transportwesen etc. – nur von sozialen und politischen Entscheidungen über die Finanzierungsweise der Einrichtung und Bereitstellung dieser Dienste ab und nicht vom „Entwicklungsstand der Produktivkräfte“. Andererseits sind die angeblich überreichlich vorhandenen natürlichen Ressourcen nicht unerschöpflich und der sparsame Umgang damit in allen Bereichen der Gesell-

schaft und auf internationaler Ebene muss bei der Planung der Produktion und des Verbrauchs penibel berücksichtigt werden.

Außerdem können und müssen die emanzipatorischen Zielsetzungen einer antikapitalistischen Alternative gegen alle Herrschaftsverhältnisse bereits vor dem Umsturz der Gesellschaft im und gegen den Kapitalismus vertreten und umgesetzt werden, damit sie überhaupt anschließend vorbewusst und allgemein durchgesetzt werden können. Entgegen einer blinden Etappentheorie und entgegen jeder Hierarchisierung der verschiedenen Aspekte der Herrschaftsverhältnisse und somit deren Bekämpfung müssen sämtliche Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Diskriminierungsverhältnisse bekämpft werden, ohne bis zum „Endsieg“ zu warten oder auf die Zeiten, in denen bloß die Herrschaft des Profits abgeschafft sein soll. Das feministische Manifest für die 99 % bringt diese Forderung gut zum Ausdruck.⁶

Insgesamt muss man natürlich verdeutlichen, welche konkreten sozioökonomischen Erfordernisse in einer Markt- oder Planwirtschaft, in den Institutionen und in den Kooperativen und Basisorganisationen herrschen, um sich gegen jedweden zerstörerischen „Produktivismus“ – ob kapitalistisch oder nicht-kapitalistisch – zu erwehren. Daniel Tanuro hat daran erinnert, welche erheblichen Umweltschäden (aus Ignoranz und/oder Bürokratismus) in den sog. „realsozialistischen“ Ländern angerichtet worden sind.⁷ Die sozialistische Planwirtschaft war in ihrem Ansatz nicht gefeit gegen Illusionen, was den Überfluss natürlicher Ressourcen anlangt und auch nicht frei von Ignoranz gegenüber den Ökosystemen, gerade auch weil die bäuerliche Landwirtschaft und ihr Wissensschatz nichts galten. Freilich ist dies weder unabwendbares Schicksal noch der marxistischen Theorie⁸ oder der sozialistischen Praxis eigen, sondern widerspricht dem sogar und schadet ihm.

Die kapitalistische Globalisierung

Zum Wesenszusammenhang des Anthropozän mit dem Kapitalismus gehört noch ein zweiter Aspekt, der mit dem ersten, dem „Produktivismus“, organisch zusammenhängt, nämlich der immanente Zwang, sein „Herrschaftssystem“ über die ganze Welt auszudehnen.

Zum Verständnis ist es wichtig, zunächst die Eigenheiten der „kapitalistischen“ Globalisierung des 19. Jahrhunderts herauszuarbeiten, nämlich dass dies eine neue Ära war, in der die Antriebskraft zur weiteren kolonialen Expansion das Streben nach einer Lösung der organischen

Krisen (Warenüberproduktion und Kapitalüberakkumulation) des Industriekapitalismus in seinen Ursprungsländern war.

Das Epizentrum lag in den neuen konkurrierenden Großmächten des 19. Jahrhunderts: Frankreich und vor allem England und dann im 20. Jahrhundert in den USA. Historisch betrachtet vertiefte sich die Kluft zwischen den Ländern infolge des Kolonialismus bzw. Neokolonialismus (nach der formellen Unabhängigkeit der Kolonialstaaten) und je nachdem, in welche Richtung und unter welchen Bedingungen sich die Produktion und der Handel entwickelten. Dies wiederum hing grundlegend von den spezifischen Bedürfnissen der imperialistischen Industrieländer ab, die über ihre Rüstungsindustrie und ihre Flotten verfügten. Es entstanden „wirtschaftliche“ Abhängigkeitsverhältnisse, die prägend wurden für die Bedingungen, unter denen die Rohstoffe ausgebeutet und weltweit verteilt wurden – angefangen beim Weizen, der die Brotpreise und somit die Löhne bestimmte, über die Edelmetalle bis hin zu den verschiedenen Energiequellen.

Zu den rassistischen Rechtfertigungstheorien der Sklaverei und der kolonialistischen Plünderungen und den Gewaltverhältnissen der merkantilistischen Ära kamen noch die verheerenden Folgen der „internationalen Arbeitsteilung“ hinzu, die der Theorie nach einen friedlichen und gleichberechtigten Handel zwischen den Nationen aufgrund der sog. „komparativen Kostenvorteile“ begründen sollte.

Die Theorie dieses sog. „Freihandels“ wurde vom britischen Wirtschaftswissenschaftler David Ricardo (1772–1823) entwickelt: Der Außenhandel galt demnach als „Positivsummenspiel“, bei dem Jeder gewinnt. Dabei wird oft übersehen, dass Ricardo (oder mit ihm das England des 19. Jahrhunderts) den „Freihandel“ „erfunden“ hat als eine neue „Wirtschaftspolitik“, die faktisch (aber nicht ausdrücklich) organisch mit der von Ricardo, noch vor Marx, in Zusammenhang mit einem Klassenkampf analysierten „Tendenz der fallenden Profitrate“ verknüpft ist. Ricardo hob namentlich den Einfluss des steigenden Getreide- und damit Brotpreises hervor, nachdem in England auch die weniger fruchtbaren Böden bewirtschaftet worden waren. Also plädierte er für die Abschaffung der Korngesetze und den Import von billigerem Weizen.

Marx griff später Ricardos Arbeitswerttheorie und die Herangehensweise in Klassenbegriffen auf, vertiefte jedoch dessen Analyse der Ausbeutung und der kapitalistischen Widersprüche aus der Sicht der Beherrschten. Die Apologeten der herrschenden kapitalistischen Ordnung

hingegen übernahmen lediglich die ihnen genehmen Thesen zur internationalen Arbeitsteilung und die ideologische Rechtfertigung des Außenhandels und damit auch der Bedingungen der Gewinnung und Aneignung der Rohstoffe in den Kolonialländern.

Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass Ricardos Thesen zum „Freihandel“ und damit seine „abstrak-

“ Zum Wesenszusammenhang des Anthropozän mit dem Kapitalismus gehört der immanente Zwang, sein Herrschaftssystem über die ganze Welt auszudehnen.“

te“ Kritik an der „merkantilistischen“ Praxis der „protektionistischen“ Mächte von vornherein in den mit England rivalisierenden Staaten, also den USA und Deutschland, kritisiert wurden. Der deutsche Ökonom Friedrich List schwang sich dabei gegen Ricardo zum Vordenker des Protektionismus der „aufstrebenden Industriestaaten“ auf. Dabei ging es jedoch um einen Klassenstandpunkt und eine kolonialistische Sichtweise, die weit über die limitierten Bedingungen der „aufstrebenden Industrienationen“ hinausging, aber immer beschränkt auf Länder mit einer „zivilisatorischen“ Herrschaftsmision war. Die im 19. Jahrhundert herrschenden politischen Kräfte in den USA und Deutschland kritisierten daher die Politik Großbritanniens und erklärten, ihre Schutzzölle (also das jeweilige Pendant zu den „Korngesetzen“) abschaffen zu wollen, wenn ihr Land die gleiche dominante Position wie England erreicht hätte.

Charakteristisch für ein Land des „Zentrums“ (in marxistischen Kategorien als dominant oder imperialistisch bezeichnet) – egal, ob es einen „Freihandel“ beansprucht oder nicht – ist seine Fähigkeit, darüber zu entscheiden (und ggf. ideologisch zu verbrämen), was es mit all der einer starken Nation zur Verfügung stehenden Macht und den wirtschaftlichen, finanziellen und politisch-militärischen Mitteln im eigenen Land schützen will, und zugleich über die Mittel zu verfügen, woanders die Aufhebung der Schutzzölle durchzusetzen. Daher

rühren die „Mythen und Paradoxien des Außenhandels über die Zeitläufte hinweg“, die Paul Bairoch zutreffend analysiert hat.⁹

Dies zeigt aber auch, wie undurchsichtig die Pseudoalternative „Freihandel“ oder „Protektionismus“ ist, solange nicht klar ist, wer mit welchen Zielen, Prioritäten und Rechten innerhalb der nationalen und globalen Produktions- und Handelsverhältnisse entscheidet und demnach auch, welches Verhältnis zwischen den Völkern und zur Natur besteht. Wenn man den „Freihandel“ von einer fortschrittlichen Warte aus kritisieren will, muss man auch die Kriterien kritisieren, wonach das Recht auf Wettbewerb über den sozialen und ökologischen Belangen steht. Aber diese können genauso gut im Zuge des „nationalen Protektionismus“ mit den Füßen getreten werden.

Wenn ein Volk mit der Logik der kapitalistischen Akkumulation und Herrschaftsverhältnisse brechen will, mag es durchaus auf Handelsbeziehungen zu den kapitalistischen Ländern angewiesen sein. Aber diese müssen stets nachrangig sein gegenüber demokratischen Entscheidungen und der Kontrolle des souveränen Volkes. Dies stößt auf Widerstand bei den herrschenden Klassen auf nationaler und internationaler Ebene.

Der besonders von Via Campesina vertretene Begriff der „Ernährungssouveränität“ legt den Schwerpunkt auf die demokratisch festgelegten, durchaus auch sozialen und ökologischen Belange der Bevölkerung, die i. d. R. den Interessen der heimischen agrarindustriellen Exportwirtschaft entgegenstehen. Dieser Aspekt wird durch internationalistische Strukturen und länderübergreifende Initiativen gegen die Kommodifizierung der Wasser- und Energieversorgung, des Grund und Bodens und des ganzen Planeten und für die Einhaltung der bäuerlichen Rechte und die Gewährleistung der Grundbedürfnisse für Alle. Dieser Begriff der „Ernährungssouveränität“ ist weit stimmiger und fortschrittlicher als der „nationale Protektionismus“, weil er auf konkrete Belange abzielt, die universell und nicht bloß vom „nationalistischen“ Standpunkt aus vertreten werden können, und auf die solidarische Kontrolle der Bevölkerung über die getroffenen Entscheidungen. Diese können sich ausdrücklich auf die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse und Rechte beziehen, einschließlich der Achtung vor den „Gemeingütern“.

Es bleibt im Einzelfall zu bestimmen, welche finanziellen Mittel, Techniken, sozialen Bündnisse und welche territoriale Ebene (oder besser gesagt, miteinander verbundene territoriale Ebenen) angemessen sind, um konkrete Bedürfnisse und Rechte zu befriedigen. Um

diese Frage zu diskutieren, ist es jedoch notwendig, die sozialen und ökologischen Aspekte der dritten Dimension der kapitalistischen Globalisierung näher zu beleuchten.

Markt und Märkte

Den Markt (das Geld) gab es schon vor dem Kapitalismus – und nur wenige Menschen denken, dass man darauf später verzichten sollte und könnte. Aber welcher Markt und welches Geld, zu welchem Zweck, in welchem „System“? Karl Polanyi hat herausgearbeitet, dass der Kapitalismus die Arbeitskraft, den Grund und Boden (die Natur) und das Geld zur Ware gemacht hat. Dies sind drei wesentliche und miteinander verbundene Bereiche der „kapitalistischen Produktionsweise“ als solcher, die die Gesellschaften – je nach Kontext unterschiedlich in Zeit und Raum – tiefgreifend verändern.

Es ist die Verallgemeinerung und Dominanz der Warenbeziehungen, die scheinbar „wirtschaftliche Gesetze“ auferlegen, die für das neue System entlang der spezifischen Umwandlung von Geld in Kapital charakteristisch sind. Als erstes muss man den „Markt“ in den Plural setzen, wie es Diane Elson¹⁰ in Bezug auf die Debatte zwischen Alec Nove und Ernest Mandel über den Sozialismus in der *New Left Review* in den 1980er Jahren formu-

„ Die vorherrschenden Wirtschaftsmodelle haben dazu tendiert, die natürlichen Ressourcen als unerschöpflich – und ‚deshalb‘ ohne Preis – anzusehen.“

liert hat. Doch dazu muss man zunächst (wie Polanyi) die Kommodifizierung (Verwandlung in Waren [A. d. R.]) von Mensch, Natur und Geld kritisieren und wieder bewusst in Frage stellen. Der Post-Kapitalismus hängt davon ab. Er hängt auch davon ab, ob die Dinge und Sachverhalte wieder nach ihrem „Gebrauchswert“ und ihrem Wert für das konkrete menschliche Miteinander beurteilt werden, statt dass weiter Geld und Waren herrschen.

Wie die frühen Theoretiker des Industriekapitalismus (Smith und Ricardo) hatte Marx von Aristoteles die

wesentliche Unterscheidung zwischen „Gebrauchswerten“ (die ein konkretes Bedürfnis befriedigen sollen) und „Tauschwerten“ von Gütern, die mit einem Preis versehen sind, übernommen. Ebenso hatte er, wie Aristoteles, zwischen dem Geld, das für den Handel verwendet wurde, und dem Geld, das man akkumulieren wollte, unterschieden. Diese verschiedenen Begriffe ermöglichten es einerseits, „Reichtum“ nicht mit bloßem Geldbesitz gleichzusetzen und andererseits den gesamten Reichtum nicht auf die Tauschwerte (Waren) zu reduzieren: Marx wandte sich insbesondere gegen diejenigen, die die Arbeit als einzige Quelle des Reichtums betrachteten – und betonte, wie sehr die Natur eine andere, kostbare Quelle sei.¹¹

Die vorherrschenden Wirtschaftsmodelle haben dazu tendiert, die natürlichen Ressourcen als unerschöpflich – und „deshalb“ ohne Preis – anzusehen. Bereits oben wurde diskutiert, wie die internationale Arbeitsteilung, die sich unter den Bedingungen der kapitalistischen Expansion des 19. Jahrhunderts entwickelt hat, unter Verweis auf den „Überfluss“ an „Arbeitskräften“ („insofern“ ein billiger „Produktionsfaktor“), die für die Produktion von Rohstoffen notwendig sind, gegenüber dem Überfluss an „Kapital“, das für die Produktion von Industriegütern erforderlich ist, theoretisch legitimiert wird. Aber die Märkte für Produktionsgüter und Rohstoffe haben nicht die gleiche Funktion und nehmen nicht die gleiche Entwicklung in Bezug auf ihre Preise. Und hinter der Produktion von Industriegütern und Technologie steht Wissen: Der Ausbau des Bildungswesen war daher unerlässlich, um diesen Bereich im Griff zu haben.

Die Verfechter der Dependenztheorie analysierten die „Entwicklung der Unterentwicklung“, als in den 1960er Jahren der Aufschwung der Antikolonialbewegung und die positive Berufung auf die „Dritte Welt“ erfolgten. Darin lag die Wurzel der sozial brisanten Widersprüche einer „ungleichen und kombinierten Entwicklung“, die aus einer nach außen gerichteten kapitalistischen Industrialisierung bei gleichzeitig archaischen Strukturen und diktatorischen Regimen erfolgte, die die Aufrechterhaltung sozialer Bedingungen für die Ausbeutung und Unterdrückung der aus der Arbeiter- und Bauernschaft stammenden Arbeitskräfte erzwangen, deren Lebensbedingungen und Hungerlöhne gemäß der Wirtschaftsmodelle ihrem „Überfluss“ geschuldet waren. Es lässt sich kaum verstehen, warum die antikapitalistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts in den semiperipheren Ländern des Kapitalismus siegreich waren, obwohl sie diese Realitäten kaschiert haben.

Mit diesen Revolutionen wurde die Abwärtsspirale der Abhängigkeit von den Krediten der herrschenden Nationen (also der Verschuldung) durchbrochen, die es diesen Ländern lange vor der Gründung des IWF ermöglichte, ihre Kredite unter Auflagen – nicht ohne Rückgriff auf militärische und politische Gewalt – zu gewähren, was den Kolonialmächten im Wesentlichen verschiedene Vorteile verschaffte:

- für ihre Kapitalüberakkumulation gab es nunmehr eine Investitionsmöglichkeit in Form der Kredite an die abhängigen Länder, die wiederum mit dem Kauf von Industriegütern verknüpft waren;
- dadurch verschafften sie sich auch Absatzmärkte für ihre überschüssigen Waren;
- die abhängigen Länder wiederum mussten die Kredite abbezahlen, indem sie Rohstoffe exportierten, die unter verschärften Ausbeutungsbedingungen gewonnen wurden und deren Preis somit weit unterhalb der Gestehungsbedingungen vergleichbarer Produkte in den Metropolen lagen;
- diese Importe trugen somit zur Senkung der Produktionskosten in den imperialistischen Staaten bei und damit zur Wiederherstellung der Profite etc.

Unter diesen neu entstandenen organischen Abhängigkeitsverhältnissen (auf die man zurecht das Konzept der „Welt-Wirtschaft“ von Immanuel Wallerstein¹², ergänzt um die marxistische Herangehensweise, anwenden kann) entstehen neue Ungleichheiten und „Enteignungen“, die durch „den Imperialismus als Stadium des Kapitalismus“ durchgesetzt werden, wie es von antikolonialistischer Seite, ob marxistisch oder nicht, analysiert worden ist.

Für eine sozialistische Planwirtschaft unter Selbstverwaltung

In einem Beitrag, der zurecht den Titel „Warum grünes Wachstum eine Illusion ist“ trägt, schreiben die Forscher Enno Schröder und Servaas Storm¹³: „Nichts, außer einer Massenmobilisierung für eine tief greifende Dekarbonisierung der Weltwirtschaft wird die drohende Klimakatastrophe abwenden können.“ Sie betonen, dass ihre „statistische Untersuchung zeigt, dass die Zukunft komplett anders aussehen muss als die Vergangenheit, um eine Klimakatastrophe zu vermeiden. Die Stabilisierung des Klimas erfordert eine grundlegende Umwälzung der auf der Grundlage von Kohlenwasserstoffen basierenden Energieerzeugung und des Verkehrswesens, eine umfassende

Abkehr von den Profitinteressen der Energiewirtschaft und der Industrie auf der Grundlage fossiler Energieträger sowie öffentliche Investitionen auf breitester Ebene – und zwar so schnell als möglich.“

Für die meisten Wirtschaftsfachleute liegt das Problem darin, dass all dies „nach Planwirtschaft riecht, nach staatlicher Aufsicht und Intervention“, was – wie sie betonen – den Überzeugungen von der Effizienz der Regulierung durch den Markt widerspricht, die die meisten von ihnen hegen. Die führenden Wirtschaftswissenschaftler haben nicht nur keine Lösung parat, sondern sind Teil des Problems.¹⁴ Dasselbe gilt für die großen Institutionen der Globalisierung.

Aber um was für eine Planung geht es hierbei, wer kontrolliert und entscheidet und auf welchen Ebenen? Um Brücken (einen „Übergang“) zwischen der aktuellen Situation, vergangenen (Teil-)Erfahrungen und einer erstrebenswerten Zukunft (hinsichtlich Rechten und Zielen) zu errichten, muss es ein Mindestmaß an Diskussionen über diese Zukunft geben. Wie Daniel Tanuro (zitiertes Artikel) vertrete ich die Vorstellung, dass eine „sozialistische Planung unter Selbstverwaltung“ sicherlich nichts mit einem allbestimmenden Staat am Hut hat, aber auch nicht auf dezentralisierte und atomisierte Entscheidungsprozesse reduziert werden kann – selbst wenn sie lokal selbstverwaltet sind. Dies kann auf der Grundlage konkreter Ziele und Erfahrungen diskutiert werden.¹⁵

Die gegenwärtig stattfindenden Kämpfe tragen zur Erfahrung bei. Die Gelbwesten, aber auch die sozialen Aufstände in der ganzen Welt, haben verdeutlicht, dass die Regierenden, und nicht nur die Wirtschaftswissenschaftler, ein Teil des Problems sind, und zwar ein bedeutender. Und dass man nicht drei Aspekte losgelöst betrachten kann, wenn sie organisch zusammenhängen: den sozialen, den ökologischen und den Notstand der Demokratie. CO₂-Steuern, die der Bevölkerung auferlegt werden, die kaum über die Runden kommt, sind ungerecht und ineffizient, ganz davon abgesehen, dass eine solche Steuer weder das Klimaproblem löst noch für Umweltbelange überhaupt ausgegeben werden wird.

„Die Geschichte hat uns gelehrt, dass die Lösungen vom Volke kommen“, meint Via Campesina und fügt hinzu: „Wir fordern jedoch, dass diejenigen uns vertreten sollten, die ihrer Verantwortung gerecht werden, statt willfährige Kapitalknechte zu sein“. Klar ist, dass die Lösung nicht in der Summe individueller oder lokaler Veränderungen liegen kann oder gar in der Errichtung von „Kommunen“ als Inseln der Glückseligen, die sich bloß

um sich selbst sorgen – während sie von Katastrophen und Elend umgeben sind. Wesentlich in all diesen Fällen ist, dass das Geld, die Finanzwirtschaft und die Banken den sozialen Bedürfnissen und Umweltbelangen untergeordnet sein müssen. Genauso wichtig ist, dass die Entscheidungen demokratisch, gesamtgesellschaftlich und pluralistisch getroffen werden müssen.

„Kraft unserer demokratischen Rechte und Werte werden wir weiterhin für soziale und ökologische Gerechtigkeit kämpfen!“ Dies muss solidarisch geschehen, von der lokalen über die kontinentale bis hin zur globalen Ebene, damit sich die Welt von Grund auf ändert.

■ C. Samary ist Wirtschaftswissenschaftlerin und Mitglied des IK der IV. Internationale. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Fragen der Selbstverwaltung und den Balkanstaaten. Auf Deutsch sind u. a. erschienen: Die Zerstörung Jugoslawiens. Ein europäischer Krieg, 1995 und Krieg in Jugoslawien. Vom titoistischen Sonderweg zum nationalistischen Exzess, 1992, jeweils ISP.

■ Übersetzung: MiWe

Endnoten

1 Erklärung vom 28. November: <https://viacampesina.org/es/cop25-con-derechos-y-en-democracia-seguiremos-haciendo-justicia-social-y-climatica/>

2 Daniel Tanuro, Klimakrise und Kapitalismus, 2015, Neuer ISP Verlag, und Menschliche Zivilisation vor dem Aus? in *Die Internationale* 5/2019

3 In den „realsozialistischen“ Ländern wurde die kapitalistische Restauration durch die Unterdrückung der Bewegungen erleichtert, die sich nicht damit abfinden wollten, dass Welten zwischen den sozialistischen Heilsversprechungen und dem repressiven Alltag der Einheitspartei lagen.

4 Diese aussagekräftige Grafik ist aus dem Beitrag <https://jancovici.com/transition-energetique/l-energie-et-nous/lenergie-de-quoi-sagit-il-exactement/> des französischen Fachschulingenieurs Jean-Marc Jancovici entlehnt (dessen wirtschaftswissenschaftliche Schlussfolgerungen daraus recht oberflächlich sind, der aber zurecht auf die von der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft viel zu wenig beachtete Bedeutung der Energie verweist).

5 Diese unterschiedliche Ausprägung bestand auch in der unterschiedlichen Handhabung der eroberten Kolonien und deren Ausplünderung im Rahmen der aufkommenden Industrialisierungspolitik in den jeweiligen politischen Systemen, die aus den spanischen, portugiesischen, französischen oder englischen etc. Monarchien entstanden.

6 Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya, Nancy Fraser, Feminismus für die 99%. Ein Manifest, Berlin, 2019

7 Eine kritische Analyse dieses Begriffs des „Produktivismus“ in den kapitalistischen und „realsozialistischen“ Ländern habe ich veröffentlicht unter www.pressegauche.org/Des-degats-du-productivisme-a-la-planification-ecosocialiste-autogestionnaire-14790

- 8** Michel Husson, Marx ein Vordenker des Ökosozialismus?, *Die Internationale* 2/2018
- 9** Paul Bairoch analysiert die „Inseln“ des Freihandels umgeben von „entwickelten“ Ländern mit Schutzzöllen, während der Freihandel den abhängigen Staaten auferlegt wurde. *Mythes et paradoxes de l'histoire économique, La découverte*, 2005.
- 10** Market Socialism or socialisation of the Market?, *NLR*, Nr. 172, 1988, <http://digamo.free.fr/elson88.pdf>
- 11** Außer dem oben zitierten Beitrag von Michel Husson siehe auch die Arbeiten von Jean-Marie Harribey über Wert und Reichtum, bes. <http://harribey.u-bordeaux4.fr/travaux/valeur/richeesse-valeur.pdf>
- 12** Wallersteins Konzept des „Weltsystems“ oder der kapitalistischen „Welt-Wirtschaft“ unterscheidet sich von dem deskriptiven Begriff der Weltwirtschaft. Als „das Ganze“ (das System) wird dabei der (expansive) Teil der Welt bezeichnet, der organisch in die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse eingebunden ist, die von den „Zentren“ (konkurrierende herrschende Staaten) den „peripheren“ (Kolonien) oder „semi-peripheren“ Ländern aufgezwungen werden. Dieses Konzept ist jedoch keine „starre Theorie“, sondern kann auch angewandt werden, wenn sich die Herangehensweisen hinsichtlich der Einschätzung der kapitalistischen Verhältnisse und somit auch der zeitlichen Einordnung der verschiedenen historischen Phasen unterscheiden. Auf die Diskussion dieses Sachverhalts kann hier nicht eingegangen werden. Ich meinerseits verwende dieses Konzept, indem ich es verknüpfe mit der Analyse der spezifisch kapitalistischen und imperialistischen Produktions- (und nicht nur Handels-)verhältnisse.
- 13** “Why ‘Green Growth’ is an illusion” <http://tankona.free.fr/schroderstorm18-.pdf>.
- 14** In ihrer Studie „Vergleich der meteorologischen, Klima- und Wirtschaftsmodelle: Wozu taugen sie und was sind ihre Grenzen?“ heben die Fachleute für Energiefragen Alain Grandjean und Gaël Giraud hervor, inwieweit die vorherrschenden Wirtschaftsmodelle „auf Theorien zurückgreifen, die nicht immer eindeutig sind und deren Tauglichkeit mehr als fragwürdig ist“. <http://www.chair-energy-prosperity.org/publications/comparaison-modeles-meteorologiques-climatiques-economiques/>
- 15** Ich teile weitgehend die groben Züge der “demokratisch sozialistischen Planwirtschaft”, wie sie Pat Devine vertritt. Siehe hierzu: <https://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780190695545.001.0001/oxfordhb-9780190695545-e-45> Außerdem stelle ich meine eigenen Beiträge zu diesem Thema zur Diskussion, bes. „Decolonial Communism, Democracy and The Commons“ und meine Bilanz des jugoslawischen Modells. Siehe <http://csamary.fr>

NUR KURZE ATEMPAUSE FÜR DAS IRANISCHE REGIME

Die Proteste Anfang des Jahres in Teheran und vielen anderen Städten demonstrieren vor allem eins: Das Regime konnte zwar die Ermordung des Generals Soleimani für einen emotionalen innenpolitischen Propagandafeldzug nutzen, aber nur kurz. Die Ablehnung des Regimes zieht mit dem tagelangen Vertuschen des Abschusses des ukrainischen Flugzeugs weitere Kreise.

■ Jakob Schäfer

Gerade mal eine Woche lang konnte das Regime die Ermordung des Generals gut nachvollziehbar als einen Angriff auf das Land deuten und die moralische Verurteilung der USA für sich verbuchen. Doch mit den Protesten ab dem 11. Januar – ausgehend von Studierenden an den beiden größten Universitäten Teherans – werden nun wieder (wie schon 2009) auch die Mittelschichten erfasst. Damit verbreitert sich die Opposition gegen das Regime, deren Proteste im November schon einen dramatischen Höhepunkt erlebt hatten.

Zunächst wurde in den bürgerlichen Medien die Ermordung Soleimanis nur unter geopolitischen Gesichtspunkten erörtert. Zweifellos war damit die Kriegsgefahr ganz erheblich gestiegen und auch fünf Tage nach Trumps – vorläufiger! – Deeskalation ist die Gefahr eines neuen Kriegs längst nicht gebannt.

Dass Trump zu diesem Zeitpunkt den Mordauftrag gab, war kein Versehen und auch nicht einer spontanen, unüberlegten Reaktion auf die Proteste vor der US-Botschaft in Bagdad geschuldet. In völliger Übereinstimmung mit der langfristigen Logik des US-Imperialismus wollte die Trump-Regierung vor allem dem schwindenden Einfluss der USA im Irak etwas entgegensetzen. Zwar stecken die USA spätestens seit 2007 im Irak in einem unauflös-

baren Dilemma, aber dieses hat sich in den vergangenen zwölf Monaten noch mal deutlich zugespitzt.

Krise im Irak als Auslöser

Der Hintergrund: Mit dem Sturz Saddam Husseins und dem Zusammenbruch des irakischen Staates wurde der Einfluss des Irans absolut vorherrschend. Der Iran ist nach dem Abhandenkommen jeglicher außenpolitischer Rolle Syriens der einzig verbliebene bedeutsame Staat in der Region, der nicht als Verbündeter der USA anzusehen ist. Trotz aller Bemühungen auch seitens der EU ist der Irak der absolute Prototyp eines gescheiterten Staates. An diesem Zustand sind natürlich in erster Linie die USA schuld, die mit ihren zwei Kriegen gegen den Irak, den Sanktionen und den anhaltenden Militäraktionen für unermessliches Leid gesorgt haben. In Zahlen: Die militärischen Interventionen der USA und die von ihnen durchgesetzten Sanktionen haben bisher über zwei Millionen Iraker*innen das Leben gekostet, von den Millionen Geflüchteten noch ganz abgesehen. Das UNHCR zählte allein bis 2007 schon 4,5 Millionen Flüchtlinge im In- und Ausland (<https://www.tagesspiegel.de/hilfskonferenz-4-5-millionen-iraker-auf-der-flucht/997388.html>) Realistische Schätzungen gehen von weiteren 2 Millionen Flüchtlingen seit 2007 aus. All das berücksichtigt noch nicht die große Zahl der Verletzten und die Zerstörungen von Wohnhäusern und großen Teilen der Infrastruktur oder auch die ökologischen Schäden. Das kann nicht mit einer Regierungsumbildung in Bagdad gerade mal so geheilt werden.

Ein Ausdruck des Scheiterns dieses Staates, der nach Lage der Dinge noch nicht einmal als ein US-Protectorat bezeichnet werden kann, ist die unbeschreibliche Korruption, die z. B. dafür sorgt, dass von den gewaltigen Einnahmen aus dem Öl-Export (nämlich 300 Mio. Dollar täglich!) nichts bei der einfachen Bevölkerung ankommt. Nicht für umsonst steigerten sich 2019 die Proteste im Irak (besonders im Süden). Die scharfe Repression hatte allein im

letzten Jahr über 600 Todesopfer und ca. 16 000 Verletzte zur Folge.

Ziel: Annäherung verhindern

Für die USA und für Israel besteht die oberste Priorität in der Region darin, den Einfluss des iranischen Regimes zu schwächen und die Anti-Iran-Front auszubauen. Nun wurde in letzter Zeit bekannt, dass Soleimani gerade daran arbeitete, zwischen dem Irak (einem engen Bündnispartner Irans) und Saudi-Arabien zu vermitteln. Letztlich sollte dies eine Entspannung zwischen dem Iran und Saudi-Arabien einleiten. Genau das aber war schon aus geopolitischen Gründen in keiner Weise im Sinne der US-Administration. Hinzu kommt: Würde sich die Konfliktlage im Nahen Osten entschärfen, dann hätte dies erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsmöglichkeiten der US-Rüstungsindustrie. Zehn Prozent der US-Rüstungsexporte gehen nach Saudi-Arabien.

So, wie die Dinge dann im Irak nach der Ermordung Soleimanis gelaufen sind, trat für die USA das Gegenteil der erwünschten Entwicklung ein. Das irakische Parlament fordert seitdem den Abzug der ausländischen Truppen. Auch wenn die Regierung dies nicht umsetzt: Einfacher wird es für die imperialistischen Truppen (vor allem der USA) damit nicht.

In diesem Zusammenhang ist die Rolle der Bundesregierung als Verbündeter der US-Regierung (trotz einer gewissen Konkurrenz auf ökonomischer Ebene) nichts wirklich Neues: Die Ermordung Soleimanis wurde nicht kritisiert, wohl aber der sehr bedachte (und aufgrund der Vorwarnung) sehr harmlose Vergeltungsschlag des Irans. Auch die anderen Nato-Staaten verhalten sich als imperialistische Hilfstruppe der USA, die weiterhin daran interessiert sind, den Konflikt zu internationalisieren, sodass sie bei einer Eskalation den Nato-Verteidigungsfall ausrufen könnten. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass es absolut richtig ist, den Austritt der BRD aus der Nato zu fordern und für die Auflösung der Nato einzutreten.

Vorläufig haben die USA einen Rückschlag in der Region, zumindest im Irak zu verzeichnen und der Iran geht – allerdings *nur auf der außenpolitischen Ebene* – mit einem taktischen Gewinn aus dem Konflikt zu Jahresbeginn hervor.

Nur sehr kurze innenpolitische Stärkung des Regimes

Wäre es nicht zum Abschuss des ukrainischen Flugzeugs gekommen, hätten zumindest die außenpolitischen Er-

folge im Irak den Hardlinern bei den anstehenden Parlamentswahlen (21. Februar) Auftrieb gegeben. Sie hätten sich vor allem auf die Märtyrerrolle des Befehlshabers der Al-Quds-Brigaden – der Auslandsabteilung der Pasdaran („Revolutionswächter“) – stützen können. Aber schon die Unfähigkeit, ein Verkehrsflugzeug von einer Drohne zu unterscheiden und erst recht das tagelange Vertuschen des Unfalls hat ihr Ansehen erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Das brutale Vorgehen gegen die Proteste vom 11. und 12. Januar tut sein Übriges.

Um den eh schon schlechten Ruf der „Revolutionswächter“ zu verstehen, sollte man beachten: Als wichtigste politische Institution des Landes (man schätzt ihre Zahl auf 125 000 Mann) liegt ihre Aufgabe vor allem darin, „abweichlerische Bewegungen“ zu bekämpfen, auch im Ausland. Sie haben in den Stadtteilen und vor allem in den Betrieben ein Kontrollsystem aufgebaut, das dem der Blockwarte nicht unähnlich ist.

Aber auch aus ökonomischen und sozialen Gründen sind sie ausgemachte Feinde der Arbeiter*innenklasse. Aufgrund ihrer Verflechtungen mit den höchsten Entscheidungsträgern im Land konnten die Pasdaran stark von den Privatisierungen profitieren. Vor allem als Institution beherrschen sie ein gewaltiges ökonomisches Imperium und sind ein dominierender Wirtschaftsfaktor. So ist ihr ehemaliges Bauunternehmen Chatam al Anbia (Siegel der Propheten) heute ein Riesenmischkonzern aus 800 Unternehmen (Bau, Lebensmittel, Schwerindustrie, Automobil, Telekommunikation ... und seit 2006 auch im Öl- und Gassektor). Verflochten ist der Konzern außerdem mit der „Stiftung der Unterdrückten und Invaliden“, wozu 11 große Holdings mit über 160 Unternehmen gehören. Damit kontrollieren die Pasdaran etwa ein Fünftel der gesamten Wirtschaft und da sie auch die wichtigste Bank (Sepah-Bank) kontrollieren, beherrschen sie alle strategisch wichtigen Branchen. (FAZ 6.1.2020)

Die Proteste gegen das Regime treten wieder in den Vordergrund

Schon während der offiziellen „Untersuchung“ war vielen Menschen klar, dass die Absturzursache vertuscht wurde. Den offiziellen Medien traut kaum noch jemand. Sofort nach dem Eingeständnis des Abschusses gingen wieder Menschen laut protestierend auf die Straße. Die aufgebraute Menge rief: „Die Führung ist ein Lügenpack“ und „Haut ab!“

Die Opposition hat – nicht nur, aber vor allem in den Mittelschichten – allerdings auch ihre Schattenseiten, denn

ein Teil davon sympathisiert mit den USA, was allerdings eine Folge der campistischen Politik des Teheraner Regimes ist: Gemäß dem Lagerdenken (wie es in ähnlicher Form auch die *junge Welt* vertritt) lautet die Parole: Alles was schlecht ist, wird den USA angelastet, eigene Fehler werden nicht eingestanden, nicht mal die massenhafte Korruption. Wer also gegen das Regime ist, kann deswegen leicht den USA zuneigen. Nach Berichten, die uns aus dem Iran erreichen, ist dies eher eine Minderheit. Vor allem die Arbeiter*innen vertreten hauptsächlich die Parole: Nicht das Ausland ist unser Hauptfeind, sondern die herrschenden Verhältnisse hier im Land.

Heute ist das Regime moralisch so geschwächt wie noch nie und in weiten Teilen der Bevölkerung völlig delegitimiert. Nichts deutet im Moment darauf hin, dass die Regierung – ganz gleich mit welchem Rücktritt oder sonstigen Maßnahmen – die Bevölkerung mit den herrschenden Zuständen versöhnen kann. Dafür ist vor allem die materielle Lage viel zu verheerend. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt unter dem von der Regierung selbst angegebenen Existenzminimum. Und wer für die Auszahlung der (oft monatelang ausstehenden) Löhne auf die Straße geht oder sich gewerkschaftlich betätigt, muss mit hohen Haftstrafen rechnen. Nur so sind die heftigen Proteste vom November 2019 nach der Bezinpreiserhöhung zu verstehen (siehe dazu das Dossier zum Iran in *die internationale* 1/2020). Ausdrücklich sei in diesem Zusammenhang vor allem auf den wichtigen Hintergrundartikel von Ali Behrokhi verwiesen: „Zur aktuellen Lage der iranischen Werktätigen“ (*die internationale* 1/2020; <https://intersoz.org/zur-aktuellen-lage-der-iranischen-werktae-tigen/>).

13.1.2020



ZIEMLICH BESTE FEINDE

Die militärischen Aggressionen des US-Imperialismus und seiner regionalen Vasallen hilft letztlich den Mullahs, ihr reaktionäres System zu stabilisieren. Insofern muss sich die internationale Solidarität mit den Aufständischen im Iran gegen beide richten: gegen den regionalen Imperialismus und das tyrannische Regime der Islamischen Republik Iran als auch gegen den westlichen Imperialismus und seine Einmischungspolitik.

■ Babak Kia und Houshang Sepehr

Die Ermordung des Generals Qasem Soleimani durch eine US-Drohne am 3. Januar in Bagdad stellt zweifelsohne eine weitere Verschärfung der Konfrontation zwischen der Islamischen Republik Iran und den USA dar. Die von Donald Trump persönlich angeordnete, gezielte Ermordung von Soleimani fällt in eine Zeit wachsender Spannungen zwischen diesen beiden Staaten. Dieser zweifellos staatsterroristische Akt ist als eindeutig völkerrechtswidrig einzuordnen und es lässt sich gar nicht denken, wie reagiert worden wäre, wenn ein westlicher Minister auf Auslandsbesuch von der Islamischen Republik Iran liquidiert worden wäre.

Seit seiner Wahl in das Weiße Haus erhöht Donald Trump ständig den Druck auf das Regime in Teheran. Von der einseitigen Kündigung des Wiener Abkommens über das iranische Atomprogramm über die schweren Wirtschaftssanktionen, die die iranische Wirtschaft strangulieren, bis hin zur Ausschaltung von Soleimani hat Donald Trump nicht an Mitteln gespart, um den Einfluss Teherans in der Region einzudämmen. Dabei ist klar, dass die zahlreichen imperialistischen Interventionen seit 1991 die Position der Islamischen Republik Iran auf regionaler Ebene bloß gestärkt haben. Heute haben die Mullahs über den Iran hinaus, nämlich im Jemen, im Irak, in Syrien und im Libanon erheblichen Einfluss.

Qasem Soleimani befahl die Quds-Brigaden, die Eliteeinheit der Revolutionsgarden. In dieser Eigen-

schaft war er für die extraterritorialen Operationen des iranischen Regimes zuständig und stand im unmittelbaren Machtzentrum des Revolutionsführers Ali Khamenei. Soleimani erhielt seine Befehle direkt von Khamenei und war nur ihm zur Rechenschaft verpflichtet. Er zog die Fäden aller Netzwerke des Regimes im Nahen Osten und agierte als oberster Kriegsherr und Chef der Diplomatie.

Soleimani war zugleich der Gesprächspartner der USA. Während des Krieges gegen Al Qaida und später den IS im Irak hatten die Islamische Republik Iran und der US-Imperialismus gemeinsame Sache gemacht und es bestand eine stillschweigende Vereinbarung mit dem US-Kommando. Die schiitischen Milizen, die von Soleimani und den Quds-Brigaden kontrolliert wurden, waren für die Bodenoperationen zuständig, während die US-Luftwaffe „den Himmel kontrollierte“. Soleimani war demnach für die Aufteilung des Irak zwischen den Mullahs und dem Weißen Haus zuständig.

Als veritabler Kriegsverbrecher hat Soleimani die Zerschlagung der syrischen Revolution organisiert und aktiv daran teilgenommen. Weit davon entfernt, antiimperialistisch zu sein, trugen Soleimani und die Islamische Republik zum Aufschwung des religiösen Sektierertums im Nahen Osten bei und lieferten quasi das Spiegelbild zum saudischen Königreich, dem anderen Pfeiler der Reaktion in der Region. Dies hat wesentlich dazu beigetragen, das Potential der Volksbewegungen in der Region zu liquidieren und die Interessen der reaktionären Staaten des Nahen Ostens und des US-Imperialismus zu wahren.

Die Ermordung von Soleimani ist eine Demütigung für die „Mullarchie“. Zwar ist er sofort ersetzt worden und wird dem Regime nicht fehlen, weil dieses über ein breites Reservoir an solchen skrupellosen Gestalten verfügt, aber die Islamische Republik konnte dies nicht einfach tatenlos hinnehmen. Die Reaktion des Regimes bestand bisher in 22 Raketen, die auf zwei US-Militärbasen im Irak abgeschossen wurden, freilich nachdem man die irakische Regierung gewarnt und zweifellos Washington zuvor informiert hatte. Sowohl die Reaktion der Islamischen Republik als auch die von Trump zeigen, dass es (vorerst) keine direkte militärische

Konfrontation geben wird. Es bleibt abzuwarten, ob die Islamische Republik Iran auf ihre regionalen Stellvertreter zurückgreifen wird, um mit einem „asymmetrischen“ Krieg zu antworten.

Die 176 Passagiere (darunter viele iranisch-kanadische Student*innen) im Flugzeug der UIA (Ukraine International Airlines), das von iranischen Boden-Luft-Raketen abgeschossen wurde, sind die einzigen wirklichen Opfer des kriminellen Abenteueriums von Trump und der „Rache“ der Islamischen Republik. Das Lamento und die Racheschwüre von Khamenei und den Honoratioren des Regimes, die grotesken „Vergeltungsmaßnahmen“ gegen die US-Soldaten im Irak, die tragische Zerstörung des UIA-Flugzeugs und der katastrophale Umgang mit den Folgen dieses Irrtums haben nur gezeigt, wie schwach die Islamische Republik eigentlich ist.

Zerschlagung der Proteste

Diese Kette von Ereignissen, die mit der Ermordung Soleimanis begann, ist vor dem innenpolitischen Hintergrund zu sehen, der durch eine beispiellose soziale und wirtschaftliche Krise und wiederkehrende Mobilisierungen und Volksaufstände gekennzeichnet ist, auf die die Regierung und ihr bewaffneter Arm, die Revolutionswächter, mit blutiger Repression reagiert haben.

Die von der Regierung am 15. November 2019 angekündigte Verdreifachung des Benzinpreises hatte bereits das Fass zum Überlaufen gebracht. In etwa hundert großen und mittleren Städten waren blutige Unruhen ausgebrochen und mehrere hunderttausend Menschen waren auf die Straßen gegangen (200 000 nach Angaben des Regimes). Die Bilanz der Repression belief sich auf 10 000 Verhaftungen, mehr als 600 Verletzte und fast 400 Tote.

Dabei war das Regime mit offensiven Aktionen bis hin zu regelrechten Aufständen konfrontiert. Tatsächlich gingen die Protestierenden soweit, die riesigen Porträts von Khomeini und Khamenei zu zerstören, Banken, Supermärkte, Rathäuser und Amtsgebäude, Fahrzeuge der Polizei und der Basidschi-Milizen sowie Zapfsäulen in Brand zu setzen. Obwohl es der Regierung erneut gelungen ist, den Volksaufstand im Blut zu ersticken, lassen das Ausmaß der Krise, der astronomische Preisanstieg, die massive Jugendarbeitslosigkeit und die galoppierende Armut erwarten, dass sich die Wut noch radikaler und gewalttätiger entladen wird.

Das Regime versuchte den Tod Soleimanis zu instrumentalisieren, um die Bevölkerung hinter seine Führer und die Islamische Republik zu scharen und unentwegt

zur nationalen Einheit aufzurufen. Davon zeugte die Organisation der Beerdigung von Soleimani, dessen Leichnam durch das Land und vor allem die Städte getragen wurde, die die Epizentren des Volksaufstandes vom vergangenen November waren. Der Revolutionsführer Ali Khamenei hielt sogar das erste Mal seit acht Jahren persönlich die Predigt des Freitagsgebets, das nach Soleimanis Tod stattfand.

Das Regime in Teheran, das im November 2019 mit einer machtvollen Protestwelle konfrontiert war, versuchte eindeutig, diesen Mord für die eigenen Belange zu nutzen und wieder einmal jeglichen Protest zu ersticken und die Aufständischen als Söldner der USA, Saudi-Arabiens und Israels zu diskreditieren. Damit hat der US-Imperialismus den Mullahs wieder einmal einen großen Dienst erwiesen. Insgesamt bleibt das Weiße Haus „der beste Lieblingsfeind“ der Islamischen Republik.

Die Zerstörung der UIA-Maschine und die Lügen auf höchster Ebene des Regimes haben dieses durchsichtige Manöver desavouiert. Nachdem der General der Revolutionsgarden, der für die Luft- und Raumfahrtkräfte zuständig ist, zunächst versucht hatte, die offenkundige Realität zu leugnen, gestand er selbst den Fehler seiner Männer und gab damit zu, dass sich seine Vorgesetzten der Tragödie von Anfang an bewusst waren. Die Revolutionswächter sind nur dem Führer, der ranghöchsten Persönlichkeit des Staates, rechenschaftspflichtig. Wie auch Präsident Hassan Rohani und die oberste Führungsetage des Landes leugnete er mehrere Tage lang, dass das Regime in die Tragödie der 176 Passagiere und ihrer Familien involviert war.

Der Zorn der jungen Student*innen, die sich teilweise mit den Passagieren der UIA-Maschine identifizierten, brach aus, als das Regime versuchte, dieses Konstrukt eines einigen Landes zu vertreten. Die Demonstrationen und Aktionen, die hauptsächlich von den Student*innen und der Jugend nach dem Abschuss der Maschine durchgeführt wurden, richteten sich gegen den Führer, die Revolutionsgarden und sämtliche Institutionen der Islamischen Republik. Bei jeder Gelegenheit und bei jeder Mobilisierung werden nun trotz der heftigen Repressionen zunehmend regime- und khameneifeindliche Slogans lanciert. Die gesamte Legitimität der Islamischen Republik wird infrage gestellt und nur die gewaltsame Unterdrückung ermöglicht dem Regime das Überleben.

Die Regierung weiß, dass Propagandamaßnahmen allein die Glut des Protests nicht auslöschen oder die tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Krise des Landes lösen werden.

Vielmehr erhöht sich der Rhythmus der Mobilisierungen, wie die vorangegangenen im Dezember 2017 und Januar 2018 zeigen.

Der jüngste Aufstand vom November 2019 ging – ebenso wie sein Vorläufer – von den ehemaligen Bastionen der Islamischen Republik aus. Das Epizentrum befindet sich nicht mehr in Teheran, wie es während der Proteste gegen die gefälschte Wiederwahl von Mahmud Ahmadi-Nejad 2009 war. Die heftige Krise treibt die verarmten Arbeiter*innen, Jugendlichen und Arbeitslosen zum Aufstand, und es sind die Provinzstädte, die an vorderster Front stehen. Dazu gehören auch Pilgerstätten wie die Heilige Stadt Maschhad. Die geographische Verteilung der Unruhen deutet darauf hin, dass die Islamische Republik ihre soziale Basis verliert. Infolge der Sanktionen verkauft die Islamische Republik nur noch 300 000 Barrel Öl pro Tag, gegenüber 2,3 Millionen im Jahr 2018. Die sonst regimetreuen Schichten profitieren nicht einmal mehr von der klientelistischen Umverteilung, die ihnen bisher ein Auskommen ermöglicht hat.

Etlche Indikatoren zeigen das Ausmaß der Krise und der Verzweiflung, das einen wachsenden Teil der Bevölkerung betrifft. Nach Angaben des iranischen Gesundheitsministeriums ist die Zahl der Selbstmorde zwischen 2018 und 2019 um etwa 100 000 Fälle gestiegen. Die Selbstmordrate im Iran ist in den westlichen Provinzen am höchsten, also dort, wo auch die Arbeitslosenzahlen am höchsten sind. Laut der Beauftragten des Suizidpräventionsprogramms im Gesundheitsministerium sind die Hauptursachen für die hohe Selbstmordrate „Umweltbelastung, Armut und Arbeitslosigkeit“. Die Jugendlichen, Frauen und ärmsten Bevölkerungsgruppen sind die Hauptopfer dieser Perspektivlosigkeit. So werden beispielsweise 75 Prozent der Selbstmordversuche von 15–34-Jährigen unternommen. Die Statistiken aus den Daten des iranischen Gesundheitsministeriums zeigen, dass der Iran die höchste Selbstmordrate von Frauen und Mädchen im Nahen Osten aufweist.

Auf sozialer Ebene ist die wirtschaftspolitische Bilanz des Regimes gemeinsam mit den Folgen der internationalen Sanktionen erschreckend. Seit 2016 hat die iranische Währung gegenüber dem Dollar 90 Prozent ihres Wertes verloren. Dieser Einbruch hat infolge der hohen Importkosten, der gestiegenen Produktionskosten und des Bankrotts von mehreren hundert Unternehmen zu erheblicher Inflation geführt. Nach Angaben des iranischen Zentrums für Statistik liegt die Inflation bei schätzungsweise fast 50%. In der Folge sind Arbeitslosigkeit und Armut explo-

diert. Mehr als 40% der Beschäftigten liegen mit ihrem Lebensstandard unterhalb der Armutsgrenze. Die Kinderarbeit nimmt zu: Fast 7 Millionen Kinder sind gezwungen, zu arbeiten. Hinzu kommt, dass die katastrophale Bewirtschaftung der Wasserressourcen die Dürre verschärft und den Massenexodus der Landbevölkerung und das Anwachsen der Barackensiedlungen rund um die großen Städte des Landes beschleunigt hat. In diesen Barackensiedlungen leben 11 Millionen Menschen.

Die heftigen Auswirkungen der Krise, die Schwere der Wirtschaftssanktionen, die Korruption der Honoratioren des Regimes und der Revolutionsgarden, die sich enorm bereichert haben, sowie die Privatisierung ganzer Wirtschaftssektoren des Landes zugunsten der herrschenden Clans und der Führer der Revolutionsgarden und die politische, soziale und repressive Gewalttätigkeit des Regimes sind die Ursachen für die massiven Proteste der Bevölkerung.

Widerstand im ganzen Land

Die Proteste richten sich mittlerweile gegen das gesamte Regime und seine Innen- und Außenpolitik. Die Regionalpolitik der Islamischen Republik wird von der Bevölkerung zunehmend kritisch gesehen. Milliarden von Dollar werden ausgegeben, um Milizen im Irak oder in Syrien zu unterstützen, um die Hisbollah im Libanon oder pro-iranische Gruppierungen im Jemen zu finanzieren. Der Militärhaushalt des Regimes explodiert. Angeblich soll diese Politik das Land vor äußeren Feinden schützen und den Krieg nach außen verlagern. Es ist wohl wahr, dass in dieser Region ganze Länder durch jahrzehntelange imperialistische Interventionen verwüstet und zerstükkelt worden sind.

Afghanistan hatte unter der sowjetischen Invasion und dann unter der Herrschaft der Warlords zu leiden, die von den USA und dem reaktionären Königreich Saudi-Arabien unterstützt wurden. Hinzu kamen die ständige Einmischung der pakistanischen Regierung und in geringerem Maße der Islamischen Republik, später dann die Herrschaft der Taliban und danach die US-Invasion im Gefolge der Anschläge vom 11. September. Inzwischen stehen die Taliban kurz davor, mit dem Segen der Trump-Regierung wieder an die Macht zu kommen. Für die Menschen in Afghanistan gibt es gegenwärtig kaum einen Ausweg aus dieser Misere.

Das irakische Volk wiederum hat insgesamt acht blutige Kriegsjahre gegen die Islamische Republik erlitten, danach die US-Intervention infolge der Invasion in

AMLO – DER NEUE „PROGRESSIST“?

„Wir sind entschlossen, die Wirtschaftspolitik, die in den letzten 36 Jahren durchgesetzt wurde, zu ändern“, sagte Andres Manuel López Obrador, seit Ende 2018 Präsident Mexikos; von einem eigentlichen Bruch aber ist nur wenig zu spüren, sowohl wirtschaftlich als auch sozial.

■ José Luis Hernández Ayala

Der Wahlbetrug von 2006 durch die Partei der Nationalen Aktion in Komplizenschaft mit der Partei der Institutionellen Revolution¹ gegen Andres Manuel López Obrador (AMLO) verhinderte, dass Mexiko an der Welle der „fortschrittlichen Regierungen“ jener Zeit teilnahm und von den hohen Ölpreisen profitierte. Dieser Wahlbetrug war charakteristisch für solch ein autoritäres, korruptes und oligarchisches Regime, wie es in Mexiko lange Zeit geherrscht hat. AMLO wurde am 1. Dezember 2018 als Präsident vereidigt, nachdem er die Wahlen mit großem Vorsprung gewonnen hatte.

Während der fast einjährigen Regierungszeit von López Obrador weisen wichtige Maßnahmen auf eine deutlich sichtbare Veränderung gegenüber dem vorherigen Regime hin.

Mal so und mal so

Sicherlich ist seine Regierung nicht Teil dieser Oligarchie, die alle Machtbereiche kontrollierte und mit dem Drogenhandel verbunden ist. Seine erste Regierungshandlung war die Aussetzung des Baus des neuen Flughafens von Mexiko-Stadt (NAICM), ein pharaonisches und umweltzerstörerisches Projekt. Das bedeutete einen schweren Schlag für die Interessen der „Atacomulco“-Geschäftsgruppe und ihrer Partner. Er führte Sozialprogramme ein, wie die allgemeine Altersrente für alle Erwachsenen über 65 Jahre (70 Dollar pro Monat), Stipendien für alle jungen Leute, die studieren oder eine Ausbildung beginnen, Hilfe für alleinstehende Mütter und Behinderte, und erließ eine

Verordnung zur Erhöhung des Mindestlohns um 16 Prozent, in der Grenzregion zu den USA um 100 Prozent.

López Obrador hat weitere medienwirksame Entscheidungen getroffen, wie z. B. die Halbierung der Gehälter hoher Beamter und die Streichung einer ganzen Reihe von materiellen Begünstigungen (Luxusautos, Leibwächter, Privatmedizin usw.), er hat das luxuriöse „Präsidentenflugzeug“ verkauft und reist mit einem Verkehrsflugzeug [Hierin irrt der Autor: Die Privatmaschine von L. Obrador ist noch nicht verkauft, sondern befindet sich – nach einem fehlgeschlagenen Versuch in den USA – erneut in Mexiko und wartet weiter auf einen Käufer, der 130 Mio. dafür auszugeben bereit ist. Anm. d. Red.], er hat die Korruption bekämpft, indem er Prozesse gegen einige wichtige Persönlichkeiten der Vorgängerregierung geführt hat, er hat echte Pressefreiheit garantiert und er hat sich bisher an einen Arbeitsplan gehalten, der ihn mit großen Teilen der Bevölkerung in Kontakt bringt.

Im Bereich des Arbeitsrechts greift die verabschiedete Reform die Macht der Gewerkschaftsmafia an. Diese bildet den Grundpfeiler des korporatistischen Regimes, das die Arbeiterinnen und Arbeiter in Schach hält und die Bosse erpresst, und er hat die sog. „Unternehmerschutzverträge“ beseitigt [die die Organisations- und Koalitionsfreiheit der Beschäftigten einschränken, AdR]. Aber aus sozialpolitischer Sicht sind viele Maßnahmen fragwürdig: die Entlassung Tausender öffentlicher Bediensteter im Namen von „republikanischen Sparmaßnahmen“, die Beibehaltung von Lohnobergrenzen, die „Freiheit“ der Gewerkschaftsmitglieder, ihre Beiträge an ihre Branchengewerkschaft zu zahlen oder nicht zu zahlen, oder das Versäumnis, die Auslagerung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zu regulieren.

Auf der wirtschaftlichen Ebene kam es zu keinem radikalen Bruch mit der neoliberalen Politik, selbst das Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, den Vereinigten Staaten und Kanada (TMEC, ehemals NAFTA) und die Bedienung der öffentlichen Schulden wurden bestätigt.

Andererseits kommt es zu einer Stärkung der öffentlichen Unternehmen Petroleos Mexicanos (PEMEX) und

Comisión Federal de Electricidad (CFE), indem deren Privatisierungsprozess verlangsamt, die Korruption und der Diebstahl von Öl und Gas bekämpft und Investitionen zur Sanierung ihrer Finanzen getätigt werden. Es wurden Maßnahmen zur Abschaffung von Unternehmerprivilegien und Steuerhinterziehung getroffen, aber keine progressive Steuerreform beschlossen. All diese Maßnahmen zur Stärkung des Binnenmarkts reichten nicht aus, um die Auswirkungen der globalen Wachstumsverlangsamung einzudämmen und das Wirtschaftswachstum, das in den letzten beiden Quartalen nahe bei null Prozent lag, wieder anzukurbeln.

Eine militarisierte Nationalgarde

Der umstrittenste Teil der Amtsführung der Regierung López Obrador ist ihre Sicherheitspolitik zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Schaffung einer Nationalgarde unter militärischem Kommando ist eine Fortsetzung der bisherigen militaristischen Politik früherer Regime. Obwohl zumindest bis jetzt diese Kräfte nicht zur Unterdrückung sozialer Bewegungen eingesetzt wurden, gibt es keine Garantie dafür, dass es unter dieser oder einer anderen Regierung nicht soweit kommen wird.

Angesichts der enormen Schlagkraft krimineller Gruppen und ihrer territorialen Vorherrschaft hat sich die Regierung von López Obrador dafür entschieden, „ihnen das Wasser abzugraben“, indem sie den Prozess der Legalisierung von Marihuana einleitet, die Konten von Drogenhändlern sperrt (per 14. Oktober 2019, 2000 Bankkonten über 473 Millionen Dollar) und den Bauern alternative Anbauprodukte und der Jugend Stipendien anbietet.

Die Regierung von López Obrador ist auch deshalb umstritten, weil sie die Völker, deren Territorium für Megaprojekte wie den interozeanischen Zug oder auch den „Maya-Zug“ [zur Verbindung der touristischen Ziele in Yukatán] genutzt werden soll, nicht wirklich konsultiert. Erst am 15. November 2019 kündigte sie an, dass sie die Bevölkerung der Gemeinden, in denen die Maya-Zugstrecke geplant ist, konsultieren werde. Die „informativ Phase“ fand am 29. und 30. November und die „konsultative Phase“ am 14. und 15. Dezember statt.

Außenpolitisch ist der Einsatz der Nationalgarde als Donald Trumps Migrationspolizei zu Recht kritisiert worden. Dies geschah unter der Drohung, unsere Exporte in die Vereinigten Staaten mit hohen Steuern zu belegen. [...]

Ganz anderer Qualität ist die Politik gegenüber dem Rest Lateinamerikas und der Karibik. In diesem Bereich hat AMLO die führende Rolle Mexikos bei der Eindäm-

mung der interventionistischen Politik der Vereinigten Staaten übernommen. Es war vor allem die Weigerung, die Marionette Juan Guaidó als Präsident Venezuelas anzuerkennen und die Ablehnung der mit ihm verbundenen Interventionsdrohung. Gegenwärtig geht es klar und eindeutig um die Verurteilung des Staatsstreichs in Bolivien und das Asylrecht, das Evo Morales gewährt wurde.

Die Auswirkungen der Reformen von López Obrador spiegeln sich in verschiedenen Umfragen wider. Während er mit 30 Millionen und 113 000 Stimmen, 53.19 % der abgegebenen Stimmen, gewählt wurde, liegt die Akzeptanz der Regierung derzeit zwischen 70 und 80 %.

Neue Prozesse der Mobilisierung

Für ein Land, das ein korruptes, autoritäres und ultraneoliberales Regime im Verfall erlebte, sind diese Veränderungen keine Kleinigkeit. Sie markieren einen Bruch, der die Grundlagen der industriellen Struktur festigen und bessere Bedingungen für den demokratischen Kampf zur Abwendung und Behebung der schädlichsten Auswirkungen der neoliberalen Politik schaffen kann. Es ist kein Zufall, dass ganz allmählich neue Prozesse der Mobilisierung und der Reorganisation des Gewerkschaftskampfes in Erscheinung treten.

Die Regierung von López Obrador ist nicht von der gleichen Art wie die der PRI und der PAN, obwohl es sich bei ihr keineswegs um ein revolutionäres Regime handelt. Es ist eine Regierung des demokratisch-bürgerlich-nationalistischen Typs, deren Politik en bloc weder akzeptiert noch abgelehnt werden kann. Gerade jetzt, in einer Zeit, in der die putschistische Ultrarechte ihr Haupt erhebt, müssen wir lernen, innerhalb progressiver Politik zu unterscheiden, was wir bekämpfen müssen und was nicht.

■ José Luis Hernández Ayala ist Mitglied der Coordinadora Socialista Revolucionaria (Mexiko).

■ Übersetzung: Willi Eberle

Endnote

1 PRI: Partido Revolucionario Institucional. Die 1929 gegründete, ursprünglich links-nationalistische PRI wandte sich ab den 1980er Jahren dem Mitte-Rechts-Modell und dem Neoliberalismus zu. Zunehmend korrupt, hatte sie bis 2000 ununterbrochen die Präsidentschaft Mexikos inne. PAN: Partido Acción Nacional. Konservative Rechte. Hat seit 2000 alternierend mit der PRI die Regierung geführt.

ES RUMORT AUF UNSEREM PLANETEN

Irak, Chile, Ecuador, Libanon, Katalonien, Puerto Rico, Sudan, Kolumbien, Hongkong, Nicaragua, Algerien, Haiti, Iran etc. Man tut sich zunehmend schwerer damit, all die Länder aufzulisten, in denen es seit Wochen oder Monaten unter der Bevölkerung rumort und die dort herrschenden Regime ins Wanken geraten sind oder gar gestürzt wurden.

■ **Julien Salingue**

■ Betrachtet man die laufenden Mobilisierungen, fällt es zunächst schwer, im Unterschied zum Arabischen Frühling 2010–2011 einen „Auslöser“ für diese Woge internationaler Erhebungen auszumachen. Es gab kein „tunesisches Moment“ wie die Selbstverbrennung des jungen Straßenverkäufers Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 in Sidi Bouzid, ein Ereignis, das eine Aufstandsbewegung in der ganzen Region auslöste. Der Selbstmord dieses jungen Mannes, Symbol für die prekäre Lage und die Perspektivlosigkeit der Jugend in den arabischen Ländern, die räuberischen, klientelistischen und autoritären Regimen ausgesetzt ist, hatte als Katalysator für einen regionalen Aufstand gewirkt, der die Herrschaftsverhältnisse im gesamten Nahen Osten und Nordafrika von Grund auf infrage gestellt hat.

Auch wenn es kein solches auslösendes Moment gab, sollte man bedenken, inwieweit die gegenwärtigen Revolten nicht aus heiterem Himmel gefallen sind, sondern

wegen ihrer anhaltenden Dauer und ihrer Massivität Ausdruck einer Wut sind, die sich schon länger angestaut hat. Blicken wir etwa auf die „Revolution der Regenschirme“ im September und Oktober 2014 in Hongkong, als Hunderttausende für demokratische Forderungen demonstrierten und zivilen Ungehorsam begingen. Oder an die Massenmobilisierungen Ende Sommer 2015 im Libanon gegen den „Müllnotstand“ und die Aufstände im Irak vom Sommer 2018 und in Haiti im Februar 2019 gegen Armut, soziale Ungleichheit und Korruption. Oder an die Frauen- und Studentenproteste in Chile 2011 und 2016. Es gab etliche solcher „Generalproben“, in denen Erfahrungen angehäuft worden sind und die faktisch die laufenden Proteste vorbereitet haben.

Bestätigt wird dies Phänomen durch die Tatsache, dass nahezu die Gesamtheit der laufenden Protestbewegungen, auch wenn sie als Reaktion auf eine bestimmte Regierungsmaßnahme begonnen haben, sich sehr rasch

in globale Aufstände gewandelt haben, die sich gegen die gesamte neoliberale Politik der letzten Jahre oder Jahrzehnte richten und gar die Legitimität der amtierenden Machthaber infrage stellen. Ob Benzinpreis- oder Fahrpreiserhöhungen oder Steuern auf soziale Medien – alle diese Regierungsmaßnahmen, die das Fass zum Überlaufen gebracht haben, waren jeweils der entscheidende „Tropfen zu viel“ für eine Bevölkerung, die ohnehin gebeutelt ist und die Nase voll davon hat, wieder einmal die Zeche zahlen zu müssen, während die Reichen immer reicher werden und dabei die Unterstützung der Regierenden genießen, wenn sie nicht gar selbst die Regierung stellen.

Weltweite Proteste

Der Slogan in Chile: „Es geht nicht um 30 Pesos, sondern um 30 Jahre!“ ist eindeutig: Das Problem liegt nicht so sehr in der Preiserhöhung der Metrofahrkarte um 30 Pesos, sondern in den 30 Jahren neoliberaler Politik, die den Ultraliberalismus der Pinochet-Diktatur und seiner Berater um die „Chicago Boys“ nahtlos fortgeführt hat. Chile wird oft als Paradebeispiel für wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität genannt. Dabei ist es eines der am wenigsten egalitären Länder der Welt. Wenn man den Gini-Koeffizienten nimmt, der die Einkommensverteilung innerhalb einer bestimmten Bevölkerung misst, dann rangiert Chile weltweit betrachtet unter den 25 Ländern mit der krassesten sozialen Ungleichheit und innerhalb der OECD gar an letzter Stelle.¹ Das reichste Prozent verfügt dort über 26–30 % des nationalen Vermögens (in Frankreich: 17 %) und die Superreichen unter ihnen (0,01 %) über 10 % dieses Reichtums.² Im Libanon gilt dasselbe Phänomen, wo das reichste Prozent nahezu ein Viertel des nationalen Einkommens erheischt und 3700 Einzelpersonen (0,1 % der Bevölkerung) 10 % des Einkommens erhalten, also genauso viel wie die 50 % der ärmsten (nahezu zwei Millionen) Menschen.³

Zu der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen kommt hinzu, dass nahezu keine Umverteilung des Reichtums stattfindet, etwa durch Sozialhilfesysteme oder öffentliche Dienste. In Chile lagen bspw. die Sozialausgaben 2018 bei 10,9 % des BIP, in Deutschland hingegen bei 25,1 % und in Großbritannien bei 20,6 %. Im Libanon oder im Irak gibt es keine gesicherte öffentliche Grundversorgung mit Wasser und Elektrizität, sondern tägliche Unterbrechungen. Im Iran legen die Erdbeben und Überschwemmungen regelmäßig die Unfähigkeit und den fehlenden Willen des Staates bloß, die

notwendigen Mittel bereit zu stellen, um den mittellosesten Teilen der Bevölkerung zu Hilfe zu kommen.

Insofern überrascht es kaum, dass die gegenwärtigen Aufstände die unsoziale Politik im Ganzen anprangern, auch wenn der Stein des Anstoßes eine besonders ungerechte und/oder bloß symbolische Maßnahme gewesen sein mag. Allerdings muss man hinzufügen, dass solche umstrittenen Maßnahmen zumeist Bestandteil eines umfassenderen Sparpakets waren, wie im Libanon, wo neue Steuern erhoben, Staatsausgaben gekürzt und Privatisierungen vorgenommen wurden etc., oder in Ecuador, wo staatliche Beihilfen gesenkt oder abgeschafft oder Löhne und Urlaub für Beamte gekürzt wurden etc. Jedes Mal oder fast immer lagen „Strukturanpassungsmaßnahmen“ zugrunde, die vom IWF und anderen Kapitalgebern auferlegt worden waren (11 Mrd. Dollar im Libanon und 10 Mrd. in Ecuador).

„Weg mit dem System!“

Wachsende soziale Ungleichheiten, Sparpläne im Verein mit dem Ruf nach mehr „Eigenverantwortung“ allein seitens der Lohnabhängigen und einfachen Leute – es gibt kaum Zweifel, dass die gegenwärtige Häufung der Proteste ihre Wurzeln in der Weltwirtschaftskrise 2008–2009 hat und in den neoliberalen „Rezepturen“ der Kapitalist*innen und ihrer Sachwalter an der Regierung. Romaric Godin fasst dies in einem bemerkenswerten Artikel auf *mediapart* so zusammen: „Wohl hat der Neoliberalismus den Schock von 2008 überstanden und sich nach 2010 sogar erholt, indem er weltweit Sparhaushalte und „Strukturreformen“ als Lösungsansätze verordnet hat, durch die die Arbeiter*innen und den Schwächsten noch wehrloser gemacht wurden. Indem er aber seine Herrschaft retten wollte, hat der Neoliberalismus seine eigene Krise nur noch weiter verschärft.“⁴

Die von der rebellierenden Bevölkerung aufgeworfenen Probleme sind in der Tat struktureller Natur. Es geht nicht darum, bestimmte beiläufige „Exzesse“ des Neoliberalismus zu korrigieren, sondern darum, ihn im Ganzen und in seinen Grundzügen infrage zu stellen. Darin liegt die Bedeutung der Proteste gegen das „System“ oder gegen das „Regime“ und der Forderung nach dem Verschwinden sämtlicher Regierender: „Alle heißt Alle“ (Libanon), „Sie sollen alle abhauen“ (Chile), „Das Volk will den Sturz des Regimes“ (Algerien), „Weg mit dem System“ (Irak), „Neu beginnen“ (Haiti) etc.

Dies steckt auch hinter den ganzen Diskussionen, wie beschränkt sie auch sein mögen, über die Notwendigkeit,

neue Institutionen zu schaffen, die wahrhaft souverän und nicht der Einmischung von außen unterworfen (Irak, Hongkong) und frei von konfessioneller Arithmetik (Libanon) sind oder in denen gar eine Verfassungsgebende Versammlung gefordert wird (Algerien, Chile).

Hardy Merriman, der Chef des gewiss moderaten ICNC (Internationales Zentrum für gewaltfreie Konflikte) bestätigt dieses Phänomen: „Die Menschen ... wollen Veränderung und streben daher nach anderen Regierungsformen, um ein wirtschaftliches und politisches System verändern zu können, das in ihren Augen dem Volk gegenüber nicht rechenschaftspflichtig ist.“⁴⁵ Dies erklärt auch, warum die Proteste anhalten, sich ausbreiten, sich politisieren und übergreifen, auch wenn die Regierungen Zugeständnisse machen (die Steuer auf WhatsApp im Libanon aufheben, die Fahrpreiserhöhung in Chile rückgängig machen, der Rücktritt von Bouteflika in Algerien etc.). Dieses Nachgeben ermutigt eher die protestierende Bevölkerung, weiter auf die Straße zu gehen, denn: Wenn diejenigen, die angeblich niemals nachgeben wollten, nunmehr Konzessionen machen, dann darf man nicht nachlassen.

Vielfalt der Proteste

Den gegenwärtigen Protestbewegungen ist gemein, dass sie oft heterogen sind, sowohl in ihrer Klassenzugehörigkeit als auch hinsichtlich ihres Verhältnisses zur traditionellen Arbeiterbewegung, auch wenn es hier durchaus Gemeinsamkeiten gibt. Bemerkenswert ist die starke Beteiligung der Jugendlichen, namentlich aus den Schulen und Universitäten, die keine Perspektive mehr vor Augen haben, und der Mittelschichten, die erkennen müssen, dass der ihnen versprochene soziale Aufstieg ein Märchen ist und sie sich vielmehr auf schlechtere Lebensbedingungen einstellen müssen. Stark vertreten sind auch die einfache Bevölkerung, die in extremer Armut lebt oder davon bedroht ist, und auch die Frauen.

Die Beziehungen zur Linken in den sozialen Bewegungen und politischen Organisationen sind unterschiedlich, je nach geschichtlichen und nationalen Besonderheiten. Aber auch da gibt es ein gemeinsames Phänomen: „Bei allen Aufständen der jüngsten Zeit war zu sehen, dass die Arbeiterklasse und die Armen sich außerhalb der und mitunter gar gegen die Organisationen und Institutionen der sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und politischen Parteien und deren Vertretungsanspruch mobilisiert haben. Sobald die politischen Parteien der Linken und die Gewerkschaftsapparate versucht haben,

diese Bewegungen zu kanalisieren, was vielerorts passiert ist, haben die Arbeiter*innen selbst diese Institutionen entweder übergangen oder sie zum Handeln gezwungen, indem sie versucht haben, deren Führung abzusetzen und eine andere Politik dieser Organisationen zu erzwingen.“⁴⁶ Beispielhaft dafür ist die Gelbwestenbewegung in Frankreich, die auch zu dieser internationalen Protestwelle gehört, selbst wenn sie nicht die Massivität der Mobilisierungen im Libanon, in Chile oder Algerien erreicht hat, wo Millionen von Menschen auf die Straße gehen oder gegangen sind.

Dieses konträre Verhältnis zu den Organisationen der traditionellen Arbeiterbewegung bedeutet keineswegs, dass die Protestbewegungen keine Strukturen oder autonome Organisationsansätze kennen würden. Auf dem Tahrir-Platz in Bagdad, der nach dem ägyptischen Vorbild und in der Tradition der Platzbesetzungen seit 2011 schon monatelang besetzt gehalten wird, „gibt es Ausgabestellen für kostenlose(s) Essen und Schutzhelme und Waschplätze für Kleidung und Körperpflege. [...] Es gibt Zelte für die verschiedenen Regionen des Irak, für die Rentner*innen oder Berufsgruppen, wie der Ingenieurgewerkschaft etc. Die Betreiber und Nutzer dieser Zelte führen gemeinsame Versammlungen durch und organisieren sich. Täglich wird diskutiert über die nächsten Schritte, aber auch über das Problem der Führung, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung oder die Durchführung von Schulungen zu verschiedenen politischen Themen.“⁴⁷

In Hongkong sind Tausende in die Organisation der Selbstverteidigung involviert und auch die Organisation der Gemeinschaftsverpflegung in der besetzten Polytechnischen Universität Mitte November zeugt von dem weit entwickelten Grad der Selbstorganisation. In Chile „gibt es sowohl in Eigeninitiative einberufene regionale Versammlungen als auch Menschen, die sich an U-Bahn-Stationen und anderen öffentlichen Orten versammeln, an denen gesungen und beraten wird, wo kulturelle Aktivitäten organisiert werden etc.“⁴⁸

Lohnabhängige vs. Konsument*innen?

Zweifelsohne entwickeln sich diese Formen der Selbstorganisation vorwiegend in den öffentlichen Räumen und an den Wohnorten anstatt in den Betrieben, was an dem Inhalt der Forderungen und an der sozialen Zusammensetzung der Protestbewegungen liegt und an ihrem mitunter angespannten Verhältnis zu den Gewerkschaften und natürlich auch an der Schwäche und dem Rückgang

der traditionellen Arbeiterbewegung. Zwar finden auch Streiks, manchmal sogar Generalstreiks über zwei bis drei Tage hinweg in den von Aufständen betroffenen Ländern statt, aber dass die Wirtschaft lahmgelegt würde, ist eher die Ausnahme. Stattdessen kommt es zu massiven, radikalen, entschlossenen und selbstorganisierten Mobilisierungen, die sich auszeichnen durch das Zusammenwirken von Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen und Unruhen und nicht durch ihre Fähigkeit, die Produktion dauerhaft zu unterbrechen.

Dieses Phänomen muss auch unter dem Aspekt bewertet werden, dass in fast allen genannten Fällen die Menschen zumindest anfangs eher gegen Steuern, Preiserhöhungen und/oder das Fehlen oder die Abschaffung bestimmter Dienstleistungen auf die Straße gegangen sind und nicht für Lohnerhöhungen oder bessere Arbeitsbedingungen. Daher ist es nur logisch, dass der Kampf zumindest anfangs mehr auf den Straßen und an den Orten, wo die Menschen leben, organisiert wird, auch wenn der künstliche Gegensatz zwischen Lohnabhängigen und Verbraucher*innen, der ja Ausdruck der Entfremdungsmechanismen ist und bei dem die stete Beschwörung der sog. „Kaufkraft“ eine Rolle spielt, nicht hinnehmbar ist. Diese Spaltung ist längst nicht unüberbrückbar, wie die zahlreichen Beispiele punktueller Generalstreiks von Nicaragua über Chile, Algerien, Ecuador und Katalonien bis hin zum Libanon, zeigen.

Dennoch ist sie in gewisser Weise „typisch“ für die gegenwärtige Lage, so wie wir es in Frankreich bei der Gelbwesten-Bewegung erlebt haben, die vorwiegend bloß an den Wochenenden aktiv und in den Betrieben kaum präsent war und sich – zumindest in den ersten Monaten – damit zurückgehalten hat, zu (Solidaritäts-)Streiks aufzurufen.

Diese Besonderheit können wir nicht einfach ignorieren, sondern müssen sie begreifen und berücksichtigen, freilich ohne die strategischen Annahmen einer revolutionären Bewegung dabei auszublenden, insbesondere den aufständischen Generalstreik. Diese Strategie muss jedoch in die konkreten historischen Bedingungen eingeordnet werden: Wir können nicht einfach ignorieren, dass die Massenmobilisierungen des 21. Jahrhunderts, besonders seit der Krise von 2008/09, Wege beschreiten, die sich von den Idealen der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts unterscheiden, und dass die Perspektive des Generalstreiks in der Zusammenschau mit den konkreten Formen des Klassenkampfes neu überdacht werden muss. Dies bedingt zudem, dass die Forderungen nach mehr

Demokratie als integraler Bestandteil des Klassenkampfes verstanden werden müssen, da auch autoritäre Tendenzen zu einer weltweiten Konstante unserer Zeit geworden sind.

Die autoritäre Seite des Neoliberalismus

Tatsächlich zeugt der massive Gebrauch repressiver Maßnahmen davon, dass die amtierenden Regierungen bis zu einem gewissen Grad begriffen haben, was auf dem Spiel steht. Sie haben in unterschiedlichem Maße gewaltsam reagiert, indem sie Demonstrationen zerschlugen, mit scharfer Munition schossen, die Armee mobilisierten, Milizen einsetzten, Ausgangssperren und Massenverhaftungen verhängten etc. Die brutalen Repressionen im Iran und im Irak mit Hunderten von Toten sind sicherlich die am schärfsten zugespitzte Form davon, aber sie zeugen von der momentanen Denkungsart der herrschenden Klassen: Angesichts der durch die Massenmobilisierungen erzeugten Instabilität und entgegen mancher (Schein-)Zugeständnisse sind nicht Kompromisse angesagt, sondern die Zerschlagung der Proteste, die sich mehr oder weniger explizit gegen das herrschende System richten. Der arabische Frühling hat diese Erfahrung vorexerziert und die herrschenden Klassen haben Lehren daraus gezogen.

Wir dürfen dabei auch nicht übersehen, dass diese Aufstände in eine Zeit fallen, in der der Autoritarismus seinen Aufschwung erlebt, die russischen und chinesischen Diktaturen immer präsenter werden, der Nahe Osten und Nordafrika eine Konterrevolution durchmachen, Staatsstreiche in Bolivien und Venezuela erfolgen und parlamentarische Demokratien unter dem Einfluss nationalistischer, rassistischer und autoritärer Rechtsradikaler sich in immer autoritärere Regime verwandeln: die USA unter Trump, Modi in Indien, Bolsonaro in Brasilien, Duterte auf den Philippinen, die neofaschistischen Strömungen in Europa etc. Frankreich unter Macron ist ein Beispiel für diese Tendenz zu einem autoritären Wandel mit Einschnitten in die demokratischen Grundrechte, um somit die arbeitende Bevölkerung immer mehr zu kontrollieren und die sozialen Proteste gegen den Sozialabbau zu unterdrücken, da es auf anderem Wege nicht gelingt, die Bevölkerung für eine solche Politik einzunehmen.

Die systematische Unterdrückung der Protestbewegungen und die Tendenz zu autoritären Regimen sind Ausdruck einer Hegemoniekrise der herrschenden Klassen auf internationaler Ebene, die nicht dazu in der Lage sind, ihre ultraliberalen „Rezepturen“ zur Behebung der Krise des globalisierten Kapitalismus schmackhaft zu machen.

Diese Hegemoniekrise kommt auch in der wachsenden politischen Instabilität der parlamentarischen Demokratien zum Ausdruck, wie die ständigen Neuwahlen in Großbritannien, Spanien und Israel zeigen, ebenso die geschwächte und zugleich immer radikalere Position von Donald Trump in den USA, zu dem auch Vertreter aus dem eigenen Lager auf Distanz gehen, oder die vielfach brutale Einmischung der europäischen Institutionen in die Politik von EU-Mitgliedsländern während der letzten Jahre (Italien, Griechenland und in geringerem Maße auch Portugal). Austerität und Autoritarismus sind die zwei Seiten ein und derselben Politik, die um jeden Preis ein politisches und wirtschaftliches Herrschaftssystem zu retten versucht, das immer tiefer in die Krise gerät.

Insofern ist es folgerichtig, die Aufstände in Katalonien und Hongkong jeweils als Teil dieser internationalen Protestwelle zu betrachten, auch wenn die Auslöser dieser Massenbewegungen eher demokratische Anliegen sind. Einerseits, weil in beiden Fällen soziale Anliegen mitschwingen, auch wenn sie weniger zu Tage treten als im Libanon oder in Chile. Wir brauchen hierbei nur auf die Mietpreisprobleme in Hongkong zu verweisen, wo mehr als ein Drittel der 50 Reichsten Immobilienmagnaten sind, oder auf die Forderung nach einer besseren Umverteilung des Reichtums, die unter vielen Strömungen der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung präsent ist. Andererseits, weil die undemokratischen „Verwerfungen“ in Madrid und Peking nur in Verbindung mit den wirtschaftlichen Problemen der beiden Länder verstanden werden können, die sich keinerlei Schwäche gegenüber diesen wirtschaftlich bedeutsamen Regionen erlauben können (20 % des spanischen BIP entfallen auf Katalonien, und Hongkong ist das zentrale Finanzzentrum für das chinesische Kapital⁹.)

„Synchron, aber nicht koordiniert“

Wie Dan La Botz schreibt¹⁰, erleben wir gegenwärtig eine „synchrone, aber nicht koordinierte“ internationale Bewegung gegen Austerität und Autoritarismus. Diese Bewegung steht in der Kontinuität der arabischen Aufstände und der Bewegung der „Empörten“ 2010/11, aber auch in Zusammenhang mit dem Aufkommen der feministischen Massenmobilisierungen und der weltweiten Bewegung für Klimagerechtigkeit. Zwar geht letztere natürlich nicht Hand in Hand mit den genannten Protestbewegungen, aber steht weltweit ebenfalls für die Idee, dass der globalisierte Kapitalismus in seiner Brutalität und Gier sogar das Überleben der Menschheit bedroht. Insofern überrascht es

wenig, wenn in mehreren der genannten Protestbewegungen auch – im- oder explizit – ökologische Forderungen vertreten werden, namentlich was die Kontrolle über die Böden, die Energiequellen und überhaupt die natürlichen Ressourcen angeht.

Die Auslöser der gegenwärtigen Protestbewegungen, die Formen, die sie annehmen, ihre Nutzung der sozialen Netzwerke, ihre soziale Zusammensetzung, ihr Verhältnis zur traditionellen Arbeiterbewegung, die von ihnen benannten Gegner, die Kombination von sozialen und demokratischen Forderungen, die Infragestellung des „Systems“ etc. sind allesamt gemeinsame Merkmale, die es uns erlauben, diese Aufstände tatsächlich als eine internationale Welle anzusehen, ohne zugleich die Besonderheiten jeder dieser Bewegungen zu leugnen, die in sozialen, politischen und geographischen Zusammenhängen des jeweiligen Landes wurzeln. Wenn es eines zusätzlichen Beweises für die Stimmigkeit dieser Sichtweise bedarf, sei auf die weltweite Übereinstimmung und wechselseitige Beeinflussung bestimmter Parolen, Symbole und Aktionsformen verwiesen.

„Als die Katalanen am 14. Oktober den Flughafen von Barcelona blockieren wollten, sagten sie, dass sie sich von den Methoden in Hongkong inspirieren ließen. Dort wiederum wurden im Gegenzug am 24. Oktober aus Solidarität mitten im Stadtzentrum Hunderte von katalanischen Fahnen von den Demonstrant*innen geschwungen, um gegen „dasselbe tragische Schicksal“ zu protestieren“¹¹. Gelbwesten im Libanon oder im Irak, Regenschirme in Paris, Masken von Guy Fawkes, Dali oder Joker fast überall, Techniken der Gegenwehr gegen die Repression, die von Hongkong bis nach Chile „wandern“: Zwar werden die Proteste nicht koordiniert, sind aber miteinander verbunden, haben einander im Blick und nähren und unterstützen sich symbolisch gegenseitig, angesichts von Regierungen, die dieselbe repressive Austeritätspolitik verfolgen.

Diese gewaltigen Erhebungen sind trotz ihrer Schwächen und Grenzen eine Ermutigung für unsere eigenen Kämpfe, und wir müssen ihnen zuvörderst unsere volle Unterstützung zuteil werden lassen, unter anderem und vor allem in Anbetracht der Repression. Aber der beste Weg, unsere Solidarität zu zeigen, ist die Auseinandersetzung mit „unseren eigenen“ Kapitalist*innen und ihrer Regierung. Angesichts einer Macht, die entschlossen ist, ihren Feldzug gegen die sozialen und demokratischen Rechte weiterzuführen, müssen wir bei den kommenden Mobilisierungen, insbesondere gegen die Rentenreform,

auch für einen starken Schulterschluss und für massive Beteiligung und radikale Ausrichtung sorgen, um ein dem Gegner angemessenes Kräfteverhältnis zu schaffen.

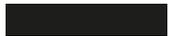
Denn die gegenwärtigen weltweiten Aufstände zeigen, dass wir dem zumindest nacheifern und sogar noch ein wenig darüber hinausgehen müssen, um der Plünderung unserer Reichtümer, der bald irreversiblen Verschlechterung der Lebensbedingungen auf dem Planeten, der Unterdrückung und dem im internationalen Maßstab organisierten sozialen und politischen Rückschritt ein Ende zu setzen.

Aus l'Anticapitaliste vom Dezember 2019

■ *Übersetzung: MiWe*

Endnoten

- 1** Jean-Philippe Louis: Le Chili, une économie dynamique aux fortes inégalités, *les Échos*, 22. Oktober 2019.
- 2** Anne Denis: Le Chili ne supporte plus l'injustice de son modèle, *slate.fr*, 25. Oktober 2019.
- 3** Lydia Assouad: Les inégalités, moteur de la révolte populaire au Liban, *l'Orient-le-Jour*, 26. Oktober 2019.
- 4** Romaric Godin: Crises sociales, crises démocratiques, crise du néolibéralisme, *Mediapart*, 21. Oktober 2019.
- 5** zitiert in Nicolas Bourcier: Algérie, Liban, Irak, Chili, *Hongkong...* La contestation est mondiale, *lemonde.fr*, 8. November 2019.
- 6** Dan La Botz: The World Up in Arms Against Austerity and Authoritarianism, *New Politics*, 26. Oktober 2019.
- 7** Sami Adnan: We Do Not Want These Criminals to Rule Us, *Jacobin*, 23. November 2019.
- 8** Interview mit Karina Nohales und Javier Zuñiga in *Die Internationale* 1/2020
- 9** Alain Guillemoles: Hong Kong, une porte économique essentielle pour la Chine, *la Croix*, 27. September 2019.
- 10** Dan La Botz, op. cit.
- 11** Nicolas Bourcier, op. cit.



„DIE HOFFNUNG IST EIN MOTOR“

Anlässlich des Jubiläums der Gelbwesten stellt die Historikerin **Mathilde Larrère** die Verbindungen zwischen den Gelbwesten und der Arbeiter*innenbewegung sowie die Verbindungen zwischen den Mobilisierungen, die wir derzeit überall auf der Welt sehen, in einen historischen Kontext. Das Interview führten Antoine Larrache und Fred Speelman.

Welche Bedeutung hat die Gelbwesten-Bewegung?

Mathilde Larrère: Sie ist ein Klassenkampf, aber nicht der historische Klassenkampf, wie wir ihn seit langem kennen. Sie ist keine Arbeiter*innenbewegung; es gibt Arbeiter*innen in der Gelbwesten-Bewegung, aber auch eine ganze Reihe anderer Beschäftigter, Menschen aus prekären Verhältnissen und sogar Leute, die nicht arbeiten. Die fundamentalen Auseinandersetzungen mit dem Kapitalismus sind präsent, aber sie drücken sich nicht so aus, wie wir es kennen.

Man bewegt sich also nicht in den gleichen Bereichen. Wir haben dieses randstädtische, periphere Frankreich, das sich nicht am Arbeitsplatz, sondern in recht neuen Aktionsformen ausdrückt, mit Demonstrationen in anderen Stadtteilen – in Paris auf den Champs Élysées und in vornehmen Vierteln, während wir sonst eher das berühmte Dreieck Bastille-République-Nation gewohnt sind; auch die Forderungen sind anders, es geht viel weniger um Löhne, viel

mehr um Kaufkraft. Es ist letztendlich ziemlich logisch, da es sich nicht um eine Bewegung der Produzent*innen handelt, sondern um eine Bewegung der Verbraucher*innen.

Es gibt auch unterschiedliche historische Bezugspunkte. Die Arbeiter*innenbewegung mobilisiert traditionell in historischen Bezügen wie der Pariser Kommune, die in den ersten Bezugspunkten der Gelbwesten fast nicht vorkam. Dort war es am Anfang die Französische Revolution, auf die man sich bei Mobilisierungen der Arbeiter*innenbewegung absolut nie bezogen hat.

Es sind also dieselben vom Kapitalismus geschaffenen Gegensätze, wie wir sie auch sonst im Klassenkampf kennen, aber sie drücken sich durch Gesten, Worte und Forderungen auf unterschiedliche und neue Weise aus. Dies beendet nicht den althergebrachten Klassenkampf, den klassischen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, sondern zeigt, dass es andere Räume für diese Auseinandersetzung gibt.

Kann die Bewegung der Gelbwesten die Arbeiter*innenbewegung wiederbeleben?

Man wird sehen müssen, wie die klassische Arbeiter*innenbewegung diesen Ausbruch in eine neue Form des Klassenkampfes integriert. Die Demonstration vom Dienstag, dem 5. März 2019, bei der sich Gelbwesten und Arbeiter*innenbewegung mischten, war interessant: Es gab die klassischen Formen der Arbeiter*innendemonstration: Lastwagen, Luftballons, Merguez-Würstchen, Mojitos auf der Rückseite der Lastwagen, die klassischen Parolen, die Ordnungsdienste der verschiedenen Gewerkschaftsverbände und dann, gemischt, die Gelbwesten mit ihren eigenen Parolen und ihrem viel schnelleren Marschtempo ...

Das Wichtigste ist, zu sehen, wie die Arbeiter*innenbewegung das begrüßt und ihm Raum gibt, statt sich dadurch bedroht zu fühlen.

Von dieser Bewegung ist häufig gesagt worden, dass es Faschos gebe, aber keine Bewegung ist rein. Wir müssen auch die Vorstellung von der Reinheit einer Bewegung aufgeben, um sie in ihrer Vielfalt willkommen zu heißen und um zu versuchen, sie neu auszurichten, mit ihr zu diskutieren und sie zu etwas zu machen, das eher den allgemeinen Forderungen der unterdrückten Klassen entspricht.

Der Prozess, den ich studiere, ist der genau entgegengesetzte: Ende des 19. Jahrhunderts gab es eine soziale Bewegung, die der aktuellen Bewegung der Gelbwesten ziemlich ähnelt, nämlich eine aus verschiedenen Klassen und verschiedenen Formen der Arbeit. Die Arbeiter*innenbewegung ist daraus entstanden und manchmal auf schmerzhaft Weise, weil sie die anderen Klassen in gewisser Weise auf dem Boden liegen ließ. Die Bewegung der Gelbwesten ist wie eine Rückkehr der Unterdrückten auf die Straßen, auf die Kreisel etc.

Ich nenne diese Bewegung eine Verbraucher*innenbewegung. Bei den Verbraucher*innen gibt es Arbeiter*innen, aber auch kleine Chefs, wie es kleine Chefs bei den Sansculotten und in der Pariser Commune gab. Dies erklärt sich einfach aus der Wirtschaftsstruktur der damaligen Stadt: Es gab keine großen Fabriken, keine Manufakturen in Paris, es gab im Wesentlichen die sogenannte Welt der Fertigung und des Verkaufs, also kleine Chefs mit vielen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zwei oder drei Angestellten. Das sind also Bewegungen, die keine Lohnforderungen stellen können, da der kleine Chef überhaupt kein Interesse daran hat, die Löhne zu erhöhen, denn er muss sie ja bezahlen. Dies sind Bewegun-

gen, die niedrigere Steuern oder niedrigere Preise fordern, was sich auf den Verbrauch auswirkt.

Und historisch gesehen hat sich die Arbeiter*innenbewegung von alledem gelöst und sich mehr auf Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen konzentriert. Bei den Gelbwesten gibt es auch Forderungen zu den Arbeitsbedingungen, aber einige von ihnen sind Menschen, die nicht einmal einen Job haben oder so prekäre und ständig sich ändernde, dass sich die Frage für sie nicht stellt.

Ich kann daher nicht sagen, was sich ändern wird und was möglich sein wird. Es kommt darauf an, wie die Gelbwesten und die Arbeiter*innenbewegung sich gegenseitig annehmen werden. Denn in bestimmten Teilen der Gesellschaft gibt es ein negatives, insbesondere von den Medien konstruiertes Bild der sozialen und der gewerkschaftlichen Bewegung, von der behauptet wird, sie sei verknöchert und weniger kampfbereit, als sie behauptet. Es wird daher eine beiderseitige Öffnung erforderlich sein.

Welche Beziehung besteht zu den anderen Mobilisierungen auf der Welt?

Es gibt Dinge, die gemeinsam sind und andere, die es nicht sind. Jede Mobilisierung hat ihre besonderen Ursprünge. Die Regionen sind unterschiedlich und die politischen Systeme, in denen es zu Aufständen kommt, auch.

Aber diese Bewegungen stehen alle – vor allem, weil sie sich weiterentwickeln und ihre Forderungen oft über den ursprünglichen Auslöser hinausgehen – mehr oder weniger vor der gleichen Situation: einer Krise des Kapitalismus, des Neoliberalismus und einer Krise der Demokratie, die überall dieselbe ist. Es wird die Machtergreifung durch eine herrschende Klasse verurteilt, die eng mit den wirtschaftlich herrschenden Klassen verbandelt ist – was im Übrigen ein Element des Neoliberalismus ist. Es gibt eine Verweigerung der Demokratie und damit das Gefühl, der Volkssouveränität beraubt zu werden. Es ist ziemlich verrückt zu sagen, dass diese Bewegungen nicht demokratisch seien, weil sie irgendwelche Formen von Gewalt anwenden, denn in Wirklichkeit sind diese Bewegungen ein klarer Schrei nach Demokratie. Die wichtigste Verbindung zwischen diesen Bewegungen ist, dass sie selbst sagen, dass sie miteinander verbunden sind; sie drücken zumindest Solidarität aus, wenn nicht sogar Internationalismus. An den Wänden jeder Stadt im Aufruhr finden sich Hinweise auf die anderen. Es gibt einen deutlichen Austausch von Know-how. Zum Beispiel zirkulieren Infos der Stadtguerillas mit Unterstützung der sozialen

Netzwerke. Lasertechniken gegen Drohnen und Methoden zur Neutralisierung von Tränengas mit in Hongkong entwickelten speziellen Verkehrskegeln wurden verbreitet und dann in Chile perfektioniert.¹ All dies deutet auf eine Verbindung all dieser Bewegungen, aber wir dürfen die Besonderheit jeder einzelnen nicht vergessen, die sich in ihrer eigenen Geschichte, ihrem spezifischen Kontext und ihrem jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhang ausdrückt.

Welche Annäherungen gibt es?

Viele Leute fragen, warum es jetzt in Chile zu den Aufständen kommt. Die eigentliche Frage wäre eher, warum es nicht früher zu Aufständen gekommen ist. Denn unabhängig davon, ob es sich bei dem Funken um eine WhatsApp-Steuer wie im Libanon oder um etwas anderes handelt, waren die Übereinstimmungen, insbesondere seit der Subprime-Krise, gewaltig. Erstaunlich ist vielmehr die Fähigkeit zum Widerstand und das Akzeptieren aller Unterschiede.

Aber die Kämpfe können auch aufhören und wieder beginnen: Wenn wir das 19. Jahrhundert betrachten, fällt es uns schwer zu verstehen, dass die Menschen die Aufrechterhaltung der Leibeigenschaft, also das völlige Fehlen von sozialem Schutz und geordneten Arbeitsbedingungen, in den meisten europäischen Ländern bis in die 1860er Jahre akzeptiert haben. Mal erhoben sie sich, dann wurde das zerschlagen und irgendwann haben sie sich durchgesetzt.

Wie entstehen die Annäherungen?

Es gibt Zeiten, in denen es Annäherungen gibt. Im 19. Jahrhundert entstanden sie besonders im Exil und durch den Austausch derer, die an einem Ort eine Niederlage erlitten und an einem anderen Ort Zuflucht gesucht hatten und sich dort also begegneten und diskutierten.

So wurden Lehren gezogen und andere Arten des Austauschs wurden möglich. 1830 gab es mehrere revolutionäre Aufstandszentren, die alle mit Ausnahme Frankreichs zerschlagen wurden – hier wurde sie auch zerschlagen, aber weicher und ebenso effektiv – und so sammelten sich Deutsche, Italiener und Polen vor allem in Paris und tauschten sich aus. Als es dann 1848 zu Aufständen kam, kehrten alle diejenigen, die in Brüssel, London oder Paris konzentriert waren, zurück, um die sich entwickelnden Revolutionen in ihren Ländern anzuführen.

Später wurden die Internationalen gegründet und Strukturen aufgebaut, die eine Solidarität des Kampfes einer Region mit dem einer anderen sicherstellen sollten, sei

es durch Unterschriften oder finanzielle Hilfe, sei es durch Rettung von Waisenkindern, wenn es zu Toten kam, oder durch Betreuung von Kindern, wenn die Eltern inhaftiert waren. Es gab viele Formen konkreter Solidarität, die sich im Rahmen der Ersten und Zweiten Internationale entwickelt haben.

Aber vor allem waren sie Räume, in denen man über Möglichkeiten zum Zusammengehen nachdenken und Verbindungen knüpfen konnte. Heute gibt es eine Phase von Aufständen auf mehreren Ebenen mit Solidaritätsverbindungen, die nicht eng verwoben sind, aber zumindest proklamiert werden. Man muss zwischen beidem unterscheiden.

Ist ein Sieg möglich?

Wenn wir die Menschen im 19. Jahrhundert betrachten, glaubten sie daran und später glaubten sie an den großen Umsturz und schließlich an die Internationale. Die Hoffnung ist ein Motor. An etwas zu glauben, ermöglicht es, aktiv zu werden und sich zu stärken. Die Geschichte im Allgemeinen – insbesondere die französische Geschichtsschreibung – berücksichtigt das Gewicht der Emotionen nur unzureichend. Man weiß, dass die „große Umsturz“ ein Mythos war, aber ein treibender Mythos. Das ist absolut nicht zu vernachlässigen. Das ist wichtig. Das ist der Grund, warum es Kulturkämpfe gibt, warum man diese Mythen nicht zerstören und beschmutzen darf.

■ Übersetzung: Björn Mertens

Endnote

1 Die Kartuschen werden mit einem Verkehrskegel abgedeckt und dann mit Wasser gelöscht; siehe <https://observers.france24.com/fr/20190730-hong-kong-cone-chantier-ingenieure-arme-anti-gaz-lacrymogene-manifestants> – d. Ü.

SCHLUSS MIT DER „EMPÖRUNG“?

Die Bildung der Koalitionsregierung ist einerseits Ausdruck der aktuellen politischen und sozialen Kräfteverhältnisse in Spanien, andererseits der Schlussstrich von Podemos unter ihre Vergangenheit als Kritikerin der Institutionen. Die Autorin skizziert die Entwicklung dorthin und benennt die künftigen Fallstricke innerhalb dieser Sackgasse.

■ Mats Lucia Bayer

Da wir gerade am Anfang eines neuen Jahrzehnts stehen, empfiehlt sich ein Rückblick auf die Ereignisse und auf die Fortschritte und Rückschläge, die wir bei den sozialen Mobilisierungen in den vergangenen zehn Jahren erlebt haben. Was Spanien anbelangt, schließt sich mit dem Eintritt von Unidas Podemos (UP) in die Regierung ein politischer Zyklus, der mit der M15 (Bewegung der Empörten) 2011 begonnen hatte. Manche sehen darin die Krönung dessen, was in der Bewegung zum Ausdruck kam, nämlich den Willen, eine andere Politik angesichts der Regimekrise zu betreiben. Für Andere hingegen ist die Bildung dieser neuen Regierung nahezu eine Kapitulation angesichts des Elans der Protestbewegung, die 2011 entstanden ist.

Unter all den Ereignissen dieses nun zu Ende gehenden turbulenten Jahrzehnts verdient ein Datum hervorgehoben zu werden: der 25. Januar 2015, als Syriza mit Alexis Tsipras an der Spitze in Griechenland an die Regierung gewählt wurde. Dieser Regierungswechsel (an den sich wohl niemand mehr erinnern will) markierte den Höhepunkt der politischen Krise der EU und ihrer Krisenpolitik, und erschien den fortschrittlichen Kräften in Europa (und besonders Podemos) als Chance, dem Tag näher zu kommen, wo sie zur bestimmenden Kraft in der Linken werden können, um endlich eine Alternative zur neoliberalen Verwaltung der Krise präsentieren zu können.

Zweifellos ist die Koalitionsvereinbarung zwischen der PSOE und der UP ein Wendepunkt in den 45 Jahren, die seit dem Ende der Franco-Diktatur vergangen sind.

Zugleich stellt sie die erste „fortschrittliche“ [d. h. unter Einschluss von Kräften, die nicht – ex- oder implizit – dem Moncloa-Pakt, also der staatstragenden Konkordanz zum postfranquistischen Übergang zugerechnet werden können, AdÜ] Koalitionsregierung seit der Zweiten Republik (1931 – 1939) dar. Aber abgesehen davon, dass es sich um ein historisches Ereignis handelt, scheint die neue Regierung eher auf Erleichterung zu stoßen, weil damit eine Regierung der drei Rechtsparteien (PP, Ciudadanos und Vox) vermieden wurde, als dass damit die Hoffnung verknüpft wäre, wirklich eine Politik des Wandels betreiben zu können. Sonderlicher Optimismus ist auch angesichts der vergangenen Erfahrungen mit der PSOE nicht am Platz, zumal sie erst nach dem bescheidenen Wahlergebnis am 10. November ihre Vorbehalte gegen eine Koalition mit UP aufgegeben hat, und erstrecht, wenn man sich die konkreten Koalitionsvereinbarungen anschaut, die [deutlich] hinter die jüngst geäußerten Erwartungen von UP zurückgehen.

Das Koalitionspapier vom 30. Dezember 2019 ...

... offenbart das Potential der neuen Regierung und zugleich ihre begrenzte Handlungsfähigkeit. Nach Ansicht der meisten Medien, stehen wir vor einem regelrechten Paradigmenwechsel, der unter die jahrelange neoliberale Politik einen Schlussstrich zugunsten einer Art sozialdemokratischer Programmatik zieht. Schaut man sich das Papier jedoch genauer an, erkennt man, dass diese Erwartungen mehr als beschränkt sind. Darin werden bestimmte Rechte zugesagt wie das Rentenniveau (tatsächlich hat die Regierung die Renten um 0,9 % als ersten Schritt erhöht) oder Beihilfen bei Invalidität. Zugleich aber wird versichert, „die Haushaltsdisziplin zu wahren, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten“. Im Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse (eines der zentralen Themen der Koalitionspartner) beispielsweise zeigen sich bereits Divergenzen bei der Interpretation der zu ergreifenden politischen Maßnahmen: Während Unidas Podemos die Aufhebung der Arbeitsreform von 2012 (unter der Regierung von Mariano Rajoy, die 2020 weiter verschärft werden soll) befürwortet, will die PSOE bloß deren schädlichste Auswüchse stoppen. Man kann auf die Tragweite dieser

Maßnahmen gespannt sein, aber die bereits geäußerte Zurückhaltung sowie die Tatsache, dass die von der PSOE 2010 durchgeführte Arbeitsrechtsreform ausgeblendet wird, deutet darauf hin, dass das Arbeitsrecht weiterhin die wichtigste Stellschraube sein wird, um die „wirtschaftliche Erholung“ zu gewährleisten. Mikel de Lafuente weist darauf hin, dass der Anteil der Löhne am BIP zwischen 2007 und 2017 von 50 % auf 47 % gesunken ist, was zeigt, wie das Kapital seine Pfründe gesichert hat, während die Arbeiterklasse Einbußen hinnehmen musste.

Das Großkapital behauptet, über die anvisierten politischen Entscheidungen wenig glücklich zu sein. Besonders die EU, die in ihrer Funktion als technokratisches Machtzentrum die Austeritätspolitik verordnet hat, obwohl sie selbst politisch angeschlagen ist, wird ihre Vorrechte absolut nicht aufgeben wollen. Die PSOE hat, in ihrer Eilfertigkeit gegenüber den neoliberalen politischen Vorgaben der europäischen Institutionen, Nadia Calviño (ehemalige Generaldirektorin für Haushaltsplanung der Europäischen Kommission) zur Vizepräsidentin ernannt und als Wirtschaftsministerin bestätigt, worin eine Absichtserklärung zu sehen ist, ein Gegengewicht zur Integration von Unidas Podemos in die Regierung zu schaffen. (*El País* vom 10. Januar schreibt dazu: „Die Anwesenheit von Calviño [in der Regierung] ist ein Gegengift angesichts der Bedenken aus Brüssel oder Frankfurt.“).

Willfährigkeit gegenüber der EU

Als sich am 12. November eine solche „fortschrittliche“ Koalition abzeichnete, sandte die EU eine klare Botschaft an die amtierende PSOE-Regierung, dass der bis dahin vorgelegte Haushalt die „Stabilitätskriterien“ nicht einhalte und daher um 8 Milliarden Euro gekürzt werden müsse. Die Willfährigkeit der Regierung wurde erst wieder kürzlich durch die Ernennung weiterer Regierungsmitglieder bekräftigt, etwa in der Person von Arancha González Laya als Außenministerin (ehemalige Spitzenfunktionärin der WTO und acht Jahre lang Stabschefin von Pascal Lamy, Generaldirektor der WTO von 2005 bis 2013), oder José Luis Escrivá als Sozialminister. Damit unterstreicht die PSOE, sich auf die Einhaltung der europäischen neoliberalen Vorgaben zu verpflichten (*El País* vom 11. Januar fasst sein mittelfristiges Reformvorhaben so zusammen: „[...] den Vorruhestand erschweren und die Anzahl der Beitragsjahre zur Berechnung der Rentenhöhe erhöhen“).

Als Rechtfertigung für diese Personalpolitik berief sich die PSOE auf das „wirtschaftliche Profil“, das sie der Regierung verschaffen wolle. Was damit gemeint ist, wird

deutlich an der Maßnahme, das Arbeits- und das Sozialministerium künftig als getrennte Bereiche einzurichten.

Die Koalitionsvereinbarung wird auch die Ausgabenbeschränkungen berücksichtigen müssen, die in Spanien seit der Reform des Artikels 135 der Verfassung im Jahr 2011 (unter der Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero, in diesem Fall mit Unterstützung der PP) gelten. Dieser Artikel, der dem Schuldendienst seitens des Staates gegenüber allen anderen Ausgaben Vorrang einräumt, limitiert den Spielraum jeder Regierung als politisches Organ, indem er dieses dem Finanzkapital unterordnet. Obwohl die Reform bereits 2011 beschlossen wurde, wurde damals ein 9-jähriges Moratorium verordnet, sodass diese Vorgaben erstmals in diesem Jahr mit all ihren Konsequenzen umgesetzt werden müssen.

Mit anderen Worten, bei der Haushaltsplanung muss strikt eine Regel befolgt werden, nach der Defizite nicht zulässig sind. Dies gilt also auch für den diesjährigen Haushalt, der erst noch erstellt werden muss, da er nicht in der Koalitionsvereinbarung festgelegt wurde. Und obwohl er im Abgeordnetenhaus mit einem breiteren Parteienspektrum ausgehandelt werden muss, begünstigt die Arithmetik der derzeit im Parlament vertretenen Fraktionen und demnach die Angst vor einer drohenden Handlungsunfähigkeit, also einem Scheitern dieser Regierung (was impliziert, dass die Recht an die Macht kommen könnte) in erster Linie die PSOE.

Aus europäischer Sicht erscheint die Bildung einer „fortschrittlichen Koalition“ angesichts der vorherrschenden (Rechts-)Entwicklung der Regierungen in den EU-Mitgliedstaaten als Rarität. Auf Europa lastet der Druck der Krise, in der sich die EU befindet und zu der die Linke keine Alternative präsentieren konnte, um das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu wenden (insbesondere seit dem Desaster in Griechenland). Nach den Europawahlen haben wir darauf verwiesen, dass wir einerseits vor einer Neuzusammensetzung der krisengeschüttelten historischen politischen Blöcke (rechts und links) stehen, um überhaupt noch eine Regierung bilden zu können.

Die „extreme Mitte“

Die Frage der Regierungsfähigkeit dieser „extremen Mitte“ kam zuletzt, Anfang Januar, in der in Österreich gebildeten Regierungskoalition zwischen Rechten und Grünen (10 Minister für die konservative Partei ÖVP und 4 für die Grünen) wieder zum Vorschein. Die Linke, die der Sozialdemokratie kritisch gegenüberstand, sich aber nicht für eine mehr oder weniger radikale Alternative zu

bestehenden Optionen entscheiden konnte, musste sich an diesem Spiel (eine regierungsfähige Konstellation zuwege zu bringen) beteiligen, um nicht unterzugehen. Auf der anderen Seite erleben wir eine forcierte Rechtsentwicklung des politischen Spektrums, wobei die Rechtsextremen derzeit am ehesten in der Lage sind, die politische Agenda zu bestimmen.

In Spanien war das politische Lager durch die Regimekrise, die die PP (Volkspartei) betroffen hat, zersplittert und durch den Aufstieg der Vox im Gefolge dieser Krise weit nach rechts gerückt. Dieser Aufschwung der extremen Rechten wurde natürlich von der PSOE geschickt genutzt, um sich selbst im linken Lager zu positionieren und zugleich auf die angeblich geschwundenen politischen Spielräume zu verweisen. Unidas Podemos ist bei dieser Neuordnung der politischen Verhältnisse in Europa, nolens volens, hinten runtergefallen und hat sich der PSOE weitgehend, wenn nicht ganz untergeordnet.

Dabei hat sich das von Podemos geführte Bündnis unentwegt als Regierungspartner der PSOE angebediert, und zwar nicht nur als unverzichtbarer Mehrheitsbeschaffer, sondern auch als verantwortungsbewusster Partner, der an die Regierung drängt. Dass sich Podemos nunmehr auf diese eine Option beschränkt, ist besonders beunruhigend, weil damit ein politisches Kapitel zu Ende geht, das seinen Anfang im Protest gegen das seit 1978 herrschende post-franquistische Regime, einschließlich der dort fest verankerten PSOE genommen hat.

Parallel zu dieser Neuordnung des politischen Lagers infolge der europaweiten Krisen ertönen wieder Alarmglocken, die auf eine mögliche neue Krise hinweisen. Die Weltbank hat bereits gewarnt, dass die Verschuldung weiterhin sehr hoch ist, was im Krisenfall ernste Konsequenzen haben könnte. In Spanien beläuft sich die Gesamtverschuldung (von Staat, Unternehmen und Privathaushalten) auf 240 % des BIP. Die Anwendung des o. g. Artikels 135 der Verfassung schreibt eine Schuldengrenze von 60 % des BIP (momentan 96,57 %) vor, was 518,286 Milliarden Euro entspräche, während die Staatsverschuldung 2018 bei über einer Billion lag.

In manchen Kreisen mag der leichte Rückgang der privaten Verschuldung als positives Signal verstanden werden, jedoch hängt dies eher mit der geringen Rentabilität der „Realwirtschaft“ verglichen mit den Gewinnen aus den Finanzinvestitionen zusammen. Tatsächlich verstärken die massiven Liquiditätsspritzen der EZB tendenziell die Gefahr von Spekulationsblasen, die die gesamte Wirtschaft in den Abgrund reißen werden. Darüber hinaus haben

die Banken in Übereinstimmung mit den von der EZB vorgeschlagenen Richtlinien, die das Großkapital im Falle einer neuen Krise schützen sollen, toxische Vermögenswerte in großem Umfang veräußert. Zugleich sind durch den Sozialabbau der letzten zehn Jahre die Schutzvorrichtungen der einfachen Bevölkerung vor Konjunkturerinbrüchen erheblich reduziert worden.

Damit soll nicht nur der Hintergrund umrissen werden, vor dem die neue Regierung ihr Amt antritt, sondern zugleich die wesentlichen Kräfteverhältnisse, die sich gegenwärtig in Europa ausgebildet haben, skizziert werden. In dieser Gemengelage spielt der Verschuldungsmechanismus eine zentrale Rolle, wie dies auch seit 2008 in Spanien der Fall war. Angesichts eines solchen Szenarios muss das Kapital mehrere Schritte unternehmen, um seine Interessen zu wahren.

Unidas Podemos' Rechtfertigung

In einem Interview mit *Eldiario.es* vom 7. Januar 2020 unter dem Titel: „Wir werden nicht vergessen, woher wir kommen“ umreißt Pablo Iglesias, Generalsekretär von Podemos und einer von vier Vizepräsidenten der Regierung sowie Minister für Soziale Rechte und die Agenda 2030, die Perspektiven seiner Partei in der neuen Koalitionsregierung. Darin bezeichnet er es als taktischen Lernprozess, dass Podemos inzwischen für die Verteidigung der spanischen Verfassung eintritt. In einer wirtschaftlichen und sozialen Krisensituation und angesichts des Rechtsrucks innerhalb des rechten politischen Spektrums sei es wichtiger, den Verfassungsrahmen zu verteidigen und besonders die Verfassungsartikel, die „die PCE vor 40 Jahren befürwortet hat und die angesichts des jetzigen Aufschwungs der extremen Rechten als Sicherheitsgurt und geradezu als linkes Regierungsprogramm dienen könnten“, als auf eine Verfassungsgebende Versammlung zu setzen.

In dem Interview meint Iglesias zudem, dass es klare Beschränkungen der politischen Handlungsfähigkeit der Regierung gäbe und dass die vorgegebenen Budgetgrenzen nicht überschritten würden. In dieser Aussage spiegelt sich die politische Entwicklung wider, die Podemos durchgemacht hat, je mehr sich die Option auf einen Regierungseintritt (um jeden Preis) durchgesetzt hat.

Dabei kommen jedoch zwei Positionen zum Vorschein, die sich schwer untereinander vereinbaren lassen. Einerseits soll eine „linkspatriotische“ Politik umgesetzt werden, andererseits geht er davon aus, dass der politische Entscheidungsspielraum einer „souveränen Staatsregierung“, die nach den repräsentativen Kautelen der parlamentarischen

Demokratie gewählt wurde, von Regularien abhängt, die dem Großkapital Investitionen ermöglicht. Für uns ist dabei interessant, dass die globale Verschuldung unter den waltenden Rechtsbestimmungen vom Finanzkapital genutzt werden wird, um die spanische Bevölkerung erneut auszubluten.

Diese Illusion, das „Yes, we can“ (auf Spanisch: Podemos) mit dem von Margaret Thatcher in den 80er Jahren geprägte Wort: „There is no alternative“ in eins zu bringen, also zu behaupten, dass beide Aussagen miteinander harmonieren könnten, wird nicht beliebig lange aufrecht erhalten werden können. Während Unidas Podemos versucht, eine andere Politik umzusetzen, ohne den vom Neoliberalismus aufgezwungenen juristischen Rahmen anzufechten, werden die Konfrontationen auf den Straßen gegen die neoliberale Politik genau wie innerhalb der Regierung nicht lange auf sich warten lassen. Für Unidas Podemos stellt sich dann die Frage, welche Rolle ihr in einem solchen Szenario zukommt.

Die Entwicklung der UP als politischer Faktor hat dazu geführt, dass sie sich mehr und mehr als verantwortungsbe- wusste Regierungsanwärterin profiliert hat, was ernsthafte Zweifel hervorruft, dass sie ein Kräfteverhältnis herstellen kann, das für eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozial- politik erforderlich ist. UP hat sich in den vergangenen fünf Jahren gewandelt. Aus einer politischen Kraft der Straße, die als Ausdruck der politischen Krise entstanden war und eine Perspektive auf eine Verfassungsgebende Versamm- lung (also einer Aufkündigung des regimetreuen Konsenses von 1978 zugunsten einer wahrhaft demokratischen Ver- fassungsgrundlage) eröffnet hatte und durch deren Existenz die PSOE von links unter Druck gesetzt werden konnte, ist nunmehr eine Partei geworden, die diese Krise von „links“ beenden will, ohne dabei jedoch strukturelle Änderungen herbeiführen zu wollen.

Aus der Geschichte gelernt?

Mit dem Scheitern und der Kapitulation der Regierung Tsipras in Griechenland 2015 ist deutlich zutage getreten, dass angesichts der repressiven Macht der neoliberalen Po- litik der Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission eine Verständigungspolitik kaum durchgesetzt werden kann, wenn sie nicht mit gezieltem und ernsthaftem Ungehorsam einhergeht. Andernfalls nährt man bloß eine künstliche Hoffnung, auf diese Weise Handlungsspielräume zu erhal- ten, um einen politischen Wandel herbeizuführen.

Hinzu kommt, dass die Opposition der drei rechten Parteien gegen die Regierung deutlich zu verstehen ge-

geben hat, dass sie sich der politischen Diskussion wei- terhin verschließen und auf Obstruktion setzen wird. Sie bedient sich dabei eindeutig einer Putsch-Rhetorik, um die Konfrontation (auf der Straße, im Parlament und auf juristischem Weg) anzuheizen. Zweifellos werden sie auch jeden kritischen Vorstoß der europäischen Institutionen ausnutzen, um die Regierung zu schwächen. Bleibt zu hoffen, dass sich die UP von solchen Vorstößen der EU, die Wasser auf die Mühlen der Rechten sein werden, nicht die Hände binden lässt. Die Wahrung ihrer Autonomie gegen- über der PSOE wird für die UP existentiell sein, nicht nur um bei den nächsten Wahlen bestehen zu können, sondern um nicht komplett vom Erneuerungsprozess der PSOE absorbiert zu werden.

Diese Autonomie hängt nicht nur vom guten Willen der UP-Spitze ab, sondern auch von den realen Kräftever- hältnissen in der Gesellschaft und den sozialen Mobilisie- rungen. Wie wichtig diese für den Verlauf der Legislatur- periode sein werden, darauf haben viele innerhalb der UP hingewiesen – auch P. Iglesias, der die Interessensverbände der Rentner*innen und der Mieter*innen beschworen hat. Der Knackpunkt wird aber nicht im abstrakten Lippenbe- kenntnis zu diesen Bewegungen liegen, sondern in dem Stellenwert, der ihnen im Verhältnis zu den Institutionen eingeräumt wird.

Hier hat die Führung von Podemos Prioritäten gesetzt: Statt sich als Ansprech- und Koordinationspartner der Zivilgesellschaft zu begreifen, der die sozialen Mobilisie- rungen vorantreibt, will sie sich lieber auf die Politik in den Institutionen konzentrieren und die Organisation zur bloßen Wahlmaschine degradieren, wie es in dem be- rühmt-berüchtigten Strategiepapier heißt. Mag sie die UP noch so oft als Sprachrohr der Bewegungen darstellen, so ist doch wichtig, dass sie nicht der Hierarchisierung erliegt, wonach sich die Bewegungen der Arbeit in den Instituti- onen unterordnen müssen. Den Klassenkampf auf seinen parlamentarischen Aspekt zu reduzieren, wäre genauso fatal wie die Behauptung, dass fünf Minister*innen die Interessen einer ganzen Klasse repräsentieren können.

Aus: Viento Sur vom 16. Januar 2020

█ Mats Lucia Bayer ist Mitglied von CADTM, dem Komitee für die Abschaffung der Illegitimen Schulden.

█ *Übersetzung: MiWe*

█

ZUR FRAGE DER ARBEITERSELBST- VERTEIDIGUNG

Es gibt keinen besonderen Anlass, diesen bisher wohl noch nicht auf Deutsch vorliegenden Beitrag zur Arbeiterselbstverteidigung von **Leo Trotzki** gerade jetzt zu bringen. Aber über kurz oder lang wird sich das Thema des „Gewaltmonopols des Staates“ angesichts des wachsenden rechten (faschistischen) Terrors nicht vermeiden lassen.

■ Jeder Staat ist eine Zwangsorganisation der herrschenden Klasse. Die Gesellschaftsordnung bleibt stabil, solange die herrschende Klasse fähig ist, den ausgebeuteten Klassen mit ihrem Staat ihren Willen aufzuzwingen. Polizei und Armee sind die wichtigsten Instrumente des Staates. Die Kapitalisten verzichten darauf – wenngleich durchaus nicht vollständig –, ihre eigenen Privatarmeen zu unterhalten, sie verzichten darauf zugunsten des Staates, um die Arbeiterklasse daran zu hindern, jemals ihre eigene bewaffnete Kraft zu schaffen.

Während der Aufstiegsphase des kapitalistischen Systems wird das staatliche Monopol auf bewaffnete Kräfte als etwas Natürliches wahrgenommen, auch von den unterdrückten Klassen.

Vor dem letzten Weltkrieg hatte die internationale Sozialdemokratie, auch in ihrer besten Periode, die Frage der Bewaffnung der Arbeiter nie auch nur aufgeworfen. Schlimmer noch, sie verwarf eine derartige Vorstellung als romantisches Echo einer fernen Vergangenheit.

Nur im zaristischen Russland hat das junge Proletariat in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts damit begon-

nen, auf die Bewaffnung seiner eigenen Kampfverbände zurückzugreifen. Das deckte die Instabilität des alten Regimes sehr eklatant auf. Die zaristische Monarchie erwies sich als immer weniger fähig, die gesellschaftlichen Verhältnisse mittels ihrer normalen Agenturen, d. h. Polizei und Armee, zu regeln, es musste mehr und mehr auf Banden von Freiwilligen (den Schwarzhundertern mit ihren Pogromen gegen Juden, Armenier, Studenten, Arbeiter und andere) zurückgreifen. Als Antwort darauf begannen die Arbeiter sowie verschiedene nationale Gruppen damit, ihre eigenen Selbstverteidigungseinheiten zu organisieren. Diese Tatsachen zeigten den Beginn der Revolution an.

In Europa stellte sich die Frage der bewaffneten Arbeiterabteilungen erst gegen Ende des Krieges, in den USA noch später. In allen Fällen, ohne Ausnahme, war es und ist es die kapitalistische Reaktion, die damit anfängt, spezielle Kampforganisationen aufzubauen, die an der Seite der Polizei und der Armee des bürgerlichen Staates existieren. Das erklärt sich aus der Tatsache, dass die Bourgeoisie weitsichtiger und erbarmungsloser ist als das

Proletariat. Unter dem Druck der Klassenwidersprüche hört sie damit auf, sich ausschließlich auf ihren eigenen Staat zu stützen, in dem Maße wie dieser noch an „demokratische“ Normen gebunden ist. Das Auftauchen von Kampforganisationen von „Freiwilligen“, deren Ziel die physische Eliminierung des Proletariats ist, ist zweifelsfrei ein Symptom dafür, dass die Zersetzung der Demokratie begonnen hat, weil es nicht mehr möglich ist, die Klassenwidersprüche mit den alten Methoden zu regeln.

Die Hoffnungen der reformistischen Parteien der Zweiten und der Dritten Internationale und der Gewerkschaften, die Organe des demokratischen Staats würden sie gegen die faschistischen Banden verteidigen, haben sich immer und überall als illusorisch erwiesen. Während ernster Krisen unterhält die Polizei immer eine Haltung freundschaftlicher Neutralität, wenn nicht offener Zusammenarbeit mit den konterrevolutionären Banden. Die ausgesprochen starke Verankerung von demokratischen Illusionen hat jedoch zur Folge, dass die Arbeiter nur sehr langsam herangehen, ihre eigenen Kampfverbände zu organisieren. Die Bezeichnung „Selbstverteidigung“ entspricht vollständig ihren Intentionen, zumindest anfänglich, denn der Angriff geht immer von den konterrevolutionären Banden aus. Das Monopolkapital, das sie unterstützt, löst einen *präventiven* Krieg gegen das Proletariat aus, um es daran zu hindern, eine sozialistische Revolution zu machen.

Der Prozess, nach dem sich Selbstverteidigungsverbände der Arbeiter bilden, ist mit dem ganzen Verlauf des Klassenkampfes in einem Land untrennbar verbunden und widerspiegelt also dessen unvermeidliche Beschleunigungen und Verlangsamungen, seine Auf- und Abs. Die Revolution bricht in einer Gesellschaft nicht infolge eines stetigen kontinuierlichen Prozesses aus, sondern vermittelt über eine Reihe von Konvulsionen, die von deutlich abgegrenzten, manchmal lang hingezogenen Wellentälern voneinander getrennt werden, während denen die politischen Beziehungen so modifiziert werden, dass die ganze Idee der Revolution jeden Bezug zur Realität zu verlieren scheint.

Infolgedessen wird die Losung der Selbstverteidigung zu einer Zeit ein positives Echo finden und zu einer anderen als Predigt in der Wüste erscheinen, um dann wieder populär zu werden.

Dieser widersprüchliche Prozess ist in Frankreich im Lauf der letzten Jahre zu beobachten gewesen. Als Ergebnis einer schleichenden Wirtschaftskrise ist die Reaktion im Februar 1934 offen in die Offensive gegangen. Die

faschistischen Organisationen sind rasch gewachsen. Auf der anderen Seite ist die Idee der Selbstverteidigung in den Reihen der Arbeiterklasse populär geworden. Sogar die reformistische Sozialistische Partei in Paris war gezwungen, so etwas wie einen Apparat der Selbstverteidigung aufzubauen.

Die Politik der „Volksfront“, das heißt die völlige Unterwürfigkeit der Arbeiterorganisationen gegenüber der Bourgeoisie, hat die Gefahr der Revolution in eine unabsehbare Zukunft verschoben und der Bourgeoisie erlaubt, den faschistischen Staatstreich von der Tagesordnung abzusetzen. Als sie von den unmittelbaren Gefahren im Innern befreit war, und angesichts einer wachsenden Bedrohung von außen hat die Bourgeoisie sofort damit begonnen, die Tatsache, dass die Demokratie „bewahrt“ worden war, für ihre imperialistischen Zwecke auszunutzen.

Man hat erneut proklamiert, der kommende Krieg sei ein Krieg zur Erhaltung der Demokratie. Die Politik der offiziellen Arbeiterorganisationen hat einen offen imperialistischen Charakter angenommen. Die Sektion der IV. Internationale, die 1934 einen ersten Schritt nach vorne gemacht hatte, fand sich in der folgenden Periode isoliert. Der Aufruf zur Arbeiterselbstverteidigung schien in der Luft zu hängen. Gegen wen sollte man sich denn verteidigen? Die „Demokratie“ hatte sich doch schließlich auf ganzer Linie durchgesetzt. Die französische Bourgeoisie ist unter der Fahne der „Demokratie“ und mit der Unterstützung aller offiziellen Arbeiterorganisationen in diesen Krieg eingetreten, was dem „Radikal-Sozialisten“ Daladier erlaubt hat, umgehend ein „demokratisches“ Abbild eines totalitären Regimes zu errichten.

Die Frage der Selbstverteidigungsorganisationen wird mit der Entwicklung des revolutionären Widerstands gegen den Krieg und den Imperialismus in den Reihen des französischen Proletariats wieder belebt werden. Die weitere Entwicklung Frankreichs und anderer Länder ist untrennbar mit dem Krieg verbunden. Die Zunahme der Unzufriedenheit der Massen wird zuerst die wildeste Reaktion von oben auslösen. Der militarisierte Faschismus wird der Bourgeoisie und ihrer Staatsmacht zu Hilfe eilen. Die Frage der Organisation zur Selbstverteidigung wird als Frage auf Leben und Tod vor der Arbeiterklasse stehen. Dieses Mal, davon kann man ausgehen, wird es genügend Gewehre, Maschinengewehre und Kanonen in den Händen der Arbeiterklasse geben.

Ähnliche Erscheinungen haben sich, wenn auch in weniger eklatanter Weise, im politischen Leben der Verei-

nigten Staaten gezeigt. Nachdem die Erfolge der Roosevelt-Ära entgegen der allgemeinen Erwartung ab Herbst 1937 von einem langen Abschwung abgelöst wurden, begann die Reaktion sich offen aggressiv zu zeigen. Der Provinzbürgermeister Hague wurde sofort eine „nationale“ Persönlichkeit. Die von Pogrom-Geist durchtränkten Predigten von Pater Coughlin fanden ein breites Echo. Die demokratische Verwaltung und ihre Polizei wichen vor den Banden des Monopolkapitals zurück. Während dieser Periode begann die Idee militärischer Verbände für die Verteidigung der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterpresse bei den bewussten Arbeitern und der am meisten bedrohten Schicht des Kleinbürgertums, vor allem bei den Juden, Gehör zu finden.

Der erneute wirtschaftliche Aufschwung, der im Juli 1939 begonnen hat und der offenkundig mit der Ausweitung der Rüstungsproduktion und mit dem imperialistischen Krieg zusammenhängt, hat den Glauben der „60 Familien“ in ihre „Demokratie“ wiederbelebt. Hinzu kommt die Gefahr, dass die Vereinigten Staaten in den Krieg hineingezogen würden. Das war nicht der Moment, das Boot ins Schaukeln zu bringen! Alle Fraktionen der Bourgeoisie haben die Reihen hinter einer vorsichtigen Politik des Erhalts der „Demokratie“ geschlossen. Roosevelts Position im Kongress wird stärker. Hague und Pater Coughlin sind weit in den Hintergrund gerückt. Zugleich hat das Dies-Komitee, das 1937 weder von der Rechten noch von der Linken ernstgenommen worden war, in den letzten Monaten eine beachtliche Autorität bekommen. Die Bourgeoisie ist „gegen den Faschismus genauso wie gegen den Kommunismus“. Und sie will zeigen, dass sie mit parlamentarischen Mitteln mit allen Spielarten von „Extremismus“ zurechtkommen kann.

Unter diesen Bedingungen musste die Losung der Arbeiterselbstverteidigung ihre Anziehungskraft verlieren. Nach einem ermutigenden Beginn sieht es so aus, als sei die Organisierung der Arbeiterselbstverteidigung in eine Sackgasse geraten.

An einigen Orten ist es schwierig, die Aufmerksamkeit der Arbeiter darauf zu lenken. An anderen Orten, wo viele Arbeiter sich den Selbstverteidigungsgruppen angeschlossen hatten, wissen die führenden Leute nicht, was sie mit der Arbeiterenergie anfangen sollen. Das Interesse schwindet. Das ist weder erstaunlich noch verstörend: Die ganze Geschichte der Arbeiterselbstverteidigungsorganisationen besteht aus einem andauernden Wechsel von Perioden des Aufschwungs und des Abschwungs. Sie spiegeln die Konvulsionen der gesellschaftlichen Krise wider.

Die Aufgaben der proletarischen Partei auf dem Gebiet der Arbeiterselbstverteidigung leiten sich aus den allgemeinen Bedingungen unserer Epoche sowie aus ihren besonderen Fluktuationen ab. Es ist unvergleichlich leichter, relativ breite Teile der Arbeiterklasse in Kampfverbände zu ziehen, wenn reaktionäre Banden Streikposten, Gewerkschaften, die Presse der Arbeiter usw. direkt angreifen. Wenn die Bourgeoisie es dagegen für klüger hält, die irregulären Banden fallenzulassen und „demokratische“ Methoden zur Herrschaft über die Massen in den Vordergrund zu rücken, nimmt das

ZUR EINORDNUNG DES TEXTES VON LEO TROTZKI

Dieser Diskussionstext von Trotzki stammt vom Oktober 1939. Es ist die Zeit kurz nach Beginn des 2. Weltkrieges. Die internationale Linke ringt um eine angemessene internationalistische Position gegenüber dem Faschismus; angesichts des neuen inter-imperialistischen Weltkrieges; bezüglich der sich abzeichnenden Bedrohung der Sowjetunion und als Reaktion auf die furchtbaren Verirrungen in Folge des Nichtangriffspakts zwischen der Sowjetunion und Deutschland („Hitler-Stalin-Pakt“).

Die sich an der 2. und 3. Internationale orientierenden Kräfte hatten sich wieder einmal freiwillig in die nationalistischen Reihen ihrer jeweiligen Nationalstaaten eingereiht. Die Stalin-treuen KPen erfüllten brav ihre Mission als Außenvertretung der sowjetischen Bürokratie. Der Erzählung in den USA oder Britannien, es ginge allein um eine Verteidigung der Demokratie gegen den Hitler-Faschismus, wurde unkritisch gefolgt. Die wenigen internationalistischen Kräfte, allen voran die Vierte Internationale, mussten sich gegen Angriffe und Verflachungen in alle Richtungen verteidigen.

Die Lektüre dieses Textes von Trotzki zeigt eines sehr deutlich: Die Forderung nach und der Aufbau von Selbstverteidigungsorganen für die Arbeiter*innenbewegung ist sehr stark abhängig vom Entwicklungsstand der Klassenkämpfe. Umgekehrt wird kein Schuh draus, dass die Forderung nach Arbeiter*innen-Milizen den Klassenkampf beschleunigen und radikalieren wird. Im Gegenteil: Wer zum Beispiel heute die Forderung „Ein Gewehr in jedes Haus und Schießübungen in den Mittagspausen im Betrieb“ aufstellt, riskiert als Linker eher sein Leben als dass er es schützt.

Was eigentlich immer gilt, ist für Verteidigungsfragen der Arbeiter*innenbewegung noch viel wirksamer und wichtiger: Die Bewegung stellt sich nur Aufgaben, die auch ge-

Interesse der Arbeiter an Selbstverteidigungsorganisationen unvermeidlich ab. Soll das heißen, dass wir unter diesen Bedingungen darauf verzichten sollten, die Arbeitervorhut zu bewaffnen?

Keinesfalls. Jetzt, zu einer Zeit, wo der Weltkrieg begonnen hat, gehen wir mehr denn je von der Unvermeidlichkeit und dem unmittelbaren Bestehen der internationalen proletarischen Revolution aus. Diese grundlegende Idee, die die IV. Internationale von allen anderen Arbeiterorganisationen unterscheidet, bestimmt alle unsere Aktivitäten, auch jene, die sich auf

die Organisierung der Selbstverteidigungsverbände beziehen. Das bedeutet allerdings nicht, dass wir die konjunkturellen Fluktuationen der Ökonomie wie der Politik, mit ihren zeitweiligen Auf und Abs, nicht beachten würden. Wenn man nur von der globalen Charakterisierung unserer Epoche ausgeht und von nichts sonst, wenn man die konkreten Etappen ignoriert, kann man leicht in Schematismus, Sektierertum, sogar in Donquichotterie verfallen. Bei jeder ersten Wendung der Lage nehmen wir eine Feineinstellung unserer grundlegenden Aufgaben auf die veränderten

„ZUR FRAGE DER ARBEITERSELBSTVERTEIDIGUNG“

löst werden können. Selbstverteidigungsmilizen entstehen aus diesem Grund nicht deshalb, weil sie sich irgendwann einmal – in der Pariser Kommune, der Oktoberrevolution, den Januaraufständen usw. – als nützlich erwiesen haben, sondern weil sie aktuell eine Notwendigkeit sind.

Trotsky stellt zurecht fest, dass die Debatte über Selbstverteidigung und Milizen nicht etwa vor dem 1. Weltkrieg, also im Rahmen einer breiten Anti-Kriegsbewegung und zur Entwaffnung der herrschenden Staaten, sondern erst nach dem Krieg, im Zuge von erfolgreichen Revolutionen entstand, die sich notwendigerweise auch militant verteidigen müssen.

Die Debatte über die „Arbeiterregierung“, als aktuelle, alle anderen Forderungen zusammenführende Übergangsforderung in der revolutionären Periode 1918–1923, hatte als eine der „Regierungsbedingungen“ auch die Forderung nach Bewaffnung der Arbeiter*innenklasse.

In nicht- und vorrevolutionären Zeiten beginnen die Debatten und Maßnahmen zur Selbstverteidigung deshalb sehr kleinformig: Als Ordner*innendienst bei Veranstaltungen und Demonstrationen, als Ermittlungsausschuss und eigener Dokumentationstrupp, als unabhängiger Sanitätsdienst usw. Das wird sich steigern, wenn es erforderlich ist – unglücklicherweise häufiger zu spät und teilweise auch erst nach schlimmen Erfahrungen. Aber das ist nicht durch intellektuelle und abstrakte Vorwegnahme in schlaun Papieren zu verhindern.

Der Aufbau von eigenen Selbstverteidigungsorganen geht im Übrigen einher mit Verfallserscheinungen der bewaffneten Kräfte der herrschenden Klasse. Auch das beschreibt Trotsky in seinem Artikel. Es gibt bewaffnete Horden zur Liquidierung und Terrorisierung der Linken und Arbeiter*innen. Es gibt private und halbprivate Armeen (wie heute der Werkschutz der großen Unternehmen, der mehr Personal umfasst als die offi-

zielle Polizei), die teilweise auch politisch abgespaltene Fraktionen der Herrschenden unterstützen. Erst im Zusammenhang dieser Dezentralisierung der bewaffneten Gegenmächte wird die Frage der Arbeitermilizen verstärkt aufkommen, wobei selbstverständlich auch politisch bewusste Zersetzungsarbeit von Linken in diesen Organen und gegenüber diesen Organen der Herrschenden eine gute Rolle spielen (können und sollten).

In den Zeiten davor ist es für die Linke und die Arbeiter*innenbewegung politisch sehr viel bedeutsamer, die Militarisierung der herrschenden Politik zu bekämpfen. Im Mittelpunkt stehen Kampagnen zur Entwaffnung des Imperialismus: Gegen Privatarmeen, gegen Berufsarmeen und für eine Abschaffung der Armeen generell, für Rüstungsproduktionsbeschränkungen und Verbot des Waffenexports. Auch eine Kampagne für das Recht auf Wehrdienstverweigerung sollte von Linken unterstützt werden, dort, wo es dieses Recht nicht gibt.

Die gewaltige Ausweitung der privaten Bewaffnung ist eine echte Gefahr für linke Politik. Die Todesschwadronen und bewaffneten Horden, die heute wieder das Bild in Teilen Lateinamerikas, Afrikas und Asiens prägen, müssen entwaffnet werden. Die Mordraten in Mexiko (mit 100 Ermordeten pro Tag), Guatemala oder auch in den USA können nur mit der Durchsetzung rigider Waffengesetze verringert werden.

Deshalb ist es heute eine linke Position, das Gewaltmonopol des Staates zu verteidigen und alle politische Kraft darauf zu verwenden, es einem zukünftigen anderen Staat als dem der Bürgerklasse zu übertragen. Erst wenn sich die Konturen eines solchen alternativen „Arbeiter*innenstaates“ abzeichnen, wird auch dieses Gewaltmonopol diskutiert werden.

Thies Gleiss

08. Februar 2020

konkreten Bedingungen der gegebenen Etappe vor. Darin besteht die Kunst der Taktik.

Wir werden auf militärische Fragen spezialisierte Kader der Partei brauchen. Deshalb müssen sie ihre praktische und theoretische Arbeit fortsetzen, auch jetzt, in der Zeit der „Ebbe“. Die theoretische Arbeit muss darin bestehen, die Erfahrung von militärischen und der Kampforganisationen der Bolschewiki, der irischen und polnischen revolutionären Nationalisten, der Faschisten, der Milizen in Spanien und anderer zu studieren. Wir müssen ein als Muster dienendes Studienprogramm entwickeln und eine Bibliothek zu diesen Themen aufbauen, Vorträge vorbereiten usw.

Zugleich muss die Stabsarbeit ohne Unterbrechung fortgesetzt werden. Wir müssen Zeitungsausschnitte und weitere Informationen über alle Arten von konterrevolutionären Organisationen und über die nationalen Gruppierungen (Juden, Schwarze usw.), die in einem kritischen Augenblick eine revolutionäre Rolle spielen können, sammeln und auswerten. Dies ist tatsächlich sehr wichtig und berührt einen für uns besonders wichtigen Bereich unserer Arbeit, den der Verteidigung gegen die GPU.

Gerade wegen der außerordentlich schwierigen Lage, in der die Komintern – und in starkem Maße der Auslandsgeheimdienst der GPU, der von der Komintern geführt wird – geraten ist, müssen wir uns darauf gefasst machen, dass die GPU der IV. Internationale schwere Schläge versetzt. Wir müssen in der Lage sein, sie aufzudecken und sie rechtzeitig abzuwenden!

Neben dieser speziellen, Parteimitgliedern vorbehaltenen Arbeit müssen wir breitere, offene Organisationen für verschiedene besondere Zwecke ins Leben rufen, die in der einen oder anderen Weise mit den künftigen militärischen Aufgaben des Proletariats verbunden sind. Dies würde sich auf verschiedene Arten von Arbeitersportorganisationen (Athleten, Boxer, Schützen usw.) und schließlich auf Chöre und Orchester beziehen. Wenn die politische Situation sich ändert, können alle diese Nebenorganisationen sofort als Basis für breitere Abteilungen der Arbeiterselbstverteidigung dienen.

Bei der Skizzierung dieses Aktionsprogramm gehen wir von dem Gedanken aus, dass die momentan gegebenen politischen Bedingungen vor allem die Abschwächung des Drucks des einheimischen Faschismus unserer Arbeit im Bereich der Selbstverteidigung enge Grenzen setzen. Das ist der Fall, soweit es um den Aufbau von militärischen Verbänden auf einer strikten Klassenbasis geht.

Eine entscheidende Wende zugunsten der Arbeiterselbstverteidigung wird sich erst mit einem neuen Zusammenbruch der demokratischen Illusionen ergeben, der unter den Bedingungen des Weltkriegs sehr schnell kommen und katastrophale Ausmaße annehmen dürfte.

Aber sozusagen als Kompensation verschafft uns der Krieg jetzt, genau in diesem Moment, Möglichkeiten zur Ausbildung der Arbeiter in militärischen Fragen, wie sie bisher in Friedenszeiten unvorstellbar gewesen sind. Und das gilt nicht nur für den Krieg, sondern auch für die Periode unmittelbar vor dem Krieg.

Es ist unmöglich, alle praktischen Möglichkeiten vorzusehen; doch mit dem Ausbau der Streitkräfte des Landes werden sie zweifellos von Tag zu Tag zunehmen. Wir müssen dieser Frage höchste Aufmerksamkeit widmen und zu diesem Zweck eine spezielle Kommission einrichten (oder sie einem Stab der Selbstverteidigung anvertrauen und diesen bei Bedarf erweitern).

Vor allem müssen wir das vom Krieg geweckte Interesse an militärischen Problemen nutzen und eine Reihe von Vorträgen zu Fragen wie den heutigen Waffenarten oder taktischen Methoden organisieren. Die Arbeiterorganisationen können dafür Militärspezialisten heranziehen, die keinerlei Bindung an die Partei oder ihre Ziele haben. Aber das ist nur der erste Schritt.

Wir müssen die Vorbereitungen der Regierung auf den Krieg nutzen, damit eine möglichst große Anzahl von Parteimitgliedern und von Gewerkschaftern unter ihrem Einfluss in militärischen Dingen ausgebildet wird. Währendem wir unser grundlegendes Ziel vollständig beibehalten – die Schaffung militärischer Einheiten auf einer Klassenbasis –, müssen wir dessen Verwirklichung fest mit den Bedingungen verbinden, die durch die imperialistischen Vorbereitungen des Kriegs entstanden sind.

Ohne im Mindesten von unserem Programm abzuweichen, müssen wir in einer Sprache, die sie verstehen, zu den Massen sprechen. „Wir Bolschewiken wollen auch die Demokratie verteidigen, aber nicht die Art von Demokratie, die von sechzig ungekrönten Königen regiert wird. Als erstes sollten wir in unserer Demokratie mit den kapitalistischen Magnaten gründlich aufräumen, dann werden wir sie bis zum letzten Blutstropfen verteidigen. Seid ihr, die ihr keine Bolschewiken seid, bereit, diese Demokratie zu verteidigen? Jedenfalls müsst ihr wenigstens in der Lage sein, sie bestmöglich zu verteidigen, um nicht ein blindes Werkzeug in den Händen der sechzig Familien und der ihnen ergebenden bürgerlichen

Offiziere zu sein. Die Arbeiterklasse muss sich über die militärischen Angelegenheiten unterrichten, damit möglichst viele Offiziere aus ihren Reihen hervorgehen.

Wir müssen von dem Staat, der morgen das Blut der Arbeiter fordern wird, verlangen, dass er ihnen heute Gelegenheit gibt, die militärische Technik bestmöglich zu meistern, um die militärischen Ziele mit möglichst wenigen Menschenleben zu bezahlen.

Um das zu verwirklichen, reichen weder eine reguläre Armee noch Kasernen. Die Arbeiter müssen die Möglichkeit bekommen, zu bestimmten Zeiten in ihren Fabriken und Bergwerken, während sie von den Kapitalisten bezahlt werden, eine militärische Ausbildung zu erhalten. Wenn die Arbeiter dazu bestimmt sind, ihr Leben dahinzugeben, können die bürgerlichen Patrioten wenigstens ein kleines materielles Opfer bringen.

Der Staat muss an jeden waffenfähigen Arbeiter ein Gewehr ausgeben und auf Gelände, das den Arbeitern zugänglich ist, Schieß- und Artillerieübungsplätze einrichten.“

Unsere Agitation zum Krieg und unsere ganze Politik im Zusammenhang mit dem Krieg müssen gegenüber den Pazifisten wie zu den Imperialisten unveröhnlich sein.

„Dieser Krieg ist nicht unser Krieg. Die Verantwortung für diesen Krieg tragen ausschließlich die Kapitalisten. Aber solange wir noch nicht stark genug sind, sie zu stürzen, und wir also in den Reihen ihrer Armee kämpfen müssen, sind wir verpflichtet zu lernen, die Waffen bestmöglich zu gebrauchen!“

Auch die Arbeiterinnen müssen das Recht haben, Waffen zu tragen. Eine möglichst große Zahl von Arbeiterinnen muss auch die Möglichkeit erhalten, auf Kosten der Kapitalisten zu Sanitäterinnen ausgebildet zu werden.

So wie jeder Arbeiter, der von den Kapitalisten ausgebeutet wird, danach trachtet, die Produktionstechniken bestmöglich zu lernen, muss jeder Soldat in der imperialistischen Armee die Kriegskunst bestmöglich lernen, um sie im Interesse der Arbeiterklasse benutzen zu können, wenn die Bedingungen sich ändern.

Wir sind keine Pazifisten. Nein. Wir sind Revolutionäre. Und wir wissen, was uns erwartet.

Ein Nicht-Pazifist, 25. Oktober 1939

■ Diesen Artikel hat Leo Trotzki einige Wochen nach Beginn des Zweiten Weltkriegs in Mexiko auf Russisch verfasst; er ist aus unbekanntem Gründen seinerzeit nicht veröffentlicht worden. Er ist von Marilyn Vogt ins Englische übersetzt und 1973 zum ersten Mal publiziert worden. Er ist bisher noch nicht auf Deutsch erschienen.

■ Aus dem Französischen übersetzt von Manuel Kellner; mit der Übersetzung ins Englische abgeglichen von Wilfried Dubois. Bei der Bearbeitung wurde von der Verwendung von geschlechterneutraler Sprache (gendern) abgesehen. Benutzte Quellen: Léon Trotsky, „L'autodéfense ouvrière“, in: *Œuvres*, hrsg. von Pierre Broué, Bd. 22, o. O. [Grenoble]: Publications de l'Institut Léon Trotsky, 1985, S. 122-129; „On the Question of Workers-Self-Defense“, in: *Writings of Leon Trotsky (1939-40)*, hrsg. von Naomi Allen u. George Breitman, 2. Ausg., New York: Pathfinder Press, 1973, S. 99-105.

Ähnliche Auffassungen sind in zwei programmatischen Dokumenten der Vierten Internationale enthalten, die Leo Trotzki im Mai 1938 bzw. im Mai 1940 (also vor bzw. nach Beginn des Zweiten Weltkriegs) verfasst hat und die damals in mehreren Sprachen verbreitet wurden: In dem Dokument „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale“, bekannt als „Übergangsprogramm“, das am 3. September 1938 auf der Gründungskonferenz der Vierten Internationale angenommen wurde, gibt es den Abschnitt „Streikposten, Wehrabteilungen, Arbeiterniliz, Bewaffnung des Proletariats“. Auf der „Emergency Conference“ (Notkonferenz), die am 19. und 26. Mai 1940 – nach Beginn des Zweiten Weltkriegs in Europa, aber vor dem Kriegseintritt der USA – in New York stattfand, wurde das Manifest „Der imperialistische Krieg und die proletarische Weltrevolution“ gebilligt; es endet mit den Abschnitten „Die Arbeiter müssen das Kriegshandwerk lernen“ und „Dies ist nicht unser Krieg“.

Siehe den Sammelband Leo Trotzki, *Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale. Das Übergangsprogramm*, Essen: Arbeiterpresse Verlag, 1997, S. 97-100 sowie S. 258/259.



Klima – Kapitalismus – Widerstand: Ökosozialistische Konferenz der ISO

In den vergangenen Jahren ist eine Klimagerechtigkeitsbewegung entstanden, in der weltweit viele Millionen Menschen dagegen aufstehen, dass durch die Untätigkeit der Herrschenden ihre Zukunft verspielt wird. Seit Inkrafttreten des Klimarahmenabkommens vor 25 Jahren ist keine wirksame Strategie gegen die Klimakatastrophe entwickelt worden. Nicht nur steigt der Anteil des Treibhausgases CO₂ in unserer Atmosphäre noch immer Jahr für Jahr an, auch die Geschwindigkeit mit der dieser Anteil wächst, nimmt nach wie vor zu.

Viele stellen sich daher heute die Frage, was wir ändern müssen, um das Klima zu retten. Müssen wir den Kampf gegen die möglicherweise größte Umweltkatastrophe seit dem Aussterben der Dinosaurier nicht in die eigenen Hände nehmen? Ist der weltweit herrschende Kapitalismus in der Lage, etwas Entscheidendes gegen die Überhitzung dieser Welt zu unternehmen? Werden seine Versuche, die Probleme zu bewältigen, nicht automatisch mit noch mehr Armut und Elend verbunden sein?

Auf der Ökosozialistischen Konferenz der ISO sollen diese Fragen diskutiert werden. Um die 35 Referentinnen und Referenten aus Politik, Wissenschaft, Umweltverbänden und Klimagerechtigkeitsbewegung werden dort sein. Eine ganze Reihe von Aktiven aus dem Inland und einige

aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Österreich, den Philippinen, der Schweiz sind eingeladen, dort zu sprechen. Es wird zwei große Podiumsdiskussionen und neun Workshops zu verschiedenen Themen geben. Gegliedert in die drei Bereiche Klimagerechtigkeit, Transformation und Ökosozialismus wird es um so vielfältige Themen gehen wie: Green New Deal, Umbau der Produktion, CO₂-Steuer, Klima und Militär, Klimastreiks, konkrete Utopien, Ökofeminismus, Verkehrswende oder die Frage, ob Karl Marx und Friedrich Engels bereits Ökosozialisten gewesen sind.

DIE KONFERENZ FINDET IN KÖLN STATT

Termin: Samstag, 9. Mai, 12.00 Uhr, bis Sonntag 10. Mai, 14.30 Uhr

Ort: Naturfreundehaus Köln-Kalk, Kapellenstr. 9a, 51103 Köln

Mehr Infos gibt es auf der Homepage:

<https://intersoz.org/oekosozialistische-konferenz/>

und bei Facebook unter <https://www.facebook.com/events/370455170504280/>

Die Anmeldung erfolgt unter: konferenz@intersoz.org
